Globalisierung von unten – Arbeit für Gewerkschaften? ▶ Außerdem: ▶ Reformierte Renten in Lateinamerika ▶ Angepaßte Strukturen in Afrika ▶ Streit um Lokale Agenda 21 ▶ Literarisches »Niemandsland« in Brasilien ▶ Unpässliches Asyl in Deutschland ...

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt





Titelbild: J. Holst

In dieser Ausgabe



Schwerpunkt:

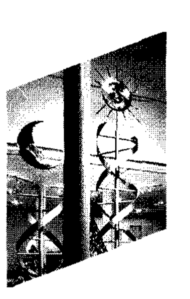
Globalisierung von unten – Arbeit für Gewerkschaften?





Kultur und Debatte





Nachrichten aus der Szene

Als am ersten Maiwochenende VertreterInnen des 'Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen' (BUKO) in der betont nüchternen Atmosphäre einer deutschen Jugendherberge ein neues Organisationskonzept für ihren Verband ausgebrütet hatten, gab es am Schluß weder Sekt noch Blumen. Schließlich war die Strukturreform des Ende der 70er in der Hochzeit des Internationalismus und der Solidaritätsbewegung gegründeten Dachverbandes kritischer Nord-Süd-Gruppen aus der Not geboren. Sie war aufgrund des zurückgehenden Engagements der Mitgliedsgruppen und des schwindenden gesellschaftlichen Einflusses notwendig geworden. Wieder einmal spiegelt sich damit in der Organisationsfrage Stand und Zustand einer Bewegung wider. Und hier hat sich seit einigen Jahren eine Menge verändert.

In der deutschen Linken der 70er und 80er Jahre spielte der Internationalismus eine ungleich größere Rolle als heute. Das drückte sich auch in der einmaligen Spannbreite der politischen Hintergründe der BUKO-Mitgliedsgruppen aus, die vom **iz3w** oder dem Nicaraguabüro über die katholische Landjugend bis zu autonomen Gruppen reichte. Zudem agierte damals ein großer Teil der Bewegung im weiteren Sinne »auf der Straße«: Vor allem von der Basis – mit Aktionen, Kampagnen, Initiativen und Demonstrationen – sollten die bestehenden Nord-Süd-Verhältnisse kritisiert, Druck ausgeübt und Einfluß genommen werden. Hier verstand sich der BUKO als Dachorganisation der verschiedenen »Aktionsgruppen« und konnte u.a. mit den drei Kampagnen (Pharma, Rüstungsexporte und Agrarkoordination) selbst profunde entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Verschuldungskrise und die Aktionen zum IWF/Weltbanktreffen sind Beispiele aus den 80er Jahren, in denen der BUKO mobilisieren und die Bewegten in Massen auf die Straße bringen konnte.

Zuletzt gelang dies nur noch selten. Seit Anfang der 90er Jahre wurden die jährlich zu Schwerpunktthemen stattfindenden Kongresse kleiner und kaum eine Mitgliedsgruppe wollte sich noch in die politischen Entscheidungsgremien des BUKO wählen lassen. In dieser Verwaisung der Organisationsstrukturen des BUKO schlug sich die allgemeine Krise der Linken und die sinkende politische Bedeutung von Nord-Süd-Fragen nieder. Und: Interventionen von der Straße finden heute kaum noch statt. Viele Basisgruppen verschwanden von der politischen Bühne und mehr und mehr sind es professionell arbeitende Lobbygruppen und NGOs, die sich in Institutionen und Parlamenten in Politikberatung und öffentlicher Überzeugungsarbeit üben und sich ganz pragmatisch um Veränderungen in kleinen Schritten bemühen.

Die Heimat solcher Gruppen wie WEED oder German Watch ist aber nicht mehr der BUKO. Vielmehr existiert seit drei Jahren ein weiterer entwicklungspolitischer Dachverband. Lobbygruppen, Hilfswerke und etablierte Verbände agieren im 'Verband Entwicklungspolitik Deutsche Nichtregierungsorganisationen' (VENRO). Auf den ersten Blick wird hier auf einem anderen Stern Politik gemacht: Funktionäre versuchen die schwindende Bedeutung staatlicher Entwicklungspolitik zu stoppen. Man trifft sich in Hotels und Konferenzgebäuden, geht auch mal mit Spranger Hand in Hand und veranstaltet gemeinsame Pressekonferenzen. Auf den zweiten Blick ergibt sich allerdings ein etwas differenzierteres Bild: Gruppen, die in Teilen früher selbst im BUKO waren, erarbeiten zum Beispiel zur europäischen Entwicklungspolitik kritische Positionen und tragen diese in die öffentliche Diskussion.

Vor diesem Hintergrund verabschiedeten nun in der Jugendherberge zu Düsseldorf BUKO-Aktivisten eine Strukturreform. Diese soll die Funktion eines Dachverbandes für unabhängige Nord-Süd-Gruppen im Auge behalten und die traditionelle Basisgruppenorientierung mit neuen Gremien verbinden, die professionelles politisches Agieren ermöglichen (genaueres dazu in der Rubrik 'kurz belichtet'). Eine klarere Einbeziehung der Mitgliedsgruppen stärkt den Anreiz zu mehr Mitarbeit und die Erteilung von themenbezogenen politischen Mandaten an einzelne Mitgliedsgruppen soll eine schnellere öffentliche Intervention im Namen des BUKO ermöglichen. Das ist der Versuch, den fehlenden Schwung von der schwindenden Basis durch Formen direkterer Einmischung in das tagespolitische Geschehen aufzuwiegen – ein Schritt in Richtung VENRO, ohne allerdings um des bloßen Mitredens an runden Tischen willen auch gleich den Anspruch auf grundsätzliche Kritik über Bord zu werfen.

Im **iz3w** hoffen wir jedenfalls, daß demnächst wieder mehr über den BUKO zu berichten ist. Das hängt aber nur bedingt von Organisationsformen ab. Deshalb wünschen wir dem Verband – auch ganz im eigenen Interesse – neben Sekt und Blumen das Wiedererwachsen einer Szene an der Basis, der er ein Dach und wir ein (Lebensabschnitts)partner sein können.

die redaktion

Nachholende Entwicklung

Die scheinheilige Empörung über die Atomeuphorie in Indien und Pakistan

von **Jochen Müller**

► So einhellig die Empörung der alten Atomstaaten über die beiden Newcomer nach den indischen und pakistanischen Atomwaffenversuchen in den vergangenen Wochen ausfiel, so groß war – glaubt man den mediengerechten Inszenierungen in beiden Staaten – die Begeisterung dortselbst. Die Entrüstung in den Industriestaaten über die Atomeuphorie zeugt aber vor allem von der Ignoranz der Macht. Denn die Bombe ist in Indien, in Pakistan und nicht nur dort ein Symbol für das Streben, es dem Norden endlich gleich zu tun.

Der Jubel über den Eintritt in den Atomwaffenclub, für den zwei der ärmsten Länder der Welt Milliarden investierten, läßt sich als anti-kolonialer Affekt charakterisieren, hinter dem ein ständig genährtes Gefühl von Unterlegen- und Unterworfenheit steht. Insbesondere das ewige Schwellenland Indien wartet seit seiner Unabhängigkeit auf die Initialzündung zum Anschluß an Fortschritt, Entwicklung und Technik – an die westliche Zivilisation und die in ihr eingeschriebene Macht. Zuletzt war die aufstrebende Computerindustrie Symbol dieses heißen Bemühens. Daß jetzt die Waffentechnologie solche Bedeutung erlangt, ist kein Zufall – das Verhältnis von Macht und Ohnmacht ward seit dem Kolonialismus immer zuerst in der Überlegenheit der Waffengewalt verspürt.

Mit der Bombe sieht das nationalistische Indien – an seiner Spitze die BJP, die gleich einen Tempel am Testort errichten will – sich nun im Besitz der so lang entbehrten Macht und Souveränität. Das bekam zunächst Pakistan zu spüren. Prompt kannte man auch in dem zerrissenen Nachbarland fortan keine Parteien mehr – im Namen der Nation forderten alle Seiten den Gegenschlag; und bereits einige Tage später wurde Indien und der Welt mit kollektiv stolz geschwellter Brust der Nachweis der pakistanischen Bombenpotenz erbracht.

Der sich in der Begeisterung ausdrückende Nationalismus und ein Fortschrittsglaube, der sich v.a. in Naturbeherrschung und Technikfixiertheit manifestiert, sind aber keine südasiatischen Erfindungen. Vielmehr stellen sie diejenigen Herrschaftsideologien und -instrumente dar, mittels derer sich eben die alten Industrie- und Atomstaaten, in denen jetzt der Kopf geschüttelt wird, einmal der Welt bemächtigten. Dieser Staaten Entwicklung nicht nachholen, geschweige denn die Machtverhältnisse umdrehen zu können, ist seitdem das Kreuz des Südens. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund kann dort jeder Versuch, sich des tief verwurzelten Gefühls von Minderwertigkeit zu entledigen und der Macht mit ihren eigenen Mitteln entgegenzutreten, mit Zustimmung rechnen.

Die Bombe ist ein Symbol für das Streben, es dem Norden endlich gleichzutun

Das Ringen um eigene Stärke ist zum Beispel auch ein wesentliches Motiv für die Attraktivität der mit dem Feindbild des Westens operierenden Ideologie des Islamismus im Mittleren Osten und Nordafrika. Dieser setzt auf eine vermeintliche Authentizität des Eigenen, die angeblich seit dem Kolonialismus verloren wurde und einem schmachvollen Gefühl der Schwäche gegenüber dem Westen Platz gemacht habe. Der Rückgriff auf vergangene Größe und Identität soll zu alter Stärke zurückführen. Das Ziel des Machtgewinns an sich wird dabei nicht infrage gestellt – allenfalls der Weg dorthin. Auch die Begeisterung für Saddam Hussein bei Teilen der Bevölkerung in den arabischen Staaten während des Golfkrieges war vor allem anderen in dessen Stärke und seinem »Mut« begründet, sich gegen den mächtigen Teil der Welt zu stellen. Und an diese Weltöffentlichkeit – und nur vordergründig an den benachbarten Erzfeind – waren schließlich auch Pakistans Bombenzündungen adressiert: Zwar ist die pakistanische Rakete Al-Ghauri, benannt nach den Ghuriden, einem Bergvolk im heutigen Grenzgebiet zwischen Iran, Afghanistan und Pakistan, das im Jahr 1193 Delhi eroberte. Daneben wird aber proklamiert, daß es endlich an der Zeit war, daß die Welt nach der »christlichen«, der »jüdischen« und der »hinduistischen Bombe« nun auch eine »islamische Bombe« kennenlerne.

Mit dem Hinweis auf Geschichte und Gegenwart des Machtverhältnisses zwischen Nord und Süd, das materiell und psychologisch hinter dem Jubel über die nachholende Entwicklung steht, soll nicht der Nationalismus in Indien oder Pakistan, nicht der Islamismus und nicht die dümmliche und phallische Anhimmelung der Atomwaffentechnik verteidigt werden. Es soll auch nicht in paternalistischer Manier jedem Bewohner ehemals kolonisierter Staaten ein bis heute währender Minderwertigkeitskomplex unterstellt werden (obwohl die Erfahrung des Nord-Süd-Verhältnisses bis tief in persönliche Beziehungen hineinreichen kann). Betrachtet man jedoch die Ereignisse in Indien und Pakistan einmal im Lichte der Nord-Süd-Geschichte, so tritt die Scheinheiligkeit der im Norden demonstrierten Verständnislosigkeit zutage. Die auf die Tagespolitik (Atomwaffensperrvertrag, Kriegsgefahr in der Region, Entrüstung über die Atomeuphorie) konzentrierte öffentliche Aufmerksamkeit ignoriert die darüber hinausgehende komplexe Verstrickung des Nordens in das Geschehen vollständig und beschwert sich eigentlich doch nur darüber, daß andernorts die Menschen in den gleichen Kategorien denken und dort auch nicht schlauer geworden sind als hierzulande.

► **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Kontroversen, Kommentare und Kabale

► Mit dieser Ausgabe eröffnen wir zwei neue Rubriken, die von nun an das Heft eröffnen sollen. 'Kommentare und Kabale' heißt die eine. Hier werden aus dem Nord-Süd-Bereich weltbewegende Fragen, Ereignisse der vergangenen Wochen, Kampagnen oder Nebensächlichkeiten in Kommentaren, Satiren und Polemiken aufgegriffen, die auch einmal böse ausfallen können. In der folgenden Rubrik 'Kontroversen' werden wir Positionen und Standpunkte zu aktuellen Auseinandersetzungen wie etwa denen um die Lokale Agenda 21 oder das MAI präsentieren, die sich jedoch nicht immer im üblichen ´pro und contra´-Schema bewegen müssen. Zu beiden Rubriken sind uns im übrigen von LeserInnen zugesandte Beiträge sehr willkommen.

die redaktion

Der, wo den Fehlpaß spielt

'Brot für die Welt' ist für Fußball und »Fair-Life«

von **Jörg Später**

▶ Man sollte meinen, es sei immer dasselbe: zweiundzwanzig Spieler in kurzen Hosen, 90 Minuten und der Ball ist rund. Weit gefehlt – beim Fußball sollen anscheinend nicht nur Tore erzielt und der Gegner besiegt, sondern gleichzeitig Grenzen überwunden und das globale Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen erlernt werden. In jedem Beckenbauer steckt eben auch ein Brückenbauer. So will es jedenfalls »Brot für die Welt«, das mit einer Aktionszeitschrift zur Fußball-WM '98 Werbung nicht nur für sich, sondern auch für ein Fair-Life machen möchte. »Steilpaß für Fair-Life« heißt das vom Diakonischen Werk der EKD herausgegebene Blatt, das für Dritte-Welt-Bewegte u.a. Artikel über Kinderarbeit bei der Herstellung von Fußbällen und über Arbeitsbedingungen in der Sportartikelindustrie, sowie für Fußball-Fans neben einem WM-Spielplan, inclusive der Geburtstage der deutschen Kicker, ein Foto von Winni Schäfer mit kurzen Haaren enthält.

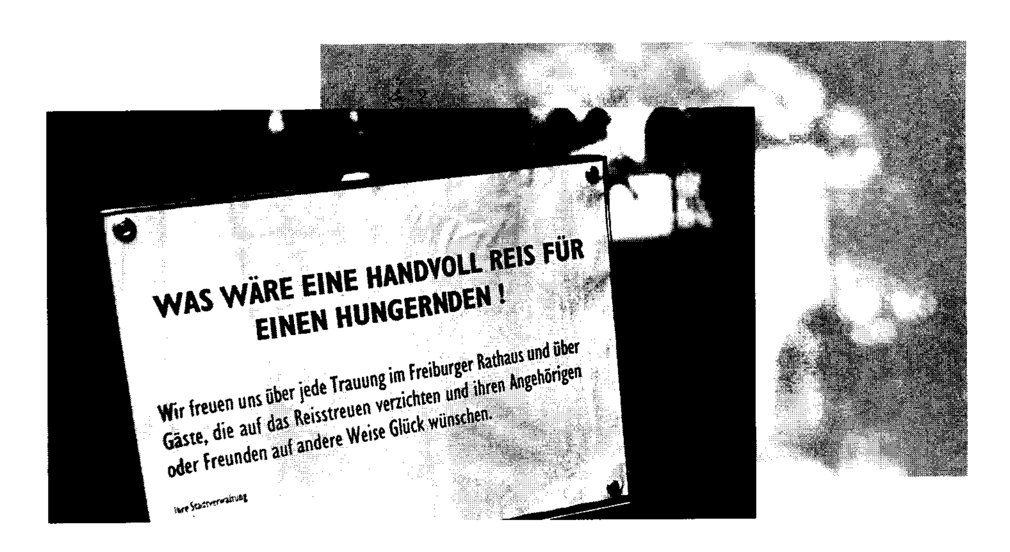
Wenn Sie in der Halbzeitpause eines WM-Spiels einmal nicht Zigaretten, Bier und Chips an der nächsten Tanke holen, und stattdessen die buntbebilderte Zeitung aufschlagen sollten, können Sie außerdem von »Brot für die Welt« einiges über sozial engagierte Kicker lernen. So zum Beispiel, daß Schalke 04 in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei einen sogenannten Mitternachts-Kick organisiert – gewaltbereite Jugendliche spielen ein Hallenturnier bis in die frühen Morgenstunden. Dort werden die Racker dann lernen, daß man tagsüber besser schläft, anstatt einkaufende Omas zu überfallen. Oder Sie werden lesen, daß Leverkusens Trainer Christoph Daum ausländische Spieler extra zu sich nach Hause einlädt. Spätestens dann werden diese verstehen, daß sie anders sind als ihre normalen Mitspieler.

Die Liaison zwischen Helfen und Kicken findet ihr Herzstück in der Geschichte vom Jugendspieler aus Nepal, der auszog, um wie Klinsi zu werden. Erzählt wird sie vom Fußball-Entwicklungshelfer Holger Obermann, den Älteren noch aus der ARD-Sportschau bekannt. Obermann also entdeckt in Nepal den jungen Rajiv inmitten einer Traube Jungen, die ungeachtet des Monsunregens mit natürlicher, echter Freude einem runden Etwas nachjagen, das – wir ahnen es – aus Stoffresten zusammengeflickt ist. Obermann erkennt sofort: Der bewegt sich ja wie Klinsi. Er fördert ihn trotzdem, und Rajiv kommt in Nepals Jugend-Nationalmannschaft. Die darf dann irgendwann nach Klinsiland fahren, um sich mit den Jugendmannschaften von Fürth, Vestenbergsgreuth und Wehen zu messen. Und natürlich, um sich gut zu benehmen und auf Völkerfreundschaft zu machen: »Die jungen Nepalesen wurden überall mit Wohlwollen empfangen. Nicht zuletzt, weil sie so bescheiden auftraten. Keine großen Worte. Die ihnen überreichten Geschenke der Vereinsvertreter oder Stadtväter packten sie stolz in ihre Sporttaschen, gestiftet von der Dreistreifen-Firma.« Rajiv hat Glück: Ein Amateurverein verpflichtet ihn auf der Stelle und verschafft ihm einen Ausbildungsplatz beim Sponsor, einer Firma für Wasserfilter. Weil er 17 Tore schießt, schickt ihn seine Firma für ein paar Wochen zum Urlaub in die Heimat: »Was konnte er da alles erzählen! Noch ein Jahr läuft sein Vertrag. Dann geht er nach Nepal zurück (wie es sich gehört) und wird seine 14köpfige Familie versorgen. Seine Firma hat ihm (weil sie ihn so gern hat) eine kleine Niederlassung für den Vertrieb ihrer Wasserfilter versprochen.« Man sieht: Wenn sich alle ein bißchen Mühe geben und nett zueinander sind, dann gibt es hüben Tore und drüben sauberes Wasser.

Hüben gibt es Tore und drüben sauberes Wasser

Übrigens. Rajiv hat Klinsi einmal getroffen, und der hat ihm die Hand geschüttelt. Klinsi ist überhaupt ein guter Mensch und der Säulenheilige für die Fair-Life-Fans von »Brot für die Welt«. Mal kritisiert er die Medien, die nur aufs Geld und nicht auf den Menschen schauen; mal übernimmt er die Schirmherrschaft für einen Versöhnungs-Kick im KZ Auschwitz, mal sammelt er Geld für Straßenkinder. Klinsi übernimmt Verantwortung, er ist ein Fußballer, der wo über den Tellerrand schaut. Und wir Fußball-Freunde sollen nun – so will es »Brot für die Welt« – seinen »Steilpaß für Fair-Life« aufnehmen. Als wäre irgendein Klinsmann-Paß jemals angekommen.

▶ **Jörg Später** ist Mitarbeiter im **iz3w**.



Auch ein Beitrag zum »globalen Zusammenleben der verschiedenen Kulturen«: Die Stadtverwaltung Freiburg sorgt sich um Sauberkeit und Nahrungssicherung. Foto: H.G. Schiele

Global denken...

Die Chancen der Nord-Süd-Gruppen im Agenda 21-Prozeß

Gemäß der Vorgaben des Abschluß-dokumentes des UN-Umweltgipfels von Rio, der Agenda 21, sollen auch die Kommunen einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung und zum globalen Umweltschutz leisten.
Seit einiger Zeit setzen sich nun in zahlreichen Städten und Kommunen neben Umwelt- auch viele Dritte-Welt-Gruppen für die Etablierung von Lokale-Agenda-21-Prozessen ein.
In unserer neuen Rubrik »Kontroverse« diskutieren wir die Chancen der Nord-Süd-Gruppen im Agenda-21-Prozeß.

die redaktion

von **Christoph Albuschkat**

► Welchen Beitrag können Weltläden oder andere Gruppen, die sich für die Belange der Länder des Südens einsetzen, im Prozeß der Agenda 21 leisten? Schaut man sich den bisherigen Verlauf der Agenda-Prozesse in deutschen Kommunen an, so fallen zwei Dinge ins Auge: Erstens haben sich bisher erst etwa 200 Kommunen auf den Weg gemacht, eine Lokale Agenda 21 (LA 21) für ihren Handlungsbereich zu erarbeiten – entgegen der Vorgaben des UN-Umweltgipfels von Rio, daß bis Ende 1996 alle Kommunen diesbezüglich aktiv werden sollten. Zweitens fällt auf, daß in den meisten LA 21-Prozessen die Diskussionen vor allem auf Umweltthemen konzentriert sind. Das ist schon allein daran abzulesen, daß die Koordination der Agenda-Aktivitäten häufig in den Umweltämtern angesiedelt ist. Soziale Belange hingegen, geschweige denn Aspekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, werden von offizieller Seite stark vernachlässigt. Unsere Probleme sind uns eben am nächsten, noch dazu in Zeiten leerer Kassen. Wo also bleibt die Rolle der Weltläden und Nord-Süd-Gruppen im Agenda-Prozeß?

Die soeben skizzierte Bestandsaufnahme des Agenda-Prozesses ist kein Grund gegen, sondern für das Engagement der Weltläden und Nord-Süd-Gruppen in Sachen Agenda 21. Gerade weil viele dieser Gruppen in Deutschland noch immer ein Nischendasein führen und in der Öffentlichkeit wenig präsent sind, bietet die Agenda 21 eine Chance, das Thema der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd stärker in den Alltag zu bringen. Denn durch die Agenda 21 sollen auch die Auswirkungen unserer Lebensweise auf die Länder des Südens offengelegt werden, gemäß dem Spruch: »Global denken – lokal Handeln«. Wer weiß schon, was mit unseren Altkleiderexporten nach Afrika passiert, wie und wo unsere Schnittblumen produziert werden oder wer unsere Fußbälle zusammennäht? Die Agenda 21 als internationale Vereinbarung für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung dient dabei als Schiene, auf der die Nord-Süd-Gruppen eine größere Öffentlichkeit erreichen können.

Die Agenda dient als Schiene zu einer größeren Öffentlichkeit

Die Nord-Süd-Gruppen sind dabei keinesfalls nur Nutznießer eines Prozesses, der trotz aller Defizite zunehmend an Bekanntheit und Bedeutung gewinnt, sondern sie haben durchaus etwas zu bieten: jahrelange Erfahrung in Lobbyarbeit vor Ort, Kontakte zu anderen Gruppen – auch in den Ländern des Südens -, ehrenamtliche Kräfte und Motivation. Das Allerwichtigste: Mit ihrem Produktsortiment verfügen die Weltläden über eine ökologisch, sozial und entwicklungspolitisch nachhaltige Alternative für Produkte, die heute noch zum großen Teil die Ausbeutung der Menschen in den Ländern des Südens manifestieren, wie Kaffee, Tee, Kakao und Bananen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dieser Punkt ist von besonderer Bedeutung, da die Frage nach einer wirklichen Alternative oft das größte Problem darstellt bei der Suche nach einem zukunftsfähigen Lebensstil. Weltläden bieten diese Alternative seit über 25 Jahren – leider noch mit einem sehr kleinen Wirkungskreis (der Anteil des fair-gehandelten Kaffees am deutschen Kaffeemarkt macht immer noch nur etwa 1 % aus), dafür aber mit einer überzeugenden Philosophie: »Fair trade statt aid«. Oder, um es mit den Worten des Entwicklungsexperten Franz Nuscheler zu sagen: »Die Kampagne von Transfair hat mehr Kaffeebauern zu einem existenzsichernden Einkommen verholfen als alle Entwicklungshilfe«.

Daß Nord-Süd-Initiativen im Agenda-Prozeß tatsächlich eine wichtige Rolle spielen und Erfolge verzeichnen können, wird vielerorts deutlich. In mehreren Kommunen, wie z. B. in Aachen, Neuss und Mainz, ging die Initiative zur Erarbeitung einer LA 21 von Nord-Süd-Initiativen aus. In anderen Kommunen sind sie mit vielfältigen Maßnahmen und Zielen am Prozeß beteiligt, etwa durch die Einführung fair gehandelter Produkte in allen städtischen Einrichtungen und in der Gastronomie (Münster), durch Partnerschaften mit Kommunen, Projekten oder Schulen in den Ländern des Südens (Osnabrück), die Förderung der Kultur Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei öffentlichen Festen (Bonn), entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Kindergärten und Schulen (Bonn), Ausschank fair gehandelten Kaffees auf dem Münchner Oktoberfest, Einbindung der Universitäten (Münster, Bonn, Osnabrück) etc.

Der Kritik, die Agenda 21 sei nur eine leere Worthülse, der wenig konkrete Maßnahmen folgen, kann ich somit selbst aus der Sicht der Nord-Süd-Initiativen nicht zustimmen. Es kommt eben darauf an, was aus den Möglichkeiten, die die Agenda 21 durchaus bietet, gemacht wird – und da ist jeder Weltladen, jede Umwelt-, Frauen- und andere Gruppe und jede Einzelperson gefordert, sich zu beteiligen. Daß die Arbeit der Nord-Süd-Gruppen durch den Agenda-Prozeß auch von politischer Seite eine Aufwertung erfahren kann, zeigt am deutlichsten das »Eine-Welt-PromotorInnen-Modell« in Nordrhein-Westfalen. Seit 1996 finanziert das Land 34 sogenannte Promotoren, die die entwicklungspolitische Arbeit der Kommunen unterstützen und koordinieren. Darüber hinaus gibt es weitere Institutionen, die Kommunen auch bundesweit bei ihrer Nord-Süd-Arbeit beraten, wie z. B. das Zentrum für kommunale Entwicklungsarbeit und der caf/Agenda-Transfer, beide in Bonn, sowie die Landesstellen der Carl-Duisberg-Gesellschaft.

Obwohl die kommunale Entwicklungszusammenarbeit auch im Agenda-Prozeß nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, gibt es für Nord-Süd-Gruppen zahlreiche Möglichkeiten, sich in den Prozeß einzubringen.

► **Christoph Albuschkat** ist Geograph und arbeitet im Mainzer Eine-Welt-Laden Unterwegs. Er ist Referent für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Mitinitiator der Agenda 21 in Mainz.

lokal handeln?

Wider das Agenda-Fieber

von **Christian Stock**

► Erinnert sich noch jemand an die Kampagnen der Friedensbewegung, die Kommunen aufforderten, sich per Gemeinderatsbeschluß zu »Atomwaffenfreien Zonen« zu erklären? Das wäre eigentlich bitter nötig, denn dieser Ansatz, auf lokaler Ebene gegen globale Entwicklungen vorzugehen, war ein Irrweg. Indem vorgegaukelt wurde, die Institution »Gemeinde« könne bei der Verhinderung des atomaren Rüstungswettlaufs eine Rolle spielen, wurde der Widerstand gegen die Aufrüstung fehlgeleitet. Politische Kampagnen, die sich an falsche Adressaten richten, die ein diffuses »Wir«-Gefühl erzeugen (»Wir in unserer Stadt gegen Atomwaffen«) und die den Bürgern Handlungsmacht zusprechen, wo sie gar keine haben, gehen nach hinten los. Die wenigen Kommunen, die sich zu »Atomwaffenfreien Zonen« erklärten, haben ihre Schilder an den Ortseingängen sang- und klanglos wieder abmontiert.

Mit ähnlicher Naivität wird derzeit im Rahmen der Lokale-Agenda-21-Prozesse die »lokale Verantwortung für globale Probleme« eingefordert. Der Rekurs auf das »Lokale« übt in den Zeiten der vielbeschworenen Globalisierung auch bei vielen Dritte-Welt-Gruppen große Faszination aus. Offensichtlich ist das Bedürfnis groß, angesichts der als anonym empfundenen Dynamik der Weltökonomie und der Umweltzerstörung kleine, überschaubare Handlungsräume im Lokalen zu schaffen.

Doch die an sich nicht falsche Maxime »Global denken, lokal handeln« droht in den LA 21-Prozessen erneut trivialisiert zu werden, indem die Verantwortung für globale Probleme dem Individuum angetragen wird. Das Münchner Fachforum Eine Welt – Agenda 21 beispielweise erklärt, »daß wir durch unser eigenes Handeln die Situation in den Ländern des Südens (...) mit beeinflussen können und Strukturveränderungen dort ansetzen sollte, wo sich jede und jeder am besten auskennt: zu Hause, in der eigenen Stadt, in der eigenen Region«. Für bestimmte Umweltprobleme wie z.B. den Energieverbrauch mag eine solche Einschätzung teilweise zutreffen, für den Nord-Süd-Konflikt ist diese Handlungsanleitung irreführend. Sie unterschlägt, daß weltwirtschaftliche Prozesse durch den Weltmarkt vermittelt und durch internationale Regime (wie die Welthandelsorganisation WTO) oder durch Transnationale Konzerne durchgesetzt werden. Dort müssen grundlegende Strukturveränderungen vor allem ansetzen, und nicht vorderhand zuhause.

Durch die übermäßige Betonung des Lokalen und Individuellen in den LA 21-Prozessen werden die komplexen (welt-)gesellschaftlichen Zusammenhänge eher verdunkelt als erhellt. Die Konsequenz ist, daß die meisten Aktivitäten im Rahmen der LA 21 kaum mehr als Gewissensberuhigung bewirken. Das jedoch reicht weder zur Motivierung noch zur politisch-theoretischen Begründung einer sozialen Bewegung aus. Denn wer Konsumverzicht übt, fair gehandelten Kaffee trinkt und auf Unkrautspritzen verzichtet, wird sich irgendwann fragen, was das alles soll, wenn gleichzeitig durch Vereinbarungen wie dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) und die Freihandelspolitik ein Umwelt- und Sozialdumping stattfindet, das alle gutgemeinten individuellen Bemühungen ad absurdum führt.

Ein zweiter Geburtsfehler der LA 21-Prozesse ist der Bezug auf die Agenda 21, das zentrale Abschlußdokument des UN-Umweltgipfels von 1992 in Rio. Der BUND, der sich besonders stark für die LA 21 macht, schwärmt beispielsweise: »Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum zugetraut, aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt«. Nichts dürfte falscher sein. Wer die 300 Seiten der Agenda 21 mal genau liest (und man hat den Eindruck, das hat fast niemand getan), entdeckt zu 90% nichtssagende Verlautbarungen mit dem Generaltenor »wir alle sind irgendwie für den Erhalt der Umwelt«. Der Rest sind Forderungen, die man nur bekämpfen kann. Zum Beispiel wird in der Gentechnologie die Zukunft von Welternährung und Medizin gesehen.

Die Aktivitäten sind nur eine Gewissensberuhigung

Die Affirmation der bestehenden Weltordnung in der Agenda 21 ist auch der Grund dafür, daß sie sich so trefflich durch Konzerne, Politik und nun auch durch Stadtverwaltungen vereinnahmen läßt. Bei nahezu allen LA 21-Prozessen spielen die Oberbürgermeister die Schirmherren. Wenn sie in Sonntagsreden mehr Fairneß gegenüber der Dritten Welt fordern, dann nur, weil dies die Akzeptanz ihrer ansonsten unveränderten Betonpolitik erhöht und ihr eine soziale und moderne Fassade verleiht. Die politischen Kosten solcher PR-Strategien sind niedrig: Wer hat schon was gegen die Unterstützung der Dritten Welt, und die paar Mark mehr für den Ausschank fair gehandelten Kaffees in städtischen Kantinen lassen sich angesichts des Imagegewinns leicht verschmerzen.

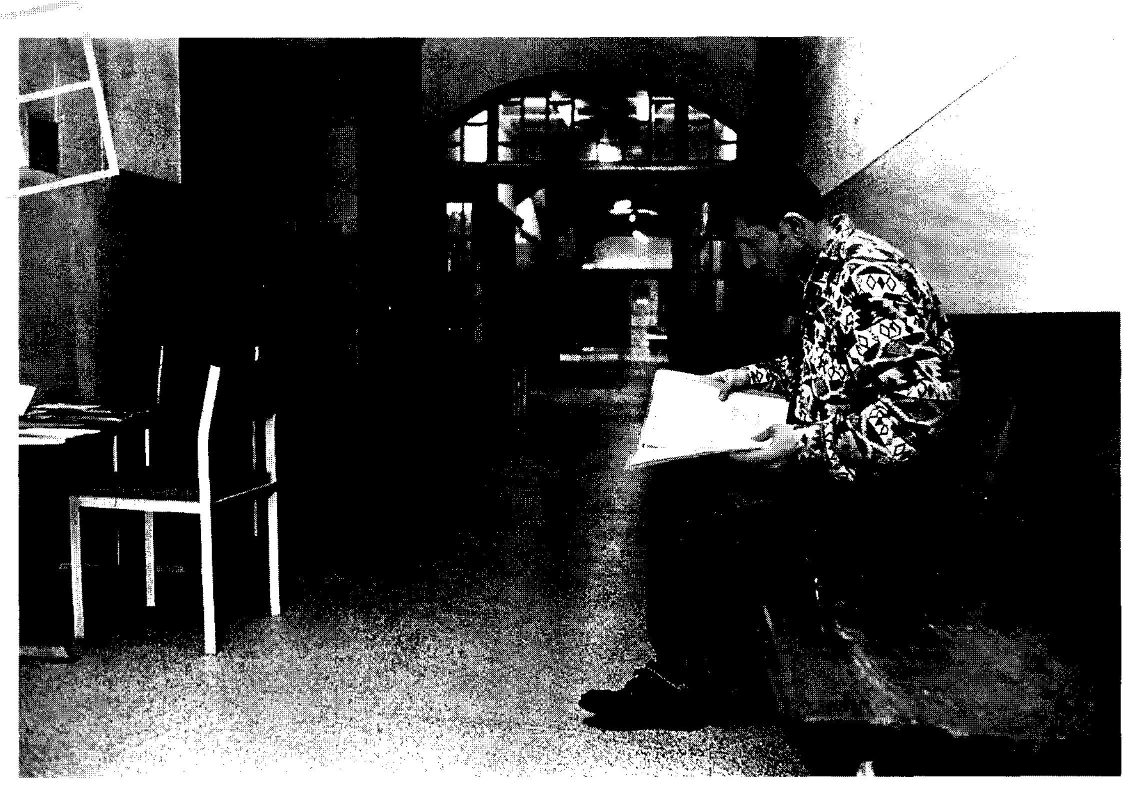
Daß eine solche Vereinnahmung überhaupt möglich ist, liegt an der starken Betonung des Konsensgedankens in den LA 21-Prozessen. Diese sind durch zwanghafte Konfliktvermeidung geprägt – Hauptsache, alle gesellschaftlich relevanten Kräfte kommen an Runden Tischen zusammen. Die Verkleisterung politischer Widersprüche wird sogar noch als Fortschritt gefeiert, wie z.B. in einem Bericht über eine »Agenda-Zukunftskonferenz« im bayrischen Olching: »Nur was völlige Übereinstimmung erzielt, wird weiterverfolgt, alles andere ausgeklammert. Am zweiten Tag ist bereits ein starkes Wir-Gefühl unter den Teilnehmern spürbar«. Positive Thinking ist angesagt, oder wie es das Mitteilungsblatt Stadtgespräche – Nachrichten zur lokalen Agenda 21 in Deutschland formuliert: »Nörgeln ist out«. Dieses Harmoniegedusel bewirkt allerdings vor allem die Befriedung und Entpolitisierung potentieller Kritiker, die im Interesse »konstruktiver« Auseinandersetzung lieber ihren Mund halten, um nicht als notorische Querulanten dazustehen.

Gleichermaßen zur Schwächung inhaltlicher Auseinandersetzung tragen der hohe Arbeitsaufwand bei der Organisation von LA 21-Prozessen, die selbstreferentielle Beschäftigung mit den eigenen Strukturen und die Anwendung schematisierter Moderationstechniken und »Zukunftswerkstätten« bei. Anstatt über das Problem zu reden, wird thematisiert, wie über das Problem zu reden sei. Das ist so langweilig wie nervtötend und dient vor allem der Selbstlegitimation von LA-21-Funktionären, deren Hauptbeschäftigung die Schaffung neuer Projektstellen ist.

Fazit: Während für Umweltgruppen, die die nähere Lebensumgebung im Blick haben, die Beteiligung an LA 21-Prozessen unter Umständen eine geeignete politische Bühne eröffnet, hat die Dritte-Welt-Bewegung wenig zu gewinnen. Ihr Thema ist der Weltmarkt, oder anders formuliert: Ausbeutung und Ungleichheit im globalen Kapitalismus. Und der läßt sich nicht durch kommunale Initiativen aus der Welt schaffen.

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter im **iz3w**.





Die Initiative »kein Mensch ist illegal« thematisiert die Illegalisierung und Ausgrenzung von MigrantInnen in Deutschland. In unserer Reihe zu der Kampagne beschäftigten wir uns bisher mit der Bewegung der 'Sans Papier' in Frankreich, mit dem neuen Feindbild der »Illegalen« sowie ihrer Kriminalisierung (iz3w Nr. 226, 227, 228).

»Abschiebehindernisse liegen nicht vor«

Die Menschenrechtsberichte des AA entscheiden über Asyl und Abschiebung – die Beispiele Togo und Iran

von **Stephan Günther**

Viele Flüchtlinge werden zu »Illegalen«, weil ihr Asylantrag abgelehnt wird und laut Ausländerbehörden »keine Abschiebehindernisse vorliegen«. Diese Annahme der Behörden stützt sich in der Regel auf die Menschenrechtsberichte des Auswärtigen Amts zu den jeweiligen Herkunftsländern. Daß viele Flüchtlinge lieber »untertauchen« als sich abschieben zu lassen, hängt jedoch nicht zuletzt damit zusammen, daß die Situation in den Ländern meist anders aussieht als es die Berichte nahelegen sollen.

► Wenn die Angestellten des Bundesamtes »für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge« über die Asylanträge entscheiden, wenn Verwaltungsrichter über die Klagen gegen diese Entscheide zu urteilen haben, oder wenn die Mitarbeiter der Ausländerbehörden Abschiebungen organisieren, dient ihnen allen dasselbe Papier als Arbeitsgrundlage: Der »Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage« in den entsprechenden Herkunftsländern der Flüchtlinge, den das Auswärtige Amt (AA) verfaßt. Das Gewicht der Berichte für die Entscheidungen, vor allem aber ihre Inhalte sind von amnesty international (ai) und anderen Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisiert worden.

Kernpunkt der Kritik: Häufig ist der »Lagebericht« einzige Entscheidungshilfe der Entscheidungsträger, der sich zudem in wesentlichen Punkten etwa von den ai-Länderberichten unterscheidet. Das hat nicht zuletzt mit seinem Zustandekommen zu tun. Während ai lokale Menschenrechtsgruppen, Oppositionsparteien, Kirchen und andere Nichtregierungsstellen befragt, um ein Bild über die Einhaltung der Menschenrechte zu bekommen, ist der Lagebericht des Auswärtigen Amts ein häufig noch in Bonn zurechtredigierter Kommentar der Deutschen Botschaft in dem betreffenden Staat. Die Quellen der zugrundeliegenden Informationen werden nicht genannt, meist sind es jedoch regierungsamtliche Stellen. Nichtregierungsorganisationen werden nur befragt, wenn sie entsprechend groß und bekannt sind.

Nicht selten ist es das diplomatische Interesse der Bundesregierung, das sich in der Formulierung der Berichte niederschlägt. Dirk Kohnert, Togo-Referent beim Institut für Afrika-Kunde und als Sachverständiger auch für die deutsche Regierung tätig, sieht darin den Grund für die Dehnbarkeit des Menschenrechts-Begriffs: »Die Verfasser (der asyl- und abschiebungsrelevanten Lageberichte), in der Regel Botschaftsangehörige, werden vom AA darauf hingewiesen, daß die Berichte sowohl innen- wie außenpolitisch ein Politikum sein können, etwa hinsichtlich eines Abschiebestops. Sie sind so zwar von außerordentlicher Sachkenntnis gekennzeichnet (...), zwischen den Zeilen schimmert allerdings des öfteren ein übergeordnetes Staatsinteresse hindurch, das die Bewertung der Sachlage beeinflußt. In Lageberichten zu afrikanischen Herkunftsländern (z.B. Nigeria, Zaire, Togo), aus denen in letzten Jahren signifikante Fluchtbewegungen nach Deutschland zu verzeichnen waren, ergaben sich außerdem auch innerhalb ein und desselben

Berichtes schwer nachvollziehbare Widersprüche. Mitarbeiter des AA haben in Asylverfahren vor Verwaltungsgerichten bereits unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß die Länderberichte des AA in einzelnen Fällen sehr stark von politischen Rücksichtnahmen eingeschränkt werden.«

Die Berichte des AA bestehen in der Regel aus einem einleitenden allgemeinpolitischen Teil, Kapiteln zu Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen sowie einem abschliessenden asylbezogenen Teil, der auf die Fragen der Rückkehr und Einreisebestimmungen eingeht. Als Ergänzung finden sich im Anhang häufig »Hinweise zur Feststellung von Fälschungen«, d.h. Hilfen für die Asylentscheider, echte von gefälschten Dokumenten der jeweiligen Staaten zu unterscheiden. Die Berichte über Togo und den Iran, die im folgenden exemplarisch analysiert werden, wurden beide im letzten Jahr verfaßt, der über Togo im März 1998 aktualisiert.

Redigierte Lageberichte aus Togo

▶ Der seit 1967 herrschende Präsident General Etienne Eyadéma mußte 1991 nach langen Protesten oppositionelle Parteien zulassen, politische Gefangene freilassen und Wahlen ankündigen. »Obwohl am 27.9.1992 eine demokratische Verfassung per Volksabstimmung angenommen worden war«, so der Bericht des Auswärtigen Amts von 1997, »gewann Präsident Eyadéma unter Ausnutzung des von Armee und Sicherheitskräften provozierten Klimas der allgemeinen Unsicherheit die Macht im Staat zurück. Er brachte die Regierung in völlige Abhängigkeit und stoppte den Demokratisierungsprozeß.« Nach einer weiteren Streik- und Protestwelle wurden zwar Parlamentswahlen durchgeführt, die nach der Niederlage der Regierungspartei jedoch postwendend vom Obersten Gerichtshof annulliert wurden. Das Auswärtige Amt stellt fest, daß sich »Präsident Eyadéma in seiner Position gestärkt (fühlt). Seine faktische Machtausübung geht weit über die ihm von der Verfassung verliehenen Zuständigkeiten des Staatsoberhaupts hinaus.« Trotz dieser Rückschritte in Togo erklärt das AA optimistisch, die demokratischen Strukturen seien »im Verlauf der letzten zwei Jahre stärker geworden«.

Das Auswärtige Amt sieht zwar nach wie vor erhebliche Menschenrechtsverletzungen in Togo, doch »handelten die Sicherheitskräfte anders als zur Diktaturzeit seltener im direkten Auftrag der Regierung bzw. des Präsidenten als im Interesse der Anhänger des alten Regimes und aus eigenem Antrieb.« Dieser vermeintliche Wandel in der Motivation der Täter mag für die Opfer von Folter und Terror unerheblich sein – sie ist es jedoch nicht für die »asyl- und abschiebungsrelevante« Beurteilung: Politisches Asyl setzt nach bundesdeutscher Rechtsprechung auch politische Verfolgung voraus. Handeln also die Sicherheitskräfte aus »eigenem Antrieb«, ist diese Verfolgung asylrechtlich nicht relevant. Ähnlich wird die Gefahr für »Rückkehrer« beurteilt. Abgeschobenen Asylbewerbern drohe, so der Bericht, keine staatliche Verfolgung, denn es gebe in Togo keine gesetzliche Grundlage für eine gesonderte, benachteiligte Behandlung von ausgewiesenen oder abgeschobenen Staatsangehörigen bei ihrer Rückkehr, auch wenn nicht auszuschließen sei, daß Grenzkontrollbeamte individuell die Rückkehrer nicht korrekt behandeln.

Sowohl hinsichtlich der allgemeinen Menschenrechtslage als auch der Situation für abgeschobene Flüchtlinge urteilen amnesty international und andere Menschenrechtsgruppen ganz anders: »Unsicherheit und Willkür prägen die Situation in Togo. Die Hauptstadt Lomé ist durchsetzt mit Straßensperren, an denen Armeeangehörige Passanten und Autofahrer kontrollieren. (...) Nach Angaben der LTDH (Ligue Togolaise des Droits de l'Homme) sowie des US-Department of State sollen die Sicherheitskräfte und bewaffnete Banden für zahlreiche Morde verantwortlich sein.« (ai-Bericht 1997). Abgeschobene oder freiwillig zurückgekehrte Flüchtlinge, so dokumentiert beispielsweise Pro Asyl, sind entführt, inhaftiert, gefoltert und ermordet worden. Für diese Fälle gebe es, so verlautet es dagegen aus dem AA, keinen Beleg. Außerdem erschienen solche Darstellungen von ihren Details her unglaubhaft.

Nach Meinung der Togo-Referentin von Pro Asyl, Christiane Krambeck, wirkt der Länderbericht des AA »als habe ihn jemand geschrieben, der gut über die Lage Bescheid wußte, dann im nachhinein aber an allen 'abschiebungsrelevanten' Stellen nochmal einen gegenteiligen Satz oder einen gewundenen Vorwand hinzugefügt habe«. Am Ende entsteht so der Eindruck, als ob in Togo kein allgemeines Rückkehr-Risiko bestehe.

»Irans Verfassung gewährt Menschenrechte«

▶ Bezüglich des Iran werden solche Risiko-Abschätzungen erst gar nicht angestellt. Die deutsche Abschiebepraxis orientiert sich an der anderer Staaten. »Eine Umfrage ergab«, so der Bericht des Auswärtigen Amts von 1997, »daß dabei fast alle betroffenen europäischen Staaten sowie Kanada Abschiebungen in den Iran vornehmen. Die Zahl der Schüblinge geht in die Tausende«. Zur Bestätigung dieser Praxis zitiert der Bericht den Chef der iranischen Judikative, Ayatollah Yazdi, der erklärt hatte, daß »Personen, die die Rechte der Allgemeinheit nicht verletzt haben und keine offenen Akten bei den Justizbehörden haben, nach Iran zurückkehren können.«

So erscheint den Berichterstattern des Auswärtigen Amts 1997 die innere Lage des Iran als »insgesamt stabil«. Als Beleg für die im Iran bestehenden Freiheiten wird angeführt, daß die Regierung während der letzten Wahlen auch öffentlich »teilweise sehr heftig kritisiert« wurde. Was der Bericht anschließend als »Grenzen der Meinungsfreiheit« erwähnt, bezeichnet amnesty international allerdings deutlicher als »Übergriffe gegen die Meinungsfreiheit«: »Unter massiven Einschränkungen und Bedrohungen leiden gewaltlose Kritiker der Regierung, unabhängige Schriftsteller und Verleger sowie kritische Journalisten«. Darüber hinaus berichtet ai von Tausenden politischer Gefangener in Haft und registrierte für das Jahr 1996 eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als doppelt so hohe Zahl von Hinrichtungen, nämlich 110 vollstreckte Todesurteile. Zwar berichtet auch das Auswärtige Amt von Hinrichtungen »in beachtlichem Umfang«, relativiert dies jedoch im selben Absatz und behauptet, daß die »im iranischen Strafrecht vorgesehenen äußerst schweren Strafen in der Praxis nicht mit entsprechender Konsequenz und Strenge verhängt (werden).«

Diese Sowohl-als-auch-Beurteilungen ziehen sich durch den ganzen Bericht. Es gebe zwar frauenspezifische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen, doch »Frauen können in Iran grundsätzlich in allen Berufen tätig sein.« In Bezug auf die Körperstrafen führt der Bericht aus: »Peitschenhiebe sind nach wie vor eine häufig verhängte Strafe. Dabei ist es aber, vor allem bei weniger schwerwiegenden Fällen, auch möglich, die Peitschenhiebe durch Zahlung einer Ersatzgeldstrafe zu vermeiden.« Und selbst bei der Folter weiß der Autor des AA zu relativieren und zu vergleichen: »Es ist bekannt, daß Verhörmethoden und Haftbedingungen seelische Folterungen und unmenschliche Behandlung einschließen. Umgekehrt sind die Haftbedingungen für politische Gefangene im Vergleich zu anderen Staaten in der Region nicht schlecht. Im eigentlichen Strafvollzug ist Iran bei bestehenden Defiziten um wirkliche Verbesserungen, auch unter Berücksichtigung moderner Konzepte bemüht.«

Dieses Jonglieren läßt den hiesigen Entscheidungsgremien der Asyl- und Ausländerbehörden jeglichen Spielraum. Generelle Abschiebestops für einzelne Herkunftsländer werden nicht mehr beschlossen. Selbst für Bürgerkriegsländer wie Algerien oder Afghanistan haben sich die Innenminister der Länder nicht darauf verständigen können. So bleibt die Entscheidung über Duldung oder Abschiebung den Bundesländern, meist sogar den Beamten der Ausländerbehörden überlassen. Und deren Urteil lautet nicht selten: »Abschiebehindernisse liegen nicht vor«, – bestätigt durch den aktuellen Bericht des Auswärtigen Amts.

▶ **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Das leichte Brot der Armen

Strukturanpassung, Armut und der Sozialfonds in Ägypten

von **Cilja Harders**

Seit 1991 wird in Ägypten ein Strukturanpassungsprogramm durchgeführt. Es enthält den üblichen Maßnahmenkatalog der Weltbank: Die Wirtschaft soll liberalisiert und privatisiert, die staatlichen Ausgaben reduziert werden. Wie in vielen anderen Ländern wurde ein Sonderfonds eingerichtet, um die entstehenden sozialen Härten abzufedern. Nach sieben Jahren lassen sich die Ergebnisse von Strukturanpassung und Sozialfonds bilanzieren.

► Ziel der Strukturanpassungsprogramme (SAP) ist auch in Ägypten, eine Marktwirtschaft mit möglichst wenig staatlichen Eingriffen herzustellen und die Staatsfinanzen zu sanieren. Tatsächlich konnte die Regierung seit 1991 einige makroökonomische Verbesserungen erreichen. Dem Egyptian Human Development Report (EHDR) von 1996 zufolge sanken das Budgetdefizit und die öffentlichen Ausgaben deutlich, und auch die Inflation ist von 20% (1989) auf knapp 7% (1996) gesunken. Zudem ist laut ägyptischem 'Bericht über die menschliche Entwicklung' die nationale Armutsquote zwischen 1991 und 1996 gefallen.[1]

Die Stabilisierung dieser Daten wurde allerdings auf Kosten anderer Faktoren durchgesetzt. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin bei 11%, und das Pro-Kopf-Einkommen sank zwischen 1991 und 1995 um 0,8% (1993 lag es bei nur 600 US$). Ein insgesamt niedriges Wachstum wird begleitet von steigenden Preisen und bestenfalls stagnierenden Einkommen. Das wirkt sich direkt auf die armen und von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen aus. Obwohl wie angegeben der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1991 und 1996 von 25% auf knapp 23% gefallen ist, leben in Ägypten aufgrund des Bevölkerungswachstums weiterhin knapp 14 Mio. Menschen unter der Armutslinie (EHDR). Dabei zeigt sich ein klarer Trend zur Verschärfung der Armut in der Stadt. Zwar leben immer noch die meisten Armen auf dem Land, vor allem in Südägypten, aber ihr Anteil geht prozentual zurück. Der Bericht bestätigt außerdem eine oft geäußerte Vermutung von SAP-KritikerInnen, daß Strukturanpassung Gruppen neuer Armer und von Armut Bedrohter schafft: Legt man eine Armutslinie an, die nicht nur die Kosten für die minimalen Nahrungsmittel und die Befriedigung der sonstigen Grundbedürfnisse umfaßt, dann zeigt sich, daß diese Form der neuen »milden Armut« zwischen 1991 und 1996 von 18,7% auf 22,5% gestiegen ist. Zusammengerechnet ist also knapp die Hälfte der ägyptischen Bevölkerung arm. In diesem Kontext ist das Absinken der nationalen Armutsquote nicht mehr sehr aussagefähig.

Bezieht man die »milde Armut« ein, ist die Hälfte aller Ägypter arm

Zentrale Bedeutung für die Verschlechterung der Lebenssituation armer und von Armut bedrohter Gruppen in Ägypten haben die durch Strukturanpassung ausgelösten Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel. Gerade Arme geben oft bis zur Hälfte ihres Budgets für Brot, Reis, Öl, Nudeln und ähnliches aus. Der Staat streicht im Rahmen von SAP Subventionen für einige Produkte ganz, für andere teilweise, die Zuteilungen werden verknappt oder die Preise erhöht. Brot zum Beispiel wird noch subventioniert, aber der einzelne Brotlaib ist stetig leichter und teurer geworden. In Zahlen: Zwischen 1989 und 1995 stiegen die Kosten für den minimalen ägyptischen Überlebenswarenkorb in der Stadt um 425%. Parallel dazu wurden durch die Abwertung des ägyptischen Pfundes die wichtigen Nahrungsmittelimporte deutlich teurer, was sich in Preissteigerungen am lokalen Markt niederschlägt.

Die meisten Armen in Ägypten sind im informellen Sektor tätig und verdienen dort unregelmäßig und wenig Geld.[2] Sie sind deshalb besonders anfällig für Arbeitsmarktschwankungen. Wenn etwa im Bausektor, in dem viele Arme tätig sind, Flaute herrscht, werden weniger Tagelöhner zu niedrigeren Löhnen beschäftigt. Da die meisten armen Haushalte zentral vom Einkommen des meist männlichen Familienernährers abhängen, haben solche Schwankungen katastrophale Auswirkungen für den täglichen Kampf um die Existenz. Die Familie ißt billigere und qualitativ schlechtere Nahrungsmittel, spart Mahlzeiten ein und muß auf Fleisch und Huhn ganz verzichten. Vor allem Frauen und Kinder zahlen den Preis. Zwischen 1991 und 1996 ist die Zahl der mangelernährten Kinder in der Stadt von 7,1% auf knapp 10% gestiegen (EHDR). Frauen, die in den meisten Fällen für die Verwaltung des knappen Familienbudgets zuständig sind, unternehmen große, unbezahlte und in der offiziellen Statistik nicht einbezogene Anstrengungen, um das Einkommen ihres Haushaltes gegen solche Schwankungen abzusichern. Ihre vielfältigen monetären und nicht-monetären Aktivitäten, die Verausgabung von Zeit, sozialem Kapital und Arbeitskraft innerhalb und außerhalb des Haushaltes ist zentral für das Überleben ihrer Familien. Das macht sie zu einem sehr verletzbaren und gleichzeitig unsichtbaren menschlichen Puffer für die Folgen von Strukturanpassung, die sie vor allem durch Mehrarbeit abzufedern versuchen. Armut ist eben nicht nur eine Frage eines statistisch erfaßbaren niedrigen Geldeinkommens, sondern ein Zustand grundlegender sozialer und materieller Unsicherheit und Informalität, der abhängig von individuellen und globalen Faktoren Veränderungen unterliegt.

Der Sozialfonds als Puffer

► Die Verschlechterung der Situation grosser Bevölkerungsteile ist mit dem Beginn von SAP einkalkuliert. So wurde wie in vielen anderen Ländern auch in Ägypten parallel ein Social Fund for Development (SFD) eingerichtet. Er soll die Akzeptanz für das Programm erhöhen und gleichzeitig seine sozialen Folgen abfedern. Der Fonds hatte 1996 ein von 18 Gebern aufgebrachtes Budget von knapp 750 Mio. US$. Seine fünf Programme sollen mit Hilfe von Training, Kreditvergabe und öffentlicher Arbeitsbeschaffung dauerhaft Arbeitsplätze und Einkommen sichern und die Armut im Land lindern.

Laut SFD haben fast 30% der ägyptischen Bevölkerung von den Aktivitäten des Fonds profitiert. In früheren Berichten war allerdings nur von bescheidenen 0,5% die Rede. Offensichtlich hat der Fonds – es lebe die Statistik – seinen Klientenbegriff geändert und bezieht nunmehr nicht nur Einzelpersonen ein, sondern auch von ihnen abhängige Haushalte und ganze Nachbarschaften, die in den Genuß von Infrastrukturprojekten gekommen sind. Ob der Fonds die armen Schichten erreicht, ist allerdings zu bezweifeln. Zunächst werden nämlich 50 % aller Gelder über Banken verteilt, und weitere 40% gehen an lokale und regionale Regierungsinstitutionen. Beides erschwert den

Südwind

ISSN 1027-4987, 19. Jahrgang
Verlagspostamt: 1090 Wien, P.b.b.
Erscheinungsort: Wien
40 öS / 6.50 DM

Nr. 4b - April 1998

DAS MAGAZIN FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Monat für Monat:

Informationen, Berichte und Reportagen aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Lesen Sie im neuesten Heft:

Pendler zwischen den Welten

Der Kulturwandel in Papua-Neuguinea

World Wide Web: http://www.oneworld.at/suedwind.magazin

Liebe Leserinnen und Leser!

Zu mittag geht Dorothy, Büroangestellte aus Papua Neuguinea, in den Supermarkt und kauft sich eine Flasche Fanta. Abends kocht sie Süßkartoffeln in Kokosmilch für ihre sechs Kinder und füttert die Schweine für die Familienfeste. Sie überschreitet wie selbstverständlich kulturelle Grenzen, pendelt zwischen verschiedenen Welten, in denen sie zu Hause ist. Lesen Sie dazu den Auszug aus Sigrid Awarts Reportage über den Wandel im Leben der Menschen in Papua-Neuguinea.

Für JournalistInnen, die sich in die Dritte Welt begeben, sind solche Persönlichkeiten gesuchte und beliebte GesprächspartnerInnen – ProtagonistInnen einer sich entwickelnden Weltkultur, die dennoch ihre Identität(en) wahren. Dorothy fungiert als Kultur-Dolmetscherin mit Innensicht und erscheint reich im Vergleich mit vielen postmodernen Wohlstandsmenschen, die sich aus der Welt alles mögliche herauspicken können, denen jedoch feste kulturelle Wurzeln fehlen.

Neugierig in eine fremde Kultur einzutauchen und dadurch erst die eigene bewußt zu erleben, ist eine starke Triebfeder für vieles, das unter anderer Etikette läuft: wissenschaftliche Forschungen, missionarische Aktivitäten, Entwicklungshilfe leisten... Doch trotz aller Rhetorik von Begegnung und Partnerschaft erfolgt auch auf kultureller Ebene die Globalisierung unter ungleichen Machtverhältnissen.

Wir greifen im SÜDWIND-Magazin diese Fragen der internationalen Entwicklung, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit auf. Ein SÜDWIND-Abonnement bietet regelmäßig spannende Reportagen und Hintergrundberichte über das Leben und die Anliegen der Menschen im Süden und informiert Sie über aktuelle Ereignisse in Afrika, Asien und Lateinamerika, die in anderen Medien nicht zu finden sind.

Im SÜDWIND-Magazin erhalten Sie darüberhinaus Hinweise auf Neuerscheinungen aus Literatur- und Musik sowie einen österreichweiten Veranstaltungskalender. Machen Sie sich selbst ein Bild und fordern Sie ein kostenloses Probeheft an: Tel. 01/317 30 90-0, Fax 01/317 30 95, E-Mail: suedwind.red@magnet.at

Pendler zwischen den Welten

Auf Lihir, einer kleinen, Papua-Neuguinea vorgelagerten Inselgruppe, wird seit kurzem die größte Goldmine der Welt – außerhalb Südafrikas – ausgebeutet. Ein österreichisches Filmteam hat den massiven Kulturwandel dokumentiert.

Sigrid Awart

Ich muß aufpassen, daß mir eure Kamera nicht unter den Rock sieht," schmunzelt Dorothy, als sie sich auf ihren Holzhocker setzt, um Kokos zu raspeln. Da müssen wir beide so lachen, daß wir sogar das Filmteam um uns herum vergessen und in aufgelockerter Stimmung mit unserem ersten Interview vor laufender Kamera beginnen können.

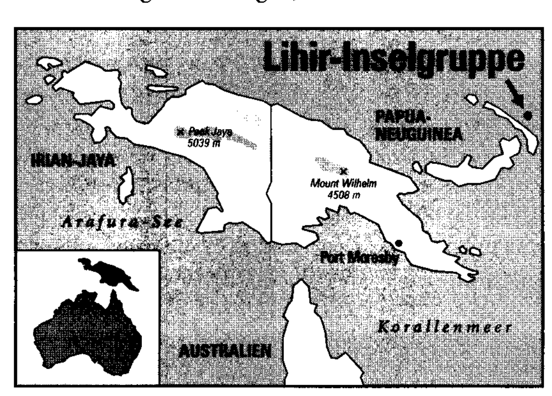
Dorothy habe ich nie anders auf eine Situation reagieren sehen als selbstsicher und gelassen. Dabei hat sie in den letzten Jahren so einiges erlebt, was bei ihr einen Kulturschock auslösen hätte können.



Die Männer im Dorf, meint Dorothy (im Bild zweite Person von rechts) haben sich positiv verändert.

Die 35jährige lebt auf der Inselgruppe Lihir im Nordosten Papua-Neuguineas. Noch zu Beginn der neunziger Jahre bezogen die BewohnerInnen Lihirs das meiste, das sie zum Leben brauchten, vom Meer, vom Regenwald und von ihren Gärten. Zeremonieller Geschenkaustausch, die Clanorganisation und magische Praktiken spielten im Alltag eine große Rolle.

Doch Anfang der achtziger Jahre wurde hier eines der ertragreichsten Goldvorkommen der Welt entdeckt. 1995 fing auf der Insel Niolam der britische Konzern RTZ (Rio Tinto Zinc Corporation), das größte Bergbauunternehmen der Welt, mit dessen Ausbeutung an. Das hat bei der Bevölkerung zu einem rapiden und massiven Wandel in allen Lebensbereichen geführt.



Neben der Minenanlage wurden ein Hafen, ein Flugplatz und eine Straße errichtet, außerdem eine neue kleine Stadt mit Büros, Supermärkten, einem Krankenhaus und Arbeiterunterkünften sowie einem lokalen Markt. Gärten wurden zerstört und Gewässer verschmutzt. Die Besitzer erhielten jedoch dafür keinerlei Entschädigungszahlungen.

Am Höhepunkt der Ausbauphase beschäftigten die Minengesellschaft oder die dazugehörige Unter-

nehmen tausend Arbeitskräfte (davon etwa zehn Prozent Frauen) aus Lihir, ebenso viele inländische Gastarbeiter und etwa 500 AusländerInnen. Eine Sekundarschule wurde eröffnet und eine lokale Frauenorganisation gegründet. (...)

Direkt neben uns wohnte Dorothy mit ihrem Mann und ihren sechs Kindern. Wir wurden sehr herzlich aufgenommen: „Ihr müßt alle Spezialitäten unserer Insel kennenlernen", lautete das Programm. Die Burschen schenkten uns frisch gepflückte Kokosnüsse, Dorothy brachte uns jeden Abend ein anderes, oft sehr ungewöhnlich aussehendes Meerestier, das sie gerade selbst gefangen hatte.

Dorothy mit ihren für Lihir typischen Tätowierungen im Gesicht und ihrer meistens sehr farbenprächtigen Kleidung ist eine Hauptdarstellerin unseres Films geworden. Auf faszinierende Weise integriert sie sogenannte „moderne" und „traditionelle" Lebensformen in ihren Alltag. Jeden Tag pendelt sie zwischen ihrer Heimatinsel und der Nachbarinsel Niolam, wo sich die Goldmine und die neu errichtete Stadt befinden. Dort arbeitet sie bei einer kleinen Baufirma als Sekretärin.

Tagsüber Textverarbeitung am PC im klimatisierten Büro, nachts Krabbenfangen unter klarem Sternenhimmel; im neuen Supermarkt Fanta und Nestlé-Schokolade kaufen und dann Süßkartoffel in Kokosnußmilch am Feuer kochen; mit australischen Arbeitgebern telefonieren, am Strand mit den Clanangehörigen den neuesten Dorftratsch austauschen – so sieht Dorothys Alltag aus.

Wie schafft sie das – jeden Tag zwischen so verschiedenen Welten zu pendeln, einen Ganztagsjob und sechs Kinder, einen Haushalt und einen Garten zu versorgen?

„Manchmal, wenn ich zurückkomme, hat Loretta, meine älteste Tochter, schon gekocht, da kann ich mich einfach hinsetzen und brauche nichts mehr tun, und die Wäsche wasche ich dann meistens am Samstag, da gehe ich auch in den Garten. Auch meine jüngste Schwester Michaela hilft mir manchmal beim Waschen, Schweinefüttern und beim Unkrautjäten, und so wird mir Arbeit abgenommen. Alle helfen zusammen, auch die Omas und Opas, und meine Kinder schauen auf meine Kleinen." (...)

Für die meisten Frauen in Lihir, auch für Dorothy, ist das größte soziale Problem, das durch die Goldmine entstand, der Alkoholkonsum der Männer: „Sie betrinken sich und randalieren. Viele verdienen Geld, aber sie kaufen sich damit Bier und unterstützen ihre Familien nicht."

Im Schatten eines Mangrovenbaumes am weißen Strand, das ruhige Meer betrachtend, sprechen wir über die Veränderungen in den sozialen Strukturen und in der Beziehung zwischen Männern und Frauen. „Früher haben die Männer uns benachteiligt. Sie sagten, es wäre allein unsere Aufgabe, im Garten zu arbeiten, das Essen für die Kinder zu besorgen und die Schweine zu füttern. Allein Häuser und Kanus zu bauen sei Männeraufgabe. Die meisten Arbeiten teilten sie uns Frauen zu." (...)

Dann erzählt sie, daß sich die Männer im Dorf positiv verändert hätten: „In der heutigen Zeit arbeiten viele Männer mit ihren Frauen zusammen und helfen ihnen. Jetzt füttern auch sie die Schweine. Das Schwein ist nämlich sehr wichtig für unsere Bräuche. Wenn jemand stirbt, dann muß ein Schwein getötet werden, so wie jetzt für das Fest."

Die traditionellen Feste, zum Gedenken an die Toten, zu Ehren der „Big men" oder zum Austausch der Brautgabe, sind für viele DorfbewohnerInnen wichtiger als die Goldmine. Sie gehen dann einfach nicht zur Arbeit. Bei so einem Fest tauschen die „Big men", d.h. die Clanautoritäten, Schweine gegen Muschelgeld. Im Männerhaus wird über die Dorfpolitik debattiert. Zum Schweine-Schmaus kommen dann alle Clanangehörigen zusammen. Oft treten Tänzer auf, mit Grasrock, Blumen und Erdfarben geschmückt.

Auch zu unserem Abschied feiern wir ein Fest, eine Mischung aus unserer und ihrer Kultur: Popcorn und gebackener Yams, Palatschinken und Papayas, Erzählungen über Schifahren und Geschichten von Regenmachern, Wienerlieder und Popmusik



Früher ernährten das Meer, der Regenwald und die Gärten die Menschen von Lihir. Heute arbeiten viele für die Minengesellschaft.

aus Papua-Neuguinea, letzte Erinnerungsfotos und Schutzzauber für unseren Heimflug. Die BewohnerInnen Lihirs haben die Fähigkeit, unterschiedlichste kulturelle Formen nebeneinander existieren zu lassen.

Dorothy wünscht sich, daß dieses Nebeneinander von Moderne und Tradition auch in der Zukunft so bleibt: „Ich denke, zwei meiner Jungen und zwei meiner Mädchen sollen arbeiten gehen, um Geld zu verdienen, und eine Tochter und ein Sohn sollen bei mir bleiben und mir helfen. Sie sollen auch die Traditionen des Dorfes lernen." ●

Die Autorin studierte Ethnologie in Wien und verbrachte drei längere Aufenthalte auf der Lihir-Inselgruppe.

*Der Film **„Das Paradies ist anderswo"** über den Kulturwandel auf Lihir wird erstmals am 14. April 1998 um 23.05 Uhr in ORF2 gezeigt („Nightwatch"). Die Dokumentation – Buch: Sigrid Awart, Regie: Diego Donnhofer, wissenschaftliche Koordination: Andreas Obrecht – dauert 55 Minuten und wurde aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit/ KommEnt gefördert.*

Fotos: Sigrid Awart, Grafik: Volker Pless

Eukalyptus und Favelas

Der Südwind-Verlag lädt zu einem »Brasilienabend«
Freitag, 8. Mai 1998, 19.00 Uhr, Südwind-Buchwelt, 1090 Wien, Schwarzspanierstraße 15 (Galerie)

In Brasilien wird großflächig Eukalyptus für die Papierindustrie angepflanzt.
Uwe Bolius berichtet von seinen Recherchen über die Eukalyptusproduktion in Brasilien und liest aus seinem im Südwind-Verlag erschienenen Buch »Landnahme«. Er zeigt auch einen Ausschnitt aus dem gleichnamigen Video, das er gemeinsam mit Robert Angst gedreht hat.
In einer beeindruckenden Fotoausstellung zeigt **Raphael Bolius** die Facetten des Eukalyptusanbaues: Vertreibung, Austrocknung, Umweltverschmutzung.
Reinhard Lackinger, gebürtiger Steirer, der seit mehreren Jahrzehnten in Brasilien lebt, liest aus seinem bei Leykam erschienenen Bändchen »Ade Favela«, einer sehr persönlichen Lebens- und Lerngeschichte.
Im Anschluß laden die Verlage Südwind und Leykam zu einem kleinen Umtrunk/Imbiß.
U.A.w.g.: Tel. 01/405 44 34 oder E-Mail: suedwind@magnet.at







Fotos: I. Müller

Zugriff der Armen, die vom offiziellen Kreditmarkt ohnehin ausgeschlossen sind.

Außerdem erfordert die Antragstellung Qualifikationen, die viele Arme nicht besitzen, etwa Schreib- und Lesefähigkeit. Nur wenig Arme kennen den SFD und natürlich erhält einen Kleinkredit nur, wer eine Sicherheit anbieten kann – auch darüber verfügen die meisten Armen nicht. Infrastrukturprojekte, die armen Vierteln zugute kommen, schließen die ganz Armen oft dadurch aus, daß finanzielle Eigenbeteiligungen erforderlich sind. Strom und Wasser fließen so an den bedürftigsten Haushalten vorbei. Zudem tendiert der Fonds dazu, Männern Arbeitsplätze zu vermitteln und Frauen soziale Dienstleistungen anzubieten. Das traditionelle gender bias in der Entwicklungspolitik wird hier wiederholt. Arme, obwohl zu den wichtigsten Zielgruppen des SFD gehörend, sind also oft strukturell von den Hilfen des Fonds ausgeschlossen. Zudem setzen internationale Geber auch über den SFD eine Entwicklungsagenda durch, die derjenigen der Strukturanpassung ähnelt. »Der Westen finanziert NGOs mit einer westlichen Agenda. Gestärkt werden lokale NGOs, die staatliche Funktionen ersetzen sollen. Damit wird dem IWF-Ziel, die Rolle des Staates in der Dritten Welt zu schwächen, in die Hände gearbeitet. Und die Geber unterstützen solche Projekte, die Markt- und Geldwirtschaft und ihre Verbreitung fördern. Sie sind damit Teil der Durchsetzung von Globalisierung auf der lokalen Ebene. Sie unterstützen individuelle Lösungen und vermeiden kollektive Strategien. Bestes Beispiel dafür sind die einkommensschaffenden Projekte, die immer Kredite an Einzelpersonen vergeben und nur selten an Genossenschaften.«[3] Eine 'Demokratisierung der Machtlosigkeit' also, wie der afrikanische Sozialwissenschaftler Claude Ake einmal den Zusammenhang von Demokratisierungspolitik und Strukturanpassung beschrieb?

Armut und Aufstandsbekämpfung

► Im offiziellen Diskurs der ägyptischen Regierung hat sich in den letzten Jahren ein enger Zusammenhang zwischen Armut, informellen Siedlungen und islamistischer Gewalt etabliert. Ausdruck der Bekämpfung informellen Bauens und Lebens ist unter anderem die gewalttätige Anti-Terrorismuskampagne 1992 im Kairener Stadtteil Imbaba. Dort hatte sich fern jeder Regierungskontrolle eine selbstdeklarierte »islamische Republik Imbaba« etabliert, die das Viertel politisch und sozial kontrollierte. Laut Regierung war hier ein Hort des Terrorismus entstanden. Zwar waren tatsächlich militante islamistische Gruppen in Imbaba aktiv, doch die These, daß alle informellen Viertel Terroristenunterschlüpfe seien, ist nicht haltbar. Vielmehr wird Marginalität mit islamistischem Terrorismus verbunden, um die Räumung von Siedlungen und die permanente Verletzung von Menschenrechten zu legitimieren. Auch die 1993 von der ägyptischen Regierung initiierte Kampagne zur Entwicklung oder Räumung armer informeller Siedlungen, die in Kairo 35% der etwa 11 Millionen EinwohnerInnen beherbergen, zielt in diese Richtung.

Schwacher Staat – starker Staat

► Für den ägyptischen Fall ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Staatspartei hat sich bisher dem Druck des IWF zu einer raschen und drastischen Umsetzung von SAP widersetzt – zu Massenentlassungen z.B. ist es noch nicht gekommen – und ihre Machtposition behaupten können. Dazu trägt auch bei, daß Gelder des Sozialfonds die Stellung von Staat und Regierung nicht nur schwächen, sondern im Gegenteil noch festigen können, wenn etwa Regierungsvertreter diese verteilen, als kämen sie aus ihrer Privatschatulle. Wie die Strukturreformen und die internationale Entwicklunghilfe trägt damit auch der SFD zur Stabilisierung eines politischen Systems bei, das Menschenrechte und politische Freiheiten nicht achtet.[4]

Die Strukturanpassung baut also minimale Ansätze von wohlfahrtsstaatlicher Verantwortung weiter ab und trägt die Verantwortung dem Individuum an. Eine Einkommensumverteilung als Mittel der Armutsbekämpfung wird dabei ebensowenig diskutiert wie die Wachstumslogik der internationalen Geber hinterfragt wird. Gleichzeitig stärken viele Reformmaßnahmen entgegen dem propagierten Anliegen der Strukturanpassung den Staat, seine Repressionsmacht und die herrschenden Eliten[5] – insbesondere dann, wenn sie wie in Ägypten langsam durchgeführt werden.

Anmerkungen:

1 An dieser Stelle stellt sich das Problem der Bewertung solcher Daten, mit denen die Erfolge von SAP weltweit demonstriert werden sollen. Die statistisch ermittelten Angaben übersetzen gesellschaftliche Prozesse in scheinbar objektive Zahlen. In der entwicklungspolitischen Debatte werden die Indikatoren, die Wachstum oder Wohlstand ausdrücken sollen, schon lange kritisiert. So zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen, das keine Angaben über die Verteilung gesellschaftlichen Wohlstandes macht. Oft fehlen Zeitreihendaten, die den Langzeitvergleich erlauben – nicht zuletzt, weil viele Staaten erst durch internationale Gelder in die Lage versetzt wurden, nationale Statistiken aufzubauen. IWF und Weltbank sind auf diese Daten zur Bewertung und Legitimation ihrer Politik angewiesen und sie sind auch die einzigen, die im weltweiten Maßstab Daten produzieren und veröffentlichen. Angesichts dieses Monopols ist es schwierig, den Erfolgsmeldungen mehr entgegenzusetzen, als eine kritische Lektüre der vorhandenen Daten sowie die Gegenüberstellung des abstrakten Zahlenmaterials mit Beobachtungen zur konkreten Lebenssituation der betroffenen Bevölkerung.

2 Die klassischen Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosigkeit, Renten, Krankheit) umfassen dagegen lediglich die im formalen Sektor beschäftigen BeitragszahlerInnen. In den Genuß direkter und beitragsunabhängiger staatlicher Wohlfahrtsleistungen für Arme über 65 Jahre kamen 1994/95 jedoch nur 900.000 Personen. Die einmaligen oder regelmäßigen Zahlungen liegen zudem mit durchschnittlich 25 LE zu niedrig, um ein Existenzminimum zu sichern. Und die Zahl der Hilfsempfänger sinkt ständig – allein zwischen 1987 und 1994 um knapp 35%.

3 Die ägyptische Sozialwissenschaftlerin Shahida al-Baz in einem Gespräch mit der Autorin.

4 In einem solchen Kontext sind auch viele lokale NGOs keine unabhängigen Agenten, sondern sind in bestehende lokale Hegemonien eingebunden, die sie noch stabilisieren.

5 Jüngstes Beispiel sind die Landreform-Gesetze, die etwa 1 Mio. Kleinpächter und ihre Familien in die Landlosigkeit und damit die absolute Armut freisetzen werden, während gleichzeitig die städtischen Landbesitzer und diejenigen, die mehr als 10 Feddan Land (4,2 Hektar) besitzen, von der Liberalisierung der Landpreise und der Pachtverhältnisse profitieren werden.

► **Cilja Harders** ist Doktorandin im DFG-Projekt »Demokratisierung und Partizipation in Afrika« an der Uni Hamburg. Die Daten wurden zwischen 1995 und '98 während mehrerer Forschungsaufenthalte in Kairo gewonnen.

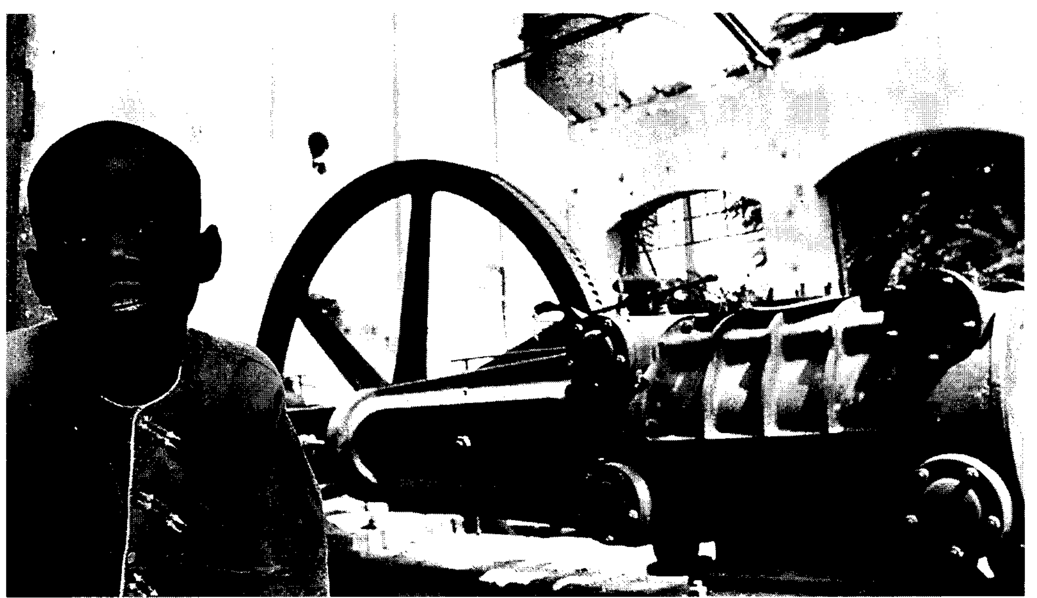


Foto: R. Maro/version

Die im Dunkeln schaffen nicht

Ghanas Energiekrise im Jahre 16 der Strukturanpassung

von **Almuth Schauber**

Ghana gilt als Prototyp gelungener Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Die Regierung Rawlings hat seit 1983 brav ihre Hausaufgaben erfüllt und die wirtschaftspolitischen und sozialen Strukturen des Landes auf die Erfordernisse des internationalen Wirtschaftsverkehrs getrimmt. Auf einmal jedoch ist die Frage, ob solche Strukturanpassungen den Wohlstand Ghanas mehren oder zu sozialen Verwüstungen führen, nebensächlich geworden: In Ghana sitzt man nämlich seit geraumer Zeit im Dunkeln.

Ghana, das über den weltweit größten künstlich angelegten See und ein sechsturbiniges Wasserkraftwerk verfügt, ist in eine ernste und bedrohliche Energiekrise geraten. Auslöser ist der niedrige Wasserstand des Voltasees, der eine Stromproduktion des angeschlossenen Wasserkraftwerks im üblichen Umfang nicht mehr erlaubt. Infolgedessen muß Strom rationiert werden. In Accra hat sich folgender Rhythmus eingespielt: Nach zwölf Stunden Stromversorgung erfolgt ein »Power Cut«, dann heißt es 24 Stunden »Light off«, was dazu führt, daß Accra nur jeden vierten Tag tagsüber von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends über Strom verfügt. Der erhoffte Ausbau des Wirtschaftsaufschwungs ist damit in weite Ferne gerückt. Ganz im Gegenteil droht die momentane Energiekrise, das Wirtschaftsgefüge des Landes auseinanderbrechen zu lassen und das von Weltbank und ghanaischer Regierung beschworene Erfolgsszenario der seit 1983 durchgeführten Strukturanpassungspolitik nachhaltig ins Taumeln zu bringen.

Vier Wochen nach Beginn der Power Cuts begannen die Preise sprunghaft zu steigen. Ungekühlt haltbare Lebensmittel wie Reis waren Ende März bereits doppelt so teuer wie im Februar. Der Preis für Zement verdoppelte sich zwei Tage nachdem die Zementfabrik partiell geschlossen werden mußte. Größere Unternehmen und Geschäftshäuser haben sich mittlerweile mit teuren Generatoren ausgestattet, allerdings muß die kostenintensive Herstellung von Strom per Generator auf die Preise umgelegt werden. Umfassende Preisanhebungen sind nur eine Frage der Zeit, die Folgen für das produzierende Gewerbe und den Handel deutlich: Betriebe müssen Personal entlassen weil sie entweder nicht oder nur in stark reduziertem Umfang produzieren können. Der weitgehend auf Handel beruhenden Binnenwirtschaft wird die Kaufkraft entzogen, weil weniger zu höheren Kosten hergestellt, weniger Einkommen erzielt und damit die Nachfrage verringert wird.

Anstößiges Aluminium

► Die Ursachen für die krisenhafte Zuspitzung sind vielschichtig. Sie liegen erstens in langfristigen Vertragsverpflichtungen Ghanas und zweitens im fehlenden Krisenmanagement der Regierung Rawlings und der Weltbank.

Anfang der 60er Jahre handelte der damalige Präsident Kwame Nkrumah mit dem amerikanischen Industriekonzern VALCO (Volta Alumunium Company Ltd.) einen langfristigen Vertrag aus, der den Bau einer Aluminiumhütte sowie des Akosombo Staudamms samt Kraftwerk am Voltasee vorsah. Als Gegenleistung waren Stromlieferungen in großem Umfang vorgesehen. Der Staudamm sicherte bislang alleine die Energieversorgung des Landes, doch die Übereinkunft stellt sich immer mehr als Belastung heraus. Denn 75 % der hergestellten Energie wird von VALCO zur energieintensiven Aluminiumproduktion abgezogen – zu den günstigsten Stromtarifen weltweit.

Mit Ausnahme der Jahre 1982/83, als Ghana ebenfalls eine Energiekrise durchlebte und versuchte, den Vertrag mit dem Konzern nachzuverhandeln, wurde der immense Energiebedarf des Konzerns in Ghana nicht diskutiert. Nun, angesichts der neuen Krise, mehren sich die kritischen Stimmen, die den Vertrag mit dem Industriekonzern hinterfragen. Zumal noch nicht einmal einheimisches, reichlich vorhandenes Bauxit für die Aluminiumproduktion verwandt, sondern dieses aus Jamaica importiert wird. Für Unmut sorgt auch der Umstand, daß keinerlei verarbeitende Industrie Nutzen aus der energieintensiven Aluminiumproduktion zieht: Nach der Produktion wird das Aluminium von der konzerneigenen Schiffahrtslinie in die USA transportiert.

Neben den Lieferverträgen, die Ghana an den Industriekonzern VALCO binden, ist der Staat langfristige Liefervereinbarungen mit Togo und Benin eingegangen. Deshalb versuchte die ghanaische Regierung im Januar/

Februar aus den Verträgen auszusteigen. Da aber keine Klausel in das Vertragswerk integriert worden war, die dies gerechtfertigt hätte, wurden die beiden Nachbarländer weiterhin mit Strom versorgt, als in Ghana schon lange das Licht aus war. Gleichzeitig wurde teurer Strom aus der Elfenbeinküste nach Ghana importiert, jedoch nur, wenn in der Elfenbeinküste Überkapazitäten auftraten. Außerdem handelt es sich nur um einen Bruchteil dessen, was von Ghana nach Togo und Benin exportiert wird.

Ratloser Rawlings

► Bezüglich der langfristigen Lieferverträge bestand für die Regierung in der Tat kaum Spielraum. Dies entschuldigt jedoch nicht, daß sie gänzlich auf ein Krisenmanagement verzichtete. Die Energiekrise wird von der Regierung Rawlings schlicht als Naturkatastrophe behandelt. El Niño soll der Hauptverantwortliche für das Desaster sein, da er nicht nur für eine ungewöhnlich heiße Zeit zwischen Dezember und April gesorgt hat, sondern schon im Sommer 1997 die Regenfälle in Nordghana nur spärlich fallen ließ. Nun hofft man, daß es im Einzugsgebiet des Volta – in Nordghana – kräftig regnen wird, und so der Wasserstand des Sees steigt. Regenfälle sind jedoch frühestens im April/Mai zu erwarten und dann wird es noch Wochen dauern, bis der Stausee wieder einen Pegel erreicht hat, der es erlaubt, das Kraftwerk voll in Betrieb zu nehmen. Die bedeutendste Handlung der Regierung bestand folglich darin, Christen und Muslime aufzufordern, für Regen zu beten.

Außer »Beten für den Regen« ist der Regierung Rawlings bislang nicht viel eingefallen. Vielmehr treten die Fehler der Vergangenheit immer deutlicher zu Tage. In der Euphorie des Wirtschaftsaufschwungs von jährlich fünf Prozent wurde der steigende Energiebedarf von 12 bis 15 Prozent pro Jahr vernachlässigt. Zwar wurden als Teil des erklärten Regierungsziels der ländlichen Entwicklung immer mehr Landesteile flächendeckend an das Stromnetz angeschlossen. Die einzige Energiequelle blieb jedoch das Akosombo-Kraftwerk, das in Höchstleistung 3.800 Gigawattstunden (Gwh) produzieren kann. (Der geschätzte Energiebedarf des Landes liegt inzwischen bei 8.100 Gwh.) In der Hafenstadt Takoradi wurde mit Jahresbeginn ein Ölkraftwerk in Betrieb genommen, das nach anfänglichem Probelauf nicht mehr als 1.800 Gwh produzieren wird. Ein enormer Fehlbedarf von 2.500 Gwh ist selbst bei voller Energieproduktion der beiden bestehenden Kraftwerke vorgezeichnet. Die Tatenlosigkeit verwundert umsomehr, da bekannt ist, daß das Wasserniveau des Damms seit Jahren kontinuierlich sinkt. Allerdings wurde darauf bei der Stromerzeugung keinerlei Rücksicht genommen und aufgrund des hohen Bedarfs nicht ressourcenschonend vorgegangen.

Präsident Rawlings, bekannt für Volksnähe und deutliche Worte, hat sich in der Öffentlichkeit nicht zur Energiekrise geäußert; er vermeidet es offensichtlich mit ihr in Verbindung gebracht zu werden. So kann es kaum verwundern, daß ein Krisenmanagement nicht stattfindet. Symptomatisch für die Konfusion, die die Regierung erfaßt hat, ist folgende Episode: Als die Stromrationierung Anfang Februar begann und Accra plötzlich im Dunkeln saß, war dem Power Cut keine öffentliche Ankündigung vorausgegangen. Erst nach zehn Tagen gab der Energieminister ein Statement zur Energiekrise im Fernsehen ab, zu einem Zeitpunkt, als große Bevölkerungsteile ohnehin schon in die leere Röhre schauten.

Die Entscheidung, wer wann und wo Strom bekommt, liegt alleine bei staatseigenen Institutionen, der Volta River Authority (VRA) als Stromproduzentin und bei der Electricity Company of Ghana (ECG), die den Strom an die Kunden liefert. Geschäftsleute, insbesondere der fertigenden Großbetriebe, wurden nicht an der Planung der Rationierung beteiligt, sondern wie alle anderen Stromabnehmer im Unklaren gelassen. Dies hat nicht nur erhebliche Kosten für durch unangekündigte Stromausfälle defekt gewordene Produktionsanlagen verursacht, sondern zudem die mangelnde Kompetenz der Regierung offenkundig gemacht. Die wichtigsten Verbündeten der Regierung – Unternehmer und potentielle Investoren – verlieren zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung. Insbesondere ausländische Investoren, die bislang in Nigeria ihre Niederlassungen hatten und diese nach Ghana verlegen wollten, ziehen nun in die Elfenbeinküste weiter.

Weltfremde Weltbank

► Nicht nur die Regierung, auch die Weltbank wurde von der Energiekrise überrascht. Großartige Strukturanpassungen wollte man in dem willigen Staat durchführen (siehe Kasten), damit er fit für den Weltmarkt werde, doch auf einmal mußte man feststellen, daß man zur Produktion auch Strom benötigt. Alles ist bei Strukturanpassungsmaßnahmen detailliert geplant, und doch hat die Weltbank in ihrer Euphorie offenbar keinen Energieplan für Ghana erstellt. Dies, obwohl eine einfache Faustregel den steigenden Energiebedarf etwa dreimal so hoch wie das angestrebte Wirtschaftswachstum ansetzt. Die gegenwärtige Situation verdeutlicht, daß der Erfolg von Strukturanpassungsprogrammen sich nicht allein in materiellen Termini ausdrücken läßt.

Der makroökonomische Höhenflug ist in Ghana – zunächst – beendet. Ökonomen sprechen bereits seit 1992 von sich verschlechternden Bedingungen und sogar von Rezession. Auf der mikroökonomischen Ebene ist die Strukturanpassung ohnehin nicht als Erfolg, sondern als starke Verminderung der Lebensqualität angekommen. Eingeschränkte Sozialausgaben und eine restriktive Arbeitsmarktpolitik haben weite Bevölkerungskreise verarmen lassen. In Accra ist der Anteil der armen Bevölkerung zwischen 1989 und 1992 von neun auf 23 Prozent angestiegen, während die Armut der ländlichen Bevölkerung im Landesmittel von 39 auf 33 Prozent gesenkt werden konnte. Neben der abzusehenden ökonomischen Erosion wird die gegenwärtige Energiekrise für Ghana die ökonomische Situation weiter Bevölkerungskreise erheblich verschärfen. Die Regierung Rawlings könnte in der Bevölkerung aufgrund ihres miserablen Krisenmanagements bald vollständig diskreditiert sein. Und die Weltbank könnte ihr Vorzeigemodell verlieren.

So hoffen alle, daß sich die Wolken über Ghana in heftigen Regenfällen ergießen mögen. Diese können jedoch das Energieproblem nur schmälern, aber nicht lösen. 1998 heißt es für Ghana: ohne Saft und Kraft im sechzehnten Jahr der Strukturanpassung.

► **Almuth Schauber** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Demokratisierung und Partizipation« an der Uni Hamburg.

Muster ohne Wert

► Die Wirtschaftspolitik Ghanas wird seit dem Beginn der Strukturanpassungspolitik 1983 von der Weltbank vorgegeben und von der ghanaischen Regierung buchstabengetreu umgesetzt. In der Periode seit 1983 hat Ghana erhebliche wirtschaftliche Erfolge erzielt, die allerdings alle auf der makroökonomischen Ebene anzusiedeln sind: drastische Kürzungen der Staatsausgaben vor allem im Sozial- und Bildungsbereich zur Verringerung des Haushaltsdefizits, die Abwertung des Cedi (Landeswährung) mit dem Resultat des Aufschwungs der Exportwirtschaft, die Reduzierung der Inflation. Eine Reduzierung der Staatsausgaben sollte auch erreicht werden durch Massenentlassungen aus Staatsbetrieben und deren Privatisierung. Die nach Weltbankkriterien vorbildliche Umsetzung der SAP in Ghana fand auch in der Bevölkerung große Akzeptanz. Allerdings hat dies seinen – geliehenen – Preis: Das nationale Budget Ghanas besteht nur zu einem Drittel aus selbst erwirtschaftetem Kapital, ein Drittel sind Transferleistungen der internationalen Gebergemeinschaft, ein weiteres Drittel sind Zahlungen von im Ausland lebenden Ghanaern zurück ins Heimatland. Nur diese ermöglichen es weiten Teilen der armen Bevölkerungsschichten am Existenzminimum zu überleben.



Rechtzeitig an die eigene Rente denken ... Foto: L. Cruz/version

Von Bismarck zu Friedman

Rentenreformen in Lateinamerika – ein radikaler Systemwechsel als Vorbild?

von **Katja Hujo**

Nur noch wenige glauben, daß unsere Renten sicher sind. Das westeuropäische Modell des Wohlfahrtsstaates befindet sich in einer Krise – und die Lösung soll diesmal aus Lateinamerika kommen. Chile mit seinen radikal marktorientierten Reformen dient als Vorbild: Dort ist 1981 unter Pinochet die Rentenversicherung privatisiert worden, d.h. jeder Arbeitnehmer zahlt seine Rentenbeiträge auf ein eigenes Konto in einem privaten Pensionsfonds ein. Und obwohl dieses neoliberale Verfahren schwerwiegende soziale Probleme mit sich führt, scheint bisher niemand dem alten System eine Träne nachzuweinen.

► In Lateinamerika ist das chilenische Rentensystem, das vor allem von der Weltbank als universelles Reformmodell sowohl für Industrie- als auch Entwicklungsländer postuliert wird, seit Anfang der 90er Jahre außerordentlich erfolgreich gewesen: Sieben weitere Länder haben bis heute ihre vordem staatlichen, umlagefinanzierten Rentensysteme reformiert und dabei das chilenische Modell mehr oder weniger kopiert. Fungiert nun zur Abwechslung die sonst eher durch Negativ-Schlagzeilen bekannte Region Lateinamerika als Musterbeispiel für eine erfolgreiche Reformpolitik? Oder trifft eher die Vermutung des argentinischen Wissenschaftlers Lo Vuolo zu, der Lateinamerika als Inspirationsquelle und Versuchslabor für die neue Rentenorthodoxie bezeichnet? In welchem ökonomischen und politischen Kontext hat die radikale Wende in der lateinamerikanischen Sozialpolitik stattgefunden? Und schließlich: Welche Konsequenzen sind – ausgehend von der chilenischen Erfahrung – für die Bevölkerung nach den Reformen zu erwarten?

Die sozialen Sicherungssysteme in Lateinamerika entstanden zu Anfang des Jahrhunderts, folgten dem Bismarckschen Sozialversicherungssystem[1] und deckten bis in die 60er Jahre beinahe den gesamten formalen Lohnsektor (inklusive Selbständige, Landarbeiter und Hausangestellte) ab. Zur selben Zeit, als versucht wurde, über eine binnenmarktorientierte Industrialisierungsstrategie eine nachholende Einwicklung einzuleiten, erreichte die Ausweitung von sozialen Leistungen durch den populistischen Wohlfahrtsstaat ihren Höhepunkt. Das damalige Rentensystem beruhte auf einem staatlich verwalteten Umlageverfahren, bei dem ArbeitnehmerInnen im Rahmen eines Generationenvertrages die laufenden Rentenauszahlungen über ihre Beiträge finanzierten. Allerdings waren die staatlichen Umlagesysteme in Chile und in anderen Ländern des Cono Sur Negativbeispiele für die Ausgestaltung eines solchen Rentensystems. Das war auf seine spezifische historische Entwicklung zurückzuführen: So wurden in Lateinamerika soziale Leistungen häufig auf Druck mächtiger Interessengruppen oder zur Erhöhung der sozialen Kontrolle durch den Staat gewährt. Ein Beispiel: Die sogenannten Dienstaltersrenten für höhere Beamte und Militärs in Chile konnten bis zu 100% des letzten Gehalts erreichen und wurden jeweils an aktuelle Lohnerhöhungen der entsprechenden Dienstgrade angepaßt, während normale Arbeiter nur Lohnersatzraten von ca. 65% erhielten, die zudem häufig durch unzureichende Inflationsanpassungen faktisch weiter gesenkt wurden. Die Folge war ein extrem zersplittertes Rentensystem mit unterschiedlichsten Leistungen und Zugangskriterien für verschiedene Berufsgruppen.

Der ideale Versicherte ist männlich, alleinstehend, mit sicherer, gutbezahlter Arbeit

Zusätzlich stimmte das Verhältnis von Beiträgen und Leistungen nicht mehr: Die Rentnerzahlen stiegen, die Beitragseinnahmen sanken, das Modell war nicht mehr finanzierbar. Ohne eine grundlegende gesellschaftliche Diskussion über die Ziele und Prinzipien sozialer Sicherung führen zu müssen, gelang es den Militärs in Chile, 1981 einen grundlegenden Systemwechsel in der Alterssicherung durchzusetzen. Die schon in der Wirtschaftspolitik praktizierten neoliberalen Grundsätze der »Chicago Boys« um den Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman (siehe Kasten) wurden auf die Sozialpolitik übertragen: Das staatliche Wirken sollte auf ein Minimum beschränkt bleiben, und es wurde ein striktes individuelles Leistungsprinzip sowie Wettbewerb und eine liberale Marktordnung propagiert.

Kernelement der neuen Rentenkonzeption sind seitdem die neugegründeten Pensionsfonds. Das sind private, gewinnorientierte Unternehmen, die die Pflicht-Rentenbeiträge der Arbeitnehmer auf individuellen Konten gutschreiben und in gesetzlich festgelegte Anlagen investieren. Mit der Privatisierung der Rentenversicherung in Chile ist also erstens nicht mehr der Staat Träger der Rentenversicherung, sondern private Unternehmen, die um die Beiträge der Versicherten mittels ihrer Gebühren (Verwaltung, Prämien für Invaliditäts- und Hinterbliebenenschutz) sowie um die erzielten Investitionserträge konkurrieren.

Zweitens erfolgt die Finanzierung der zukünftigen Renten nunmehr über das Verfahren individueller Kapitaldeckung, d.h. an die Stelle einer festgelegten Rente (z.B. 70% des durchschnittlichen Nettolohns des Versicherten) und deren Finanzierung über die Beiträge der berufstätigen und einzahlenden Bevölkerung tritt die obligatorische individuelle Ersparnis für das Alter in Form festgelegter Arbeitnehmerbeiträge (z.B. 10% des Bruttolohns) – Arbeitgeberbeiträge wurden abgeschafft und durch eine Erhöhung des Nettolohns kompensiert.

Die neue Finanzierungsmethode legt drittens eine strikte Beitrags-Leistungs-Äquivalenz fest, da allein das angesparte Kapital zuzüglich der Verzinsung bei Renteneintritt über die Rentenhöhe jedes Versicherten entscheidet. Umverteilungselemente zwischen Versicherten bzw. Generationen und ein Risikoausgleich sind in Chile nicht vorgesehen: Neben dem Kontostand entscheiden individuelle Kriterien über die Rentenhöhe. Das bedeutet, daß Risiken wie Arbeitslosigkeit, Mutterschaft und Kinder-

erziehungszeiten, eine längere Lebenserwartung von Frauen (Notwendigkeit längerer Rentenzahlungen) sowie die Versorgung von Hinterbliebenen nicht über die Solidargemeinschaft getragen und finanziert werden.

Viertens verschwindet der chilenische Staat nicht einfach aus der Alterssicherung, ihm kommen lediglich andere Aufgaben zu. Er wird zwar langfristig aus der Trägerschaft der Rentenversicherung entlassen, da das private System für junge Erwerbstätige verpflichtend ist, dennoch sind seine Aufgaben und damit auch die finanzielle Belastung des Haushalts in Zukunft beträchtlich. Denn das alte System muß abgewickelt werden, d.h. laufende Rentenzahlungen sowie eine Kompensation für bereits im alten System geleistete Beiträge müssen finanziert werden. Zudem sind sowohl Aufsicht als auch Regulierung der privaten Pensionsfonds staatlich, und verschiedene staatliche Garantien sollen die Sicherheit des privaten Systems gewährleisten: Diese betreffen die Rentabilität der Pensionsfonds, den Konkursfall von Unternehmen und die Mindestrentengarantie, wenn die Versicherten mindestens zwanzig Jahre Beiträge geleistet haben. Schließlich werden beitragsunabhängige Sozialrenten für eine festgelegte Zahl von Versicherten (1994: 300.000) nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt.

Drei Säulen für die Weltbank ...

▶ 1994 publizierte die Weltbank eine umfassende Studie zum Thema Alterssicherung (Averting the old age crisis. Policies to protect the old and promote growth), in der sie die dreisäulige Struktur der chilenischen Rentenversicherung – also 1.) steuerfinanzierte, staatliche Armutsbekämpfung (Mindestrentengarantie), 2.) beitragsfinanzierte, private Pensionsfonds auf individueller Kapitaldeckungsbasis, 3.) freiwillige Ersparnis als Ergänzung der zweiten Säule – als Reformmodell für die restliche Welt propagiert. Die Werbekampagne der Weltbank in Sachen Rentenreform sowie ihre strategische Rolle als externer Akteur für hochverschuldete Länder hat dazu beigetragen, daß mittlerweile in vielen Ländern des Südens private Rentenfonds eingeführt wurden. In Lateinamerika spielte jedoch die Verschärfung der Probleme der staatlichen Sicherungssysteme während der Verschuldungs- und Wirtschaftskrise in den 80er Jahren die Hauptrolle: Sie führte zu einer extremen Verschlechterung der öffentlichen Rentenleistungen. Als der Staat über Jahre hinweg nur die Hälfte der gesetzlichen Rentenleistungen ausgezahlt hatte, kämpften viele RentnerInnen gegen das Abrutschen unter die Armutsgrenze. Bilder von Demonstrationen und Sitzstreiks argentinischer Rentner gingen durch die internationale Presse. Das Vertrauen der Versicherten in die staatlichen Systeme war endgültig ausgehöhlt – neoliberale Politik und radikale Reformen, die den freien Markt als Alternative zum versagenden Staat priesen, gewannen an Popularität.

Dennoch waren die ersten Reformen der zweiten Generation in Lateinamerika keine reinen Kopien des privaten, chilenischen Modells, sondern folgten eher einem kombinierten Ansatz: So führten Peru (1993) und Kolumbien (1994) eine Wahlmöglichkeit zwischen einem öffentlichen, umlagefinanzierten System und einem vorwiegend privaten System auf individueller Kapitaldeckungsbasis ein. Beide Systeme existieren parallel und stehen somit in Konkurrenz zueinander. In Argentinien (1994) und Uruguay (1996) entstanden gemischte Modelle, bei denen eine staatliche, umlagefinanzierte Grundsicherung durch Pensionsfonds ergänzt wird. Die jüngsten Rentenreformen in der Region, die in Bolivien, El Salvador und Mexiko 1997 in Kraft traten, ähneln demgegenüber wieder mehr dem chilenischen, substitutiven Modell – das staatliche Umlagesystem wird vollständig durch ein System mit individuellen Rentenkonten ersetzt.

Die kombinierten Modelle gelten als »demokratische Variante« der chilenischen Reform. Zudem erscheinen sie als Kompromißlösung zwischen freien Marktwirtschaftlern einerseits und Befürwortern staatlicher Regulierung andererseits politisch eher akzeptabel und in ihren fiskalischen sowie sozialen Auswirkungen weniger radikal. Erste Auswertungen der chilenischen Erfahrung zeigen nämlich verschiedene Problemfelder auf.

... doch keine Sicherheit für den Durchschnittsbürger

▶ Die bisherigen Ergebnisse erfüllen die Erwartungen hinsichtlich der sozialen Leistungen der Rentenversicherung nicht: Der Anteil der chilenischen Bevölkerung, der im Alter mit Rentenleistungen rechnen kann, konnte nicht ausgeweitet werden, da nur abhängig Beschäftigte mit einem formalen Arbeitsverhältnis versicherungspflichtig sind. Selbständige können dem System zwar freiwillig beitreten, jedoch ist die Beitragsbelastung für den informellen Sektor zu hoch. Wenn Straßenhändler, kleine Handwerker etc. dennoch der allgemeinen Sozialversicherung beitreten, dann meistens, um in den Genuß von Krankenversicherungsleistungen zu kommen, während ihr Einkommen für die Beiträge zur Rentenversicherung nicht ausreicht. Entsprechend zahlen von den Selbständigen die wenigsten, und von den gesamten Versicherten nur ungefähr die Hälfte regelmäßig Beiträge. Ein hoher Anteil der Bevölkerung wird somit im Alter zu wenig Kapital angespart haben, um ausreichende Rentenleistungen zu erhalten. Über die Höhe der zukünftigen Renten kann keine zuverlässige Aussage gemacht werden, da die Risiken der Alterssicherung stark individualisiert worden sind, also z.B. vom langfristigen Realzins der Ökonomie und persönlichen Risikomerkmalen jedes Versicherten abhängen. Die garantierte Mindestrente (nach 20 Beitragsjahren!) und Sozialrenten betragen jedoch nur ca. 22% bzw. 12.5% des Durchschnittslohns.

Ein weiteres Problem der neuen Regelung besteht darin, daß die Übergangskosten des Systemwechsels für den Staat beträchtlich sind. Laufende Renten sowie bereits erworbene Rentenansprüche müssen nämlich bezahlt werden, während ein Großteil der Beitragszahler auf die eigenen Konten einzahlt. Die Kosten für die staatlichen Garantien könnten ebenfalls auf hohem Niveau verharren, da viele Versicherte, insbesondere mit geringem Einkommen, auf eine Mindestrente angewiesen sind bzw. darauf spekulieren und ihr Einkommen entsprechend niedriger angeben.

... denn der Staat sorgt kaum für das Nötigste

Foto: A. Wilms-Schröder/version



Entgegen allen Prognosen ist auch die marktwirtschaftliche Effizienz des privaten Versicherungsmarktes durch mehr Wettbewerb geringer als erwartet. Es sind bereits jetzt Konzentrationstendenzen zu beobachten und hohe Verwaltungskosten (v.a. durch Werbekosten) zu beklagen. Ob die Rentenreform durch die kapitalbildenden Pensionsfonds für den Wachstumserfolg Chiles seit den 80er Jahren mitverantwortlich ist, wie manche neoliberalen Ökonomen behaupten, kann weder empirisch noch theoretisch eindeutig belegt werden. Weniger umstritten ist hingegen ein positiver Impuls für die Entwicklung des chilenischen Kapitalmarktes und Finanzsektors: Immerhin hat das Fondskapital Ende 1997 bereits ca. 44% des Bruttoinlandsprodukts (US$ 29.6 Mrd.) erreicht.

Für die Gesamtwirtschaft jedoch wurden die Erwartungen in die privatisierten Alterssicherungssysteme bislang nicht erfüllt. Auch ist bereits jetzt feststellbar, daß die negativen sozialen Folgen der Reformen immens sind. Die Einführung der individuellen Kapitaldeckung in den neuen Rentenmodellen schließt wie gesehen Elemente der Umverteilung und des Risikoausgleichs aus, die eine soziale Gerechtigkeit herstellen können. Entsprechend sind Frauen und Familien, Arbeitslose und Beschäftige des informellen Sektors sowie Teile der ländlichen Bevölkerung extrem benachteiligt: Bei Frauen bewirken niedrigere Löhne, Kindererziehungszeiten und eine längere Lebenserwartung erheblich niedrigere Rentenleistungen als für Männer, während generell Ausfallzeiten aufgrund von Arbeitslosigkeit, familiären Verpflichtungen oder zu geringem Einkommen sogar den Bezug der Mindestrente in Gefahr bringen. Der ideale Versicherte ist hingegen männlich, alleinstehend, mit einem sicherem und gut bezahlten Arbeitsverhältnis, so daß auch noch die steuerbegünstigten freiwilligen Beiträge die spätere Rente aufstocken können. Offensichtlich charakterisieren diese Merkmale jedoch nicht den Durchschnittsbürger in Lateinamerika. Bezeichnend ist auch, daß Angehörige von Militär und Polizei weiterhin eine staatlich garantierte Rente beziehen.

Kein Vertrauen in den Staat

► Was sind also die eigentlichen Gründe für die radikalen Reformen, wenn die Kosten eines Systemwechsels immens sind, der Staat vielfältige Garantien und Leistungen der Grundsicherung übernehmen muß, die zukünftigen Renten von der Stabilität und Rentabilität des Finanzsektors abhängen und soziale Aspekte weitgehend unberücksichtigt geblieben sind? Einerseits wird über die Reformen versucht, die Rentensysteme ökonomisch zu instrumentalisieren, da durch die Privatisierung sowohl eine auf lange Zeit gesehene Entlastung des Staatshaushalts als auch positive Wachstumsimpulse erwartet werden.

Zweitens bedeutet die Umstellung von staatlichen Sozialleistungen, die einen einklagbaren Anspruch aller BürgerInnen darstellen, auf eine zielgruppenorientierte Sozialpolitik eine Erhöhung des staatlichen Handlungsspielraumes: Die Kriterien für eine sogenannte Bedürftigkeit können flexibel, je nach Höhe der vorhandenen finanziellen Mittel, festgelegt werden. Dies wird in Chile besonders an der willkürlich festgelegten Zahl von Sozialrenten (300.000) deutlich, die weit unter dem tatsächlichen Bedarf liegt.

Und schließlich wird radikalen Reformen in der Region in der öffentlichen Meinung eine höhere Glaubwürdigkeit zugesprochen, als Umgestaltungen innerhalb der bestehenden Systeme. Hier würden etwa eine Erhöhung des Rentenalters bzw. Kürzungen der Ersatzraten deutlich sichtbare Verluste für die Versicherten bedeuten, während im Rahmen der Privatisierung Einschnitte weniger transparent sind. Zusammen mit den staatlichen Institutionen haben auch die sozialen Sicherungssysteme in Lateinamerika das Vertrauen der Bevölkerung verspielt. Entsprechend verständlich erscheint die verbreitete Euphorie selbst unterprivilegierter Gruppen gegenüber privaten, marktwirtschaftlichen Lösungen, die den Zugriff von Politikern weitgehend verwehren sollen. So wird auch in Kauf genommen, daß die großen Gewinner der Reformen die mächtigen in- und ausländischen Finanzkonglomerate sind, die als Eigentümer hinter den Rentenfonds stehen, während das letzte Risiko der Versicherte bzw. der Staat trägt. Ob die sogenannten Kompromiß-Lösungen, d.h. eine Kombination aus staatlicher Alterssicherung und privaten Rentenfonds, langfristig nachhaltig und sozial verträglicher sind, bleibt abzuwarten: Die Weltbank propagiert allerdings diese gemischten Modelle bereits als taktischen Zwischenschritt auf dem Weg zur Einführung eines rein privaten Modells à la Chile.

Anmerkung:

1 Das Bismarcksche Sozialversicherungsgesetz wurde 1878 gleichzeitig mit dem Sozialistengesetz eingeführt, um nach dem Motto »Zuckerbrot und Peitsche« die soziale Frage zu entschärfen. Erstmals wurden durch gesetzlich geregelte Einrichtungen weite Kreise der Bevölkerung gegen Risiken gesichert, die die Existenzgrundlage des einzelnen zu beeinträchtigen drohten.

► **Katja Hujo** ist Diplom-Volkswirtin und Doktorandin am Lateinamerika Institut (LAI) der Freien Universität Berlin.

Chicago meets Santiago

► Am 11. September 1973 putschte sich General Augusto Pinochet an die Macht. In Programm und Politik der Junta stachen zwei Elemente hervor: zum einen politische Repression einhergehend mit der Abschaffung der demokratischen Institutionen, zum anderen eine Wirtschaftspolitik, die auf der Grundlage eines orthodoxen Liberalismus, wie ihn die wirtschaftswissenschaftliche Schule um den Monetaristen Milton Friedman in Chicago vertrat, eine kapitalistische Neuordnung anstrebte. Der autoritäre Staat à la Santiago traf sich mit der totalen Deregulierung der Wirtschaft und des Sozialen à la Chicago.

In einer ersten Phase der schrittweisen Liberalisierung der Wirtschaftspolitik (1973-74) saßen die Technokraten der Chicago-Schule noch überwiegend in untergeordneten Regierungsfunktionen. Dies sollte sich 1975 ändern: Zur Bekämpfung der hohen Inflationsrate wurde ein »Schockprogramm« in die Wege geleitet. Mit einer restriktiven Geldpolitik sollte das Haushaltsdefizit reduziert werden. Dabei kam es zu massiven Entlassungen von Staatsbediensteten. Die Schockpolitik führte zu einer tiefen Rezession, in der Folge verstärkten die Chicago-Boys, die nun an der Schaltstellen der Macht saßen, ihre Politik der Deregulierung und Öffnung der Wirtschaft: über die Liberalisierung des Finanzsektors, die Privatisierung von Staatsunternehmen und die Senkung der Zölle – in diese Phase fiel auch die Zerschlagung des staatlichen Rentensystems.

Ende der 70er Jahre erlebte die chilenische Wirtschaft dann einen kurzen Boom, es wurde von einem »chilenischen Wirtschaftswunder« gesprochen. Nach einigen externen Veränderungen zu Beginn der achtziger Jahre – Verschlechterung der 'terms of trade', Anstieg der internationalen Zinsraten und Ausbleiben des Zuflusses ausländischer Kredite – folgte erneut eine wirtschaftliche Krise. Anfang 1985 begann die letzte Phase neoliberaler Wirtschaftspolitik unter dem Militärregime, der »Neoliberalismus der zweiten Generation«. Die Grundziele blieben dieselben, und die Mehrzahl der eingeleiteten Reformen wurden weitergeführt oder sogar vertieft. Dennoch zeigte man sich gegenüber den Anliegen der Unternehmerschaft flexibler und weniger dogmatisch als die Chicago-Boys. So wurde auf die Wahrung eines für die Exportwirtschaft günstigen Wechselkurses geachtet, und es wurden Preisgarantien für bestimmte landwirtschaftliche Produkte gewährt. In der sozialen Frage sollte sich aber nichts ändern: Sozialausgaben und der Wohnungsbau wurden gekürzt und die Lohnentwicklung vom erneut einsetzenden Aufschwung abgekoppelt.

Als das **iz3w** während der Arbeit an diesem Themenblock Besuch von einem Basisaktivisten aus der indischen Umweltbewegung hatte, fragten wir ihn, was er denn so von Gewerkschaften halte. »Hmm«, meinte er zögernd, »die indischen Gewerkschaften haben eigentlich nur Geld im Kopf, nichts als höhere Löhne für ihre Mitglieder. Sie sind ein exklusiver monolithischer Block. Für die Menschenwürde und Rechte der Armen treten sie jedenfalls kaum ein.«

Mit dieser Einschätzung trifft er ziemlich genau das, was viele Dritte-Welt-Bewegte und antirassistische Gruppen auch in Deutschland über Gewerkschaften denken. Die Beziehungen der Soliszene zu den Gewerkschaften sind traditionell von Mißtrauen geprägt. Der letzte Gewerkschafts-Themenblock des **iz3w** aus dem Jahr 1989 (Nr. 157) beispielsweise warf den grossen Industriegewerkschaften und dem DGB vor, kaum noch internationalistische Ziele gemäß der Ideale der frühen Arbeiterbewegung zu verfolgen, sondern nur nationales Eigeninteresse im Sinn zu haben. Der DGB beteilige sich am Standortgedröhne, das vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Blickwinkel habe, und setze darin lediglich andere Akzente als Regierung und Arbeitgeber.

Diese Gewerkschaftsschelte hat neben richtigen oftmals auch recht pauschale Vorwürfe erhoben. Nicht immer wurde berücksichtigt, daß es an der Basis wie im »Mittelbau« Gruppen gibt, die mit der Politik der oberen Etagen keineswegs immer einverstanden sind. Vor allem aber läßt sich von der Verfassung des DGB kaum auf die Gewerkschaften der Dritte-Welt-Länder schliessen. Die dortigen ArbeiterInnenorganisationen sind erheblich heterogener als jene in Europa. Während die deutschen Einheitsgewerkschaften gesellschaftlich vollkommen integriert sind, kämpfen im Süden viele GewerkschafterInnen für ein Mindestmaß an Vereinigungsfreiheit. Es gibt staatstragende Gewerkschaften, die sich nicht davor scheuen, gemeinsame Sache mit Diktatoren zu machen. Andere sind der organisatorische Kern fundamentaler Opposition und werden mit brutalen Methoden unterdrückt. Die aktuellen Gewerkschaftskämpfe in Südkorea oder Mexiko unterscheiden sich von den ritualisierten Tarifrunden deutscher Gewerkschaften so erheblich, daß sich jeder direkte Vergleich verbietet.

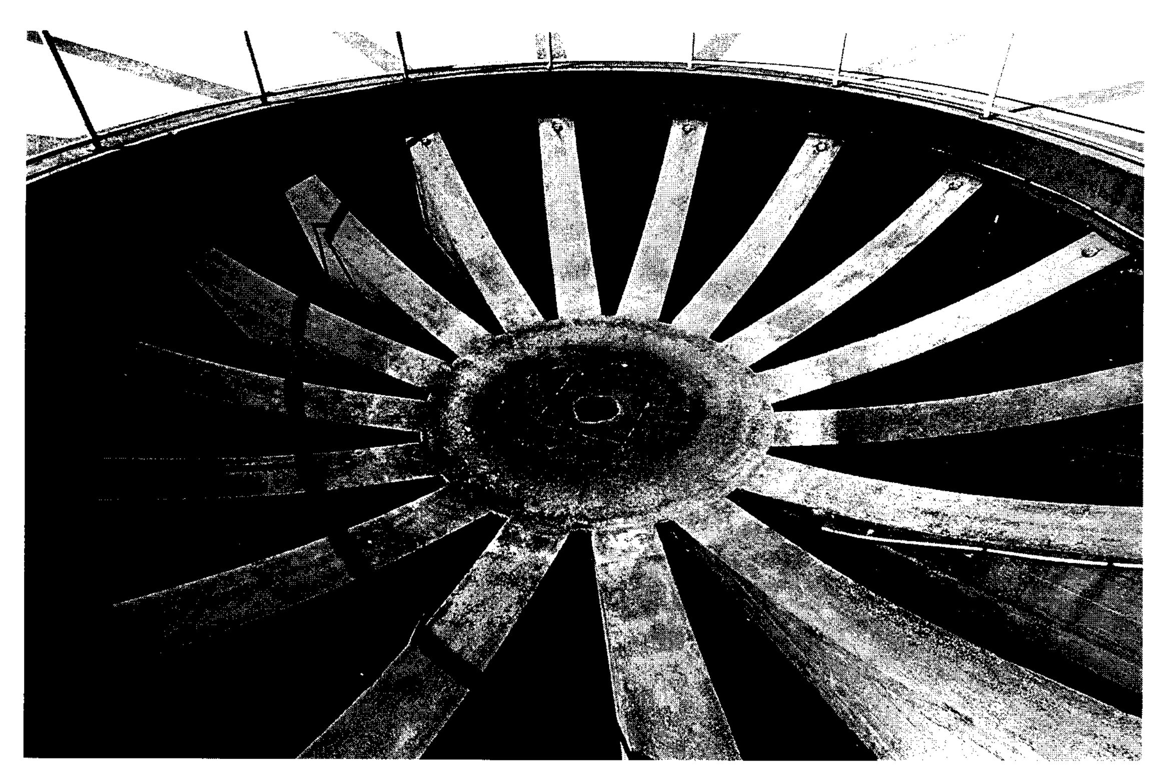
In jüngerer Zeit nähern sich die Positionen von Gewerkschaften und vielen Dritte-Welt-Gruppen an. Angesichts der als »Globalisierung von oben« wahrgenommenen Transnationalisierungprozesse der Weltwirtschaft, angesichts weltweiter neoliberaler Deregulierung und des Abbaus der Sozialstaaten werden unter dem Schlagwort »Globalisierung von unten« gemeinsame Interessen und Handlungsoptionen diskutiert. Konkrete Anknüpfungspunkte sind zum Beispiel die »Clean Clothes Campaign«, die auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie asiatischer und lateinamerikanischer Länder abzielt, oder die Forderung nach der Aufnahme von Sozialklauseln in internationale Handelsverträge. Der internationalen Gewerkschaftskooperation, die durch Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) breitere gesellschaftliche Unterstützung erfahren soll, kommt bei diesen Strategien eine besondere Bedeutung zu.

Doch was ist eigentlich »Globalisierung von unten«? Wer ist überhaupt »unten«? Die Existenz einer weltweiten Interessengemeinschaft der Lohnabhängigen war schon zu Zeiten von Marx eher Wunschtraum als Realität. Was für das global agierende Kapital zutrifft, gilt erst recht für die Lohnabhängigen: Die jeweiligen Gruppeninteressen widersprechen sich teilweise ganz erheblich. Deutschen Konsumenten sind die Arbeitsbedingungen in der asiatischen Textilindustrie ziemlich egal, solange die Preise für Hemd und Hose stimmen. Schließlich hat man aufgrund der Reallohnsenkungen selber den Gürtel enger zu schnüren. Vor diesem Hintergrund bleibt die Realität der transnationalen Gewerkschaftsarbeit recht ernüchternd, wie die Beiträge dieses Themenblocks zeigen.

Die Heterogenität der Interessen korrespondiert paradoxerweise mit einem weltweit homogenen Trend: Die Zahl der formellen, festen Beschäftigungsverhältnisse nimmt ab, »flexible« Arbeitsbeziehungen wie Teilzeit, Werkverträge oder Scheinselbständigkeit sowie Arbeitslosigkeit setzen sich immer mehr durch. Der lateinamerikanische Ökonom Franz Hinkelammert befürchtet, daß es zum »Privileg« wird, in festen Arbeitsverhältnissen ausgebeutet zu werden. Im Norden findet hierbei allerdings nur eine Art »nachholender Entwicklung« statt, denn im Süden dominieren Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und der informelle Sektor mit seinen ungesicherten, prekären Arbeitsverhältnissen schon lange die Themen vieler Gesellschaften (vgl. den Themenschwerpunkt Arbeit in *iz3w Nr. 223*).

Die Antworten der europäischen Gewerkschaften auf die Prekarisierung sind unbefriedigend. Durch ihr Festhalten am Idealbild der Vollbeschäftigung und des lebenslangen festen Lohnarbeitsverhältnisses werden sie erpreßbar: Die unverhohlene Drohung des Kapitals mit Arbeitslosigkeit macht sie nicht nur in Lohnverhandlungen gefügig, sondern führt auch zu einem Sozialpatriotismus, der kaum über den nationalen Tellerrand blickt und ArbeitsmigrantInnen zu Sündenböcken für Lohndumping macht. Die wiederholte Forderung von DGB-Chef Schulte nach einem konzertierten »Bündnis für Arbeit« führt überdies zur Verdrängung der bei vielen GewerkschafterInnen verbreiteten Einsicht, daß Vollbeschäftigung und feste Arbeitsverhältnisse wie zu Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders kein ernsthaft mehr zu verfolgendes Ziel sein können. Bisweilen hat man daher den Eindruck, die Gewerkschaften folgten mit ihrem Ruf nach »Arbeit, Arbeit, Arbeit« der Devise Mark Twains: »Nachdem wir das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.« Warum geben die Gewerkschaften nicht endlich ihre ideologische Fixierung auf Erwerbsarbeit auf und diskutieren andere Formen der Existenzsicherung ohne Bezug zur Lohnarbeit?

die redaktion



Alter Proletariertraum: stillstehende Räder rund um die Welt

Einflußlos oder sozialpatriotisch
Gewerkschaften und internationale Sozialpolitik

von **Geert Naber**

Im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung fordern Gewerkschaften eine verstärkte globale Arbeits- und Sozialpolitik ein. Doch diese stößt auf viele Hindernisse. Selbst in einem vergleichsweise homogenen Wirtschaftsraum wie der Europäischen Union bleiben supranationale Sozialpolitik und gewerkschaftliche Kooperationen wenig handlungsfähig.

▶ Die ökonomische Globalisierung und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen bewirken, den Behauptungen der Freihandelsapologetik widersprechend, keine globalen Steigerungen und Angleichungen der »Wohlfahrt«. Beobachtbar ist stattdessen, daß der weltweite Kapitalismus vielfach eine Verfestigung und Vertiefung räumlich-sozialer Ungleichheiten hervorruft. Gleichzeitig verringert sich die Effektivität herkömmlicher Sozialpolitik: Sie weist im Gegensatz zu den ökonomischen Prozessen kaum transnationale Verflechtungen auf und gerät erheblich unter Druck, weil der globale Standortwettbewerb einen Deregulierungswettlauf der nationalen Wirtschaftsräume vorantreibt.

Gewerkschaftsorganisationen in den kapitalistischen Kernländern, darunter nicht zuletzt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), fordern vor diesem Hintergrund, den Globalisierungsprozeß durch weltweit geltende soziale Spielregeln zu »zivilisieren«. Eine wichtige Rolle soll dabei die Ausweitung der Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) spielen. »Die Gewerkschaften setzen sich in der IAO u.a. dafür ein, daß die Genfer Arbeitsorganisation auch jene Staaten überwachen kann, die den grundlegenden Übereinkommen offiziell nicht beigetreten sind. Bisher wird dieses Verfahren lediglich zur Vereinigungsfreiheit angewendet, das in der Verfassung dieser Organisation einen besonderen Platz einnimmt. Ein vergleichbares Verfahren könnte auch für andere soziale Grundrechte ... eingerichtet werden.«[1] Außerdem sprechen sich die Gewerkschaften dafür aus, der IAO das Recht auf Anrufung des Internationalen Gerichtshofs zuzusprechen, wenn Mitgliedsstaaten gegen freiwillig ratifizierte Übereinkommen verstoßen.

Die Forderung nach erweiterten Kompetenzen für die Internationale Arbeitsorganisation geht in gewerkschaftlichen Stellungnahmen zu internationaler Sozialpolitik häufig einher mit einem Plädoyer für die Verankerung von Sozialklauseln im Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO). Die Klauseln sollen den Handel mit Gütern einschränken oder stoppen, deren Produktion nicht im Einklang steht mit den in IAO-Konventionen formulierten arbeitsrechtlichen Standards. Hierzu zählen neben der Vereinigungsfreiheit vor allem das Recht auf Tarifverhandlungen, die Nichtdiskriminierung in der Arbeitswelt sowie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit. Den Einwand, Sozialklauseln verschlechterten die Wettbewerbsstellung von Exportländern im Süden und liefen auf einen versteckten Protektionismus zugunsten der kapitalistischen Wohlstandsinseln hinaus, versucht der DGB durch den Vorschlag eines »differenzierten Systems« zu entkräften. Es soll so weit wie möglich mit handelspolitischen Anreizen operieren und Sanktionen nur im Sinne einer ultima ratio einsetzen.

Sozialrecht als schmückendes Beiwerk

▶ Nach Ansicht der Gewerkschaften müssen sich die IAO-Bestimmungen nicht mehr nur an Staaten, sondern angesichts ihres Bedeutungszuwachses auch an transnationale Konzerne (TNK) wenden. Es wird davon ausgegangen, daß manche TNK aus Imagegründen bereit seien, sich einer gewissen Kontrolle durch die Internationale Arbeitsorganisation auszusetzen. Allerdings halten die Gewerkschaften eher allgemein gehaltene Verhaltensregeln nicht für ausreichend: »Auch neue internationale Arbeitsnormen zu spezifischen Aspekten der Tätigkeit multi-

nationaler Unternehmen wie zu Exportfreihandelszonen oder zum Arbeitsschutz in multinationalen Konzernen sollten verabschiedet werden. Ferner sollte die Einsetzung internationaler Betriebsräte gefördert werden. Nicht zuletzt ist zu verhindern, daß eine Verletzung grundlegender IAO-Normen zum Mittel der Anwerbung ausländischer Investitionen mißbraucht wird. Da ausländische Direktinvestitionen stärker wachsen als die weltweite Produktion, sollen die grundlegenden IAO-Normen auch bei internationalen Investitionsabkommen einbezogen werden.« (ebd.)

In Analysen des UN-Systems gilt die IAO als ressourcen- und durchsetzungsschwache Institution – eine Einschätzung, die auch der DGB teilt. Allerdings ist in gewerkschaftlichen Kreisen in jüngster Zeit des öfteren von Signalen für eine Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation die Rede. Als Untermauerung dieser Annahme fungiert der Hinweis auf die breite Unterstützung, die das Postulat einer »integrierten Wirtschafts- und Sozialpolitik« während des 1995 in Kopenhagen durchgeführten Weltgipfels für Sozialentwicklung erfahren hat: Dort sei es zum ersten Mal gelungen, das gesamte System der Vereinten Nationen, einschließlich IWF und Weltbank, für dieses zentrale Ziel und für weitere Ziele wie die Einführung grundlegender sozialer Dienste, Erhaltung der natürlichen Ressourcen, Förderung von Frauen sowie die Schaffung eines positiven Umfelds einzuspannen.

Diese eher optimistische Einschätzung der Perspektiven globaler Sozialpolitik deckt sich nicht mit den derzeit beobachtbaren Trends in der internationalen Ökonomie und Politik. Trotz des Kopenhagener Gipfels stellen die arbeits- und sozialrechtlichen Übereinkommen der IAO auch weiterhin nicht viel mehr als ein schmückendes Beiwerk einer Weltwirtschaftsordnung dar, deren Regulierung weitgehend den Vorstellungen der neoliberal eingestellten Eliten entspricht. Hieran wird sich vermutlich in absehbarer Zeit wenig ändern, denn die kapitalistischen Kernländer streben ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) an, das zu einem weiteren Machtzuwachs der transnationalen Konzerne führen wird (vgl. *iz3w Nr. 228*). Zu erwarten ist nicht nur die Zementierung der untergeordneten Weltmarktposition vieler »Entwicklungsländer«, sondern auch die verstärkte Prekarisierung und Patriarchalisierung der Beschäftigungssysteme in Zentrum und Peripherie der globalen Ökonomie.

Es rettet uns kein Weltstaat...

► Für die Einflußlosigkeit globaler Sozialpolitik wird häufig das Fehlen eines supranationalen »Weltstaates« verantwortlich gemacht. Der Regulierung weltökonomischer Prozesse durch multilaterale Vereinbarungen zwischen sehr heterogenen Nationalstaaten wird attestiert, langwierige Entscheidungsverfahren aufzuweisen und zwangsläufig durch die Hervorbringung komplexer institutioneller Arrangements zur staatenübergreifenden Förderung der »sozialen Dimension« überfordert zu sein. Viele Weltstaat-BefürworterInnen machen sich deshalb für eine supranationale Politikebene stark, die über weitreichende sozialpolitische Eingriffsmöglichkeiten verfügen soll.

Doch diese auf den ersten Blick sympathisch anmutende Vision konnte auf eine Reihe gewichtiger Fragen und Einwände kritischer Staats- und Herrschaftsanalytiker bisher keine befriedigenden Antworten liefern: »Mit welchen Hebeln soll dieser Weltstaat arbeiten? Doch wohl staatsgemäß mit seinen Zwangsmitteln, wie sie aus seinem Weltmonopol an physischer Gewaltsamkeit resultieren? Aufgrund welcher Formen der Willens- und Entscheidungsbildung kann er dies tun; wie ist vermeidbar, daß sein von keiner konkurrierenden Macht mehr kontrollierbares Monopol für einseitige Interessen eingesetzt wird? Diese Interessen müßten unter den gegebenen Bedingungen der Weltökonomie solche der transnationalen Konzerne und der mächtigen Staaten sein, die beide die Voraussetzungen der 'Hochwertproduktion' befördern möchten«.[2] Infolgedessen käme es in einem Weltstaat wohl kaum zu mehr »globaler Gerechtigkeit«. Zu befürchten wäre vielmehr die Stärkung etatistischer Kontroll- und Repressionsstrategien, da das Gewaltmonopol eines Weltstaats bei weitem die Möglichkeiten und Wirkungen des Gewaltmonopols der Einzelstaaten überträfe.

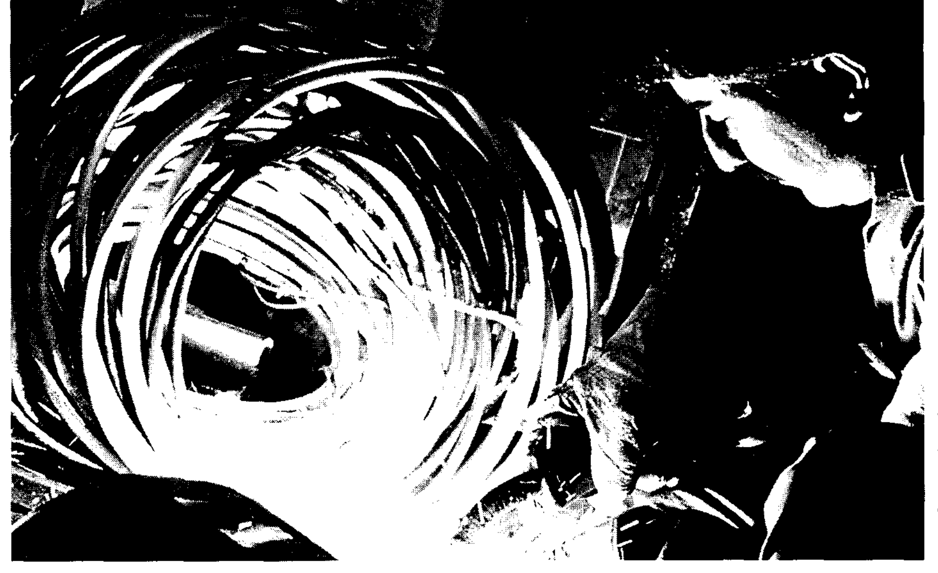
Ein Weltstaat bietet offensichtlich keinen Ausweg aus der Krise des nationalen Wohlfahrtsstaates. In der sozialpolitischen Diskussion wird deshalb vielfach für eine zweigleisige Strategie plädiert. Sie beabsichtigt, neben der Stärkung der IAO, wohlfahrtsstaatliche Institutionen im »Meso-Bereich« zwischen nationaler und globaler Politikebene zu verankern. So setzen die westeuropäischen Gewerkschaften auf eine supranationale Vernetzung des »europäischen Sozialmodells« durch die Europäische Union.

In einem 1995 erstellten Grundsatzpapier des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) werden die wohlfahrtsstaatlichen Traditionen der westeuropäischen Länder als ein »Trumpf für die europäische Erneuerung« bezeichnet. Das europäische Sozialmodell, »das gekennzeichnet ist durch einen auf Solidarität basierenden sozialen Schutz von hohem Niveau, durch die zentrale Rolle der öffentlichen Dienste, die Stellung der Tarifverhandlungen und durch verschiedene Modelle der Mitbestimmung, gründet sich auf dem unerläßlichen Kompromiß zwischen den Marktkräften und dem demokratischen Staat.« Es ist nach Ansicht des EGB besser als das japanische oder US-amerikanische Gesellschaftsmodell zur »sozialverträglichen Bewältigung« des ökonomischen Wandels geeignet. Deshalb fordert er, der Bedrohung des europäischen Sozialmodells durch das Erodieren des fordistischen Kapitalismus mittels EU-weiter Sozialpolitik entgegenzuwirken: »Um unser Modell zu bewahren, muß die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung ein politischer, wirtschaftlicher und sozialer Schwerpunkt der Europäischen Union werden«.[3]

...kein Europa...

► Entgegen den Hoffnungen auf einen Bedeutungszuwachs der »sozialen Flanke« der Europäischen Union gibt es aber keine Anzeichen für eine Etablierung des »europäischen Sozialmodells« durch einen supranational-gemeinschaftlichen Wohlfahrtsstaat. Die Ursache hierfür liegt in der Privilegierung der Markt- gegenüber der Politikintegration im westeuropäischen Integrationsprozeß. Während die Marktintegration »entpolitisiert« ist und als »Sachzwang« allgemein akzeptiert wird, sind arbeits- und sozialrecht-


Moderne Gewerkschaftslosung: Qualitätsproduktion statt Lohnsenkung im Standortwettbewerb


Foto: S. Orge/version

liche Regulierungsformen hochgradig »politisiert«. Zum einen liegt das daran, daß die Nationalstaaten noch immer als Garanten sozialer Kompromißbildung und sozialer Kohäsion gelten und in wichtigen sozialpolitischen Fragen am »Einstimmigkeits-Prinzip« festhalten. Dadurch können sie die nationale Veto-Macht ausspielen. Zum anderen sind die an sozialstaatlicher Sicherung interessierten Kräfte in hohem Maße national fragmentiert, während sich das Kapital zunehmend europäisiert hat.

Dennoch verharrt die Europäische Union nicht in völliger sozialpolitischer Passivität. Die EU-Kommission praktiziert seit einigen Jahren verstärkt eine 'weiche', sich auf Überzeugungsarbeit und »Sozialen Dialog« konzentrierende Regulierung des »Sozialraums Europa«. Sie veröffentlicht politisch-konzeptionelle Stellungnahmen und beabsichtigt, sozialpolitische Übereinkünfte an dem nach wie vor wichtigsten Ort für die weitere Entwicklung des Integrationsprozesses zu beeinflussen: den multilateralen Aushandlungsprozessen zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer. Sozialpolitische Regulierung mit Hilfe von Verordnungen und Richtlinien betreibt die EU auf den Feldern der arbeitsrechtlichen Gleichstellung der Geschlechter sowie der Gesundheit am Arbeitsplatz. Die Etablierung von Europäischen Betriebsräten in transnationalen Konzernen bildet gemäß dem Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrags einen weiteren Handlungsbereich.[4]

Der Internationalismus hat derzeit einen besonders schweren Stand im DGB

Die gewerkschaftsnahe Politikberatung empfiehlt den westeuropäischen Gewerkschaften eine erhebliche Intensivierung ihrer transnationalen Zusammenarbeit, um so nachhaltige Impulse zugunsten der »sozialen Dimension« des Binnenmarktes geben zu können. Zustandekommen und Erfolg staatenübergreifender Gewerkschaftskooperation stoßen aber auf schwer überwindbare Hindernisse. Als Problem erweist sich die nationale, organisationsstrukturelle und weltanschauliche Zersplitterung der westeuropäischen Gewerkschaftslandschaft. Deshalb ist der Europäische Gewerkschaftsbund kaum aktions- und politikfähig. Ihm steht überdies ein »unwilliger Sozialpartner« gegenüber, denn die supranationalen Unternehmerverbände haben kein Interesse an einer aktiven europäischen Arbeits- und Sozialpolitik.

Vor diesem Hintergrund ist die Realisierung eines grenzüberschreitenden Kollektivverhandlungssystems (inklusive Tarifautonomie und Streikrecht) in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Es dürfte in den nächsten Jahren allenfalls zu einer bruchstückhaften, auf Großunternehmen beschränkten Europäisierung des Arbeitsrechtes kommen. In einigen transnationalen Konzernen, die durch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gekennzeichnet sind, entstehen momentan mit Informations- und Konsultationsrechten ausgestattete Europäische Betriebsräte (EBR). Sie könnten einen gewissen Einfluß auf die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der Konzerne gewinnen, da sich in den westeuropäischen Ländern eine Aushöhlung der Flächentarifverträge infolge der Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen vollzieht.

... und keine nationale Gewerkschaft

► Aufgrund der bisher nicht geglückten europäischen Etablierung gewerkschaftlicher Politik neigen viele Gewerkschaften zu dem Versuch, aus ihren gewohnheitsmäßigen nationalen Machtressourcen und Kontakten Kapital zu schlagen. Gerade der DGB kann in diesem Kontext als Beispiel angeführt werden. Als Richtschnur seines Alltagshandelns fungiert, wovon nicht zuletzt seine Sympathiebekundungen für den Kanzlerkandidaten Schröder zeugen, die Idee einer »progressiven Wettbewerbsfähigkeit«. Dieses Konzept macht den stark neoliberal ausgerichteten Modernisierungsstrategien zum Vorwurf, eine gesellschaftliche Desintegration gefördert zu haben, die innovativem Wirtschaften abträglich ist.

Sozialökonomische Erneuerung im Sinne »progressiver Wettbewerbsfähigkeit« soll sich sehr stark auf sozialpartnerschaftlich-korporatistische Politikmodelle stützen. Nicht drastische Lohnsenkungen, sondern die Stärkung der »Qualitätsproduktion« durch Infrastrukturausbau, Technologieförderung und aktive Arbeitsmarktpolitik gelten als erfolgversprechende Instrumente im internationalen Standortwettlauf. »Unterstützung findet diese kooperative Reregulierungspolitik bei stärker sozialintegrativ bzw. national orientierten Kräften, d.h. bei Gewerkschaften, die auch in das neue Regulierungsgeflecht eingebunden sein wollen, bei Kapitalfraktionen, denen der 'soziale Friede' als wichtiger positiver Wettbewerbsfaktor gilt, sowie bei Regierungen, die sich durch den nationalen Schutz sozialer Standards legitimieren wollen«.[5]

Letztlich hält aber auch das Konzept der »progressiven Wettbewerbsfähigkeit« an den Imperativen der weltmarktorientierten Modernisierung fest. An der seit längerem feststellbaren Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen, die außerhalb oder am Rande des Beschäftigungssystems angesiedelt sind, aus der Geltungszone sozialrechtlicher Regulierung wird sich somit unter einem Kanzler Schröder wenig ändern.

Aufgrund der 'sozialpatriotischen' Implikationen der »progressiven Wettbewerbsfähigkeit« hat der Internationalismus zur Zeit einen besonders schweren Stand im DGB.[6] Die eingangs skizzierten gewerkschaftlichen Vorstellungen zur internationalen Sozialpolitik, die durchaus Schnittstellen mit Positionen der Dritte-Welt-Bewegung aufweisen, werden einer auf den einheimischen Arbeitsmarkt fixierten Sichtweise untergeordnet. Die DGB-Einzelgewerkschaften, deren Mitglieder in exportstarken Unternehmen arbeiten (Autoproduktion, Maschinenbau, Chemie), halten sich mit Forderungen nach einer »gerechten Weltwirtschaftsordnung« zurück. Stattdessen ist oftmals von Chancen, die Abkommen wie das MAI der deutschen Wirtschaft bieten, die Rede. Demgegenüber läßt sich bei Gewerkschaftsgliederungen aus schrumpfenden Branchen (z.B. Bau und Textil) eine Sympathie für protektionistische Maßnahmen beobachten. Ihre gelegentlich mit rassistischen Stereotypen operierende Kritik an Arbeitsbedingungen in der »Dritten Welt« erweckt so manches Mal den Eindruck, bloß die Besitzstände ihrer Mitgliedschaft wahren zu wollen, aber an einer engen Zusammenarbeit mit Basisgruppen und Gewerkschaften aus den Ländern des Südens kein Interesse zu haben.

Anmerkungen:

1. Adamy, W. 1997: Globalisierung und internationale Sozialpolitik, in: Jahrbuch Arbeit und Technik 1997: Globalisierung und institutionelle Reform, W. Fricke (Hrsg.), Bonn, S. 263-274.
2. Narr, W.-D./ A. Schubert 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main, S. 240
3. EGB 1995: Die Aufwertung des europäischen Sozialmodells, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8, S. 1017-1024, hier S. 1018f.
4. Erwähnt seien außerdem die Strukturfonds. Sie ermöglichen es der EU, mit finanziellen Mitteln regional- und strukturpolitisch tätig zu werden. Anfänglich wurde den Fonds die Aufgabe zugeschrieben, im Sinne keynesianisch-sozialstaatlicher Vorstellungen interregionale Wohlstandsunterschiede in Westeuropa auszugleichen. Im Laufe der achtziger Jahre geriet die EG-Regionalpolitik aber immer mehr in den Sog neoliberaler Modernisierungsstrategien. Die Strukturfonds bilden deshalb mittlerweile ein Kernstück eines Mehrebenensystems mit marktähnlicher Regulation: In komplexen Abstimmungsprozessen stecken die Mitgliedsländer und die EU-Kommission den konzeptionellen und finanziellen Rahmen der Regional- und Strukturpolitik ab. Dabei gilt eine wettbewerbsorientierte Doktrin. Regionale Strukturpolitik soll nicht negative Effekte des Binnenmarktes eindämmmen und sozioökonomische Disparitäten zwischen zentralen und peripheren EU-Regionen verringern, sondern vielmehr die subnationale Politikebene zur Stimulierung von Marktprozessen und »endogenen Entwicklungspotentialen« veranlassen. Folgerichtig ist eine Standortkonkurrenz der Regionen entstanden, die die räumlich-sozialen Disparitäten in Westeuropa verstärkt.
5. Bieling, H.-J. 1997: Soziale Frage, sozialpolitische Regulation und Europäische Integration, in: H.-J. Bieling; F. Deppe (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Opladen, S. 17-51, hier: S. 42
6. vgl. als Fallbeispiel Koch-Baumgarten, S. 1997: Vom Mythos internationaler Solidarität: Die multinationale gewerkschaftliche Regulierung der Schattenflaggenschiffahrt, in: Prokla, Nr. 107, S. 263-290.

► **Geert Naber** ist Sozialwissenschaftler und lebt in Oldenburg



Foto: H. Sachs/version

Ohne Kraft keine Stärke

Theorie und Praxis von Sozialklauseln

von **Thomas Greven, Christoph Scherrer** und **Volker Frank**

Sozialklauseln in internationalen Handelsverträgen sind nach Ansicht vieler Gewerkschaften ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Sozialdumping. Doch wie sehen die konkreten Erfahrungen mit Sozialklauseln aus? Eine vorläufige Bilanz gibt Aufschluß über ihre Auswirkungen in Guatemala und in der Dominikanischen Republik.

► Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften erhebt die Forderung, elementare Arbeiterrechte als Sozialklauseln in Handelsverträgen zu verankern. Der Zutritt für ausländische Produzenten zum jeweiligen heimischen Markt soll von der Einhaltung international anerkannter Arbeiterrechte abhängig gemacht werden. Zu ihnen zählen neben gewerkschaftlicher Vereinigungsfreiheit und dem Recht auf Kollektivverhandlungen auch das Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit (vgl. auch *iz3w Nr. 206 und 220*). Diese Forderung stößt nicht nur auf Unternehmerseite, sondern auch bei den meisten Regierungen der Entwicklungsländer auf Ablehnung. Unter den Industrieländern befürworten im wesentlichen nur die USA, Frankreich, skandinavische Länder sowie das Europäische Parlament die Einrichtung einer Arbeitsgruppe »Handel und Arbeiterrechte« im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO erklärte sich aber bei ihrer ersten Ministerkonferenz 1996 in Singapur dafür nicht zuständig und verwies auf die Internationale Arbeitsorganisation (IAO).[1] Die Brisanz der Sozialklauselkontroverse resultiert weniger aus einem Nord-Süd-Gegensatz als vielmehr aus dem Gegensatz Kapital – Arbeit: Die Gegner aus den Regierungen des Südens fanden Verbündete in den Unternehmerverbänden aus dem Norden und in den Regierungen von Großbritannien und Deutschland, während mehrere Gewerkschaftsforen am Rande der Konferenz von Singapur die breite internationale Unterstützung von Sozialklauseln forderten.

In den Wirtschaftswissenschaften und in der entwicklungspolitischen Forschung werden Sozialklauseln skeptisch und vor allem nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen bewertet. Die schärfste Kritik wird von neoklassischen ÖkonomInnen vorgetragen. Ihr zentrales Argument ist, daß jede Verteuerung der Arbeit den zentralen Wettbewerbsvorteil der Entwicklungsländer (billige Arbeitskräfte) und damit deren Entwicklungschancen gefährdet.[2] Doch diese auf den Markt setzende Ideologie scheitert in der Praxis daran, daß sich für den Weltmarkt Marktversagen feststellen läßt. Über seinen Konkurrenzmechanismus führen Verstöße gegen die Kernarbeiterrechte in einigen Ländern zur Nicht-Einhaltung dieser Rechte in anderen Ländern. Im Extremfall kommt es zu »ruinösem Wettbewerb«, der die Sozialstandards der handeltreibenden Länder auf das jeweils niedrigste Niveau drückt. Die meisten Kritiker internationaler Arbeiterrechte halten allerdings das durch den Wettbewerb erzwungene niedrigere Regulierungsniveau für gerechtfertigt. Dabei unterliegen sie jedoch einem Zirkelschluß: Der Markt selbst wird zum Maßstab dafür erklärt, wie weit er bei der Unterminierung von rechtlichen Standards etc. gehen darf.

Dieser Verdrängungswettbewerb findet weniger auf der Achse Nord-Süd, sondern eher auf den Achsen Nord-Nord und Süd-Süd statt. Die Konkurrenz ist nämlich dort am schärfsten, wo mit ähnlichen Produktionstechniken vergleichbare Produkte angeboten werden. Dies trifft zwar auf einen wachsenden Teil des Handels zwischen Nord und

Süd zu, aber er ist noch nicht dadurch bestimmt. Demgegenüber steht innerhalb der jeweiligen Blöcke ein großer Teil des Warensortiments in direkter Konkurrenz. Die Schärfe des Konkurrenzkampfes innerhalb des Südens wird durch folgende Faktoren verstärkt: einfache Produktionstechniken, die den Markteintritt neuer Konkurrenz erleichtert, ein stark wachsendes Arbeitskräftepotential aufgrund der Verdrängung der Subsistenzwirtschaften, die Verschuldungskrise, die die Notwendigkeit für die Erwirtschaftung von Devisen erhöht, und die Fähigkeit transnationaler Konzerne, Produktionsstätten zu verlagern.

Angesichts dieser spezifischen Konkurrenzsituation können im Süden bereits geringe Lohnkostenerhöhungen zu Marktanteilsverlusten führen, während die Mißachtung der Arbeiterrechte zumindest kurzfristig Wettbewerbsvorteile verspricht. Wenn es allerdings gelingen sollte, durch internationale Abkommen die fundamentalen Arbeiterrechte aus der Konkurrenz zu nehmen, dann kann vermieden werden, daß diejenigen Produzenten, die diese Rechte respektieren, einen Nachteil erleiden.

Sozialklauseln in der US-Handelspolitik

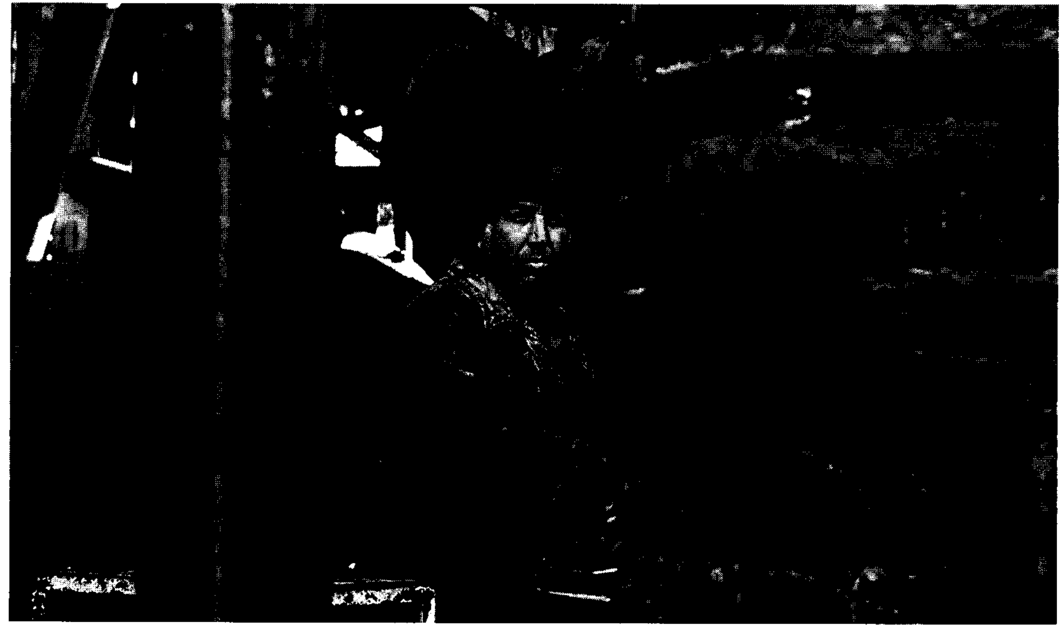
► Selbst wenn man die Stichhaltigkeit dieser theoretischen Argumente akzeptiert, bleibt offen, ob die konkreten Erfahrungen mit Sozialklauseln nicht doch ihre Kritiker bestätigen. Sie argumentieren, der Erfolg einer Androhung oder Anwendung von Sanktionen hänge vor allem von der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der davon betroffenen Länder ab. Zudem eröffneten Sozialklauseln Möglichkeiten des protektionistischen Mißbrauchs durch die importierenden Länder, die ihre Binnenmärkte abschotten wollen.

Am Beispiel der US-Handelspolitik lassen sich diese Behauptungen an der Realität überprüfen. Seit 1983 sind Arbeiterrechte in den Handelsgesetzen der USA verankert, deren Einhaltung Bedingung für bevorzugten Zugang zum amerikanischen Markt ist. Das North American Agreement on Labor Cooperation (NAALC) vereinbarte 1994 erstmalig im Rahmen eines internationalen Handelsvertrags, dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), die Gründung einer Kommission für Arbeit, die die Einhaltung nationaler Sozialstandards überwachen soll. Die Erfahrungen mit beiden Varianten der Sozialklausel können unter drei Gesichtspunkten aufgearbeitet werden: Werden sie nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung angewendet? Wie reagieren Staaten mit niedrigen Arbeits- und Sozialstandards arbeits- und sozialrechtlich sowie administrativ auf die Vereinbarung von Sozialklauseln und insbesondere auf Sanktionsdrohungen? Und zuletzt: Welche Möglichkeiten neuer gewerkschaftlicher Bündnisse entstehen durch Sozialklauseln?

Verstöße gegen Arbeiterrechte werden nur selten geahndet

Gegenüber unilateral, also ohne Verhandlungen mit den betroffenen Ländern, verankerten Sozialklauseln wird der Vorwurf der Nicht-Gleichbehandlung und des protektionistischen Mißbrauchs besonders vehement erhoben. Die Untersuchung der 1984 auf Grundlage der Handelsgesetzgebung von 1983 verabschiedeten Sozialklausel im Allgemeinen Präferenzzollsystem der USA (GSP) zeigt, daß ihre Anwendung faktisch nicht nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung, sondern nach den jeweiligen innenpolitischen Kräfteverhältnissen und dem außenpolitischen Kalkül des Präsidenten erfolgte. Die grundsätzlich freihändlerische Ausrichtung der US-Regierung hat dabei zur Folge, daß Verstöße gegen elementare Arbeiterrechte nur selten geahndet werden. Die Teil-Öffentlichkeit des Petitions- und administrativen Aushandlungsprozesses stellt aber zumindest sicher, daß die Anwendung der Sozialklausel öffentlich eingefordert werden kann und daß der Verzicht auf Sanktionen bei nachgewiesenen Verstößen gut begründet werden muß. Protektionistischer Mißbrauch der Sozialklauseln seitens der USA konnte nicht festgestellt werden.

Das NAFTA-Nebenabkommen NAALC vereinbarte keine transnationalen Standards, sondern verpflichtet die Vertragsstaaten zur Einhaltung ihres bereits bestehenden nationalen Arbeitsrechts. Hintergrund der Regelung sind gravierende Mängel bei der Durchsetzung des Arbeitsrechts in Mexiko. Die Sanktionsmöglichkeiten des NAALC sind sehr beschränkt und mit umständlichen Verfahren verbunden. Hauptsächlich wird, wie bei Verfahren im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation, moralischer und diplomatischer Druck ausgeübt. Der regionale Fokus des Nebenabkommens erleichtert dabei die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Bislang hat es in keinem der behandelten Fälle nennenswerte Fortschritte gegeben; manche Beobachter verzeichnen aber tendenziell eine Verbesserung der Arbeitsrechtssituation in Mexiko, die z.T. auf das NAALC zurückgeführt wird. In einem Fall reichten mexikanische Gewerkschaften in den USA eine Petition zum Problem von Betriebsschließungen bei gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen ein. Das Unternehmen La Conexion Familiar in San Francisco (Kalifornien), eine Tochter des Telefonkonzerns Sprint, war eine Woche vor der angesetzten gewerkschaftlichen Zulassungswahl geschlossen und die 235 zumeist lateinamerikanischen ArbeiterInnen entlassen worden. Der damalige US-Arbeitsmini-



Die im Dunkeln sieht man nicht ... Ölarbeiter in Aserbaidschan Foto: R. Maro/version

ster Robert Reich stimmte der Erstellung einer Studie zu.

Bescheidene Fortschritte

► Die Effektivität von Sozialklauseln im Rahmen von Allgemeinen Zollpräferenzabkommen läßt sich anhand der Reaktionen in Guatemala und in der Dominikanischen Republik auf die Petitionen von US-Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen einschätzen. Die Regierungen beider Länder mußten sich zur Sicherung ihrer Handelsprivilegien in Washington vor einem Ausschuß für ihre arbeitspolitischen Praktiken rechtfertigen. Beide konnten letztlich den Entzug der Handelspräferenzen vermeiden, da sie in den Augen des Ausschusses ausreichende Fortschritte vorweisen konnten. Vor allem stärkten sie den Schutz gewerkschaftlicher Kollektivrechte in ihren jeweiligen Arbeitsgesetzen. Die Regierungen unternahmen jedoch nur geringe Anstrengungen, den Gesetzesvollzug sicherzustellen. Das Arbeitsgerichtswesen ist nur geringfügig durchsetzungsfähiger geworden und bei den staatlichen Aufsichtsbehörden herrscht weiterhin krasser Personalmangel. Weder außergerichtliche Schlichtungsverhandlungen noch die Verabschiedung eines freiwilligen Verhaltenskodex guatemaltekischer Unternehmer führten zur besseren Einhaltung des Arbeitsrechts.

Unterschiede zwischen beiden Ländern verweisen auf die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen jeglicher Verbesserungen: Die dominikanischen Gewerkschaften wurden auf nationaler Ebene von Unternehmer- und Regierungsseite als wichtige Verhandlungspartner anerkannt und erreichten Erfolge in überbetrieblichen Kollektivverhandlungen. Zudem etablierten sie eine Reihe von Gewerkschaften in Betrieben der Freihandelszonen und handelten dort sieben Tarifverträge aus. In Guatemala dagegen kämpfen die Gewerkschaftsorganisationen auch heute noch um Partizipationsmöglichkeiten auf nationaler Ebene. Auf betrieblicher Ebene erreichten sie erstmals im August 1997 die Unterzeichnung eines Tarifvertrags in einer Textilfabrik der Freihandelszonen.

Die Sanktionsdrohungen im Rahmen der Sozialklausel hatten einen wesentlichen Anteil an den – wenn auch bescheidenen – Fortschritten. Demokratisierungsprozesse, Exporterfolge und die Arbeit der IAO können hingegen die Verbesserungen des Arbeitsregimes in Guatemala und der Dominikanischen Republik nicht ausreichend erklären. In beiden Ländern fanden zwar Demokratisierungsprozesse statt, die den Interessensvertretungen der Beschäftigten politische Einflußchancen und somit legale Handlungsoptionen eröffneten. Ihre Nutzung war den guatemaltekischen Gewerkschaften jedoch versperrt, da das Militär und die Unternehmer im Bündnis mit staatlichen Stellen einen einheitlichen Block bildeten. Die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen erschwerten effektive Gewerkschaftsarbeit zusätzlich. Auf ähnliche Schwierigkeiten stießen auch dominikanische Gewerkschaften, die innerhalb des Parteienwettbewerbs bestehende formelle Partizipationschancen kaum nutzen konnten.

Die Exporterfolge der guatemaltekischen Wirtschaft waren begleitet vom Anstieg des Handelsdefizits, zunehmender Armut und dem Auseinanderklaffen der Einkommensschere. Die verstärkte Einbindung in den Weltmarkt führte hier nicht zu verbesserten Arbeiterrechten. Die sozialen Daten für die Dominikanische Republik deuten auf eine vergleichsweise gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung durch wachsenden Handel erfolgte aber auch in ihrem Fall nicht automatisch, wie das gleichbleibend hohe Handelsdefizit und die wachsende Zahl von Armen deutlich machen.

Sanktionen erzwingen Zugeständnisse

► Erst die Petitionen im Rahmen der Sozialklauseln bewirkten gewerkschaftsfreundliche Reformen der Arbeitsgesetze beider Länder. Diese brachten auch die Regierungen dazu, zwei Textilunternehmen in den Freihandelszonen (der koreanischen Firma BIBONG in der Dominikanischen Republik und der Firma CAMOSA in Guatemala) wegen des Verstoßes gegen das Arbeitsgesetz die Exportlizenz zu entziehen. Drohende Handelssanktionen zwangen die Unternehmer zudem, den Gewerkschaften Zugeständnisse bei überbetrieblichen Verhandlungen zu machen. Der Nutzen der Sozialklausel ging über die konkreten arbeitsrechtlichen Verbesserungen hinaus. Die Petitionen stießen gewerkschaftliche Lernprozesse im Bereich der Verhandlungsführung und der internationalen Kooperation an. Sie erweiterten zudem die traditionell stark eingeschränkten gesellschaftlichen Handlungsspielräume der guatemaltekischen Gewerkschaften.

Insgesamt weist die Effektivitätsanalyse aber auf ein prinzipielles Dilemma von Sozialklauseln hin: Sie sollen Basisrechte und Gewerkschaftsorganisationen stärken, doch setzt ihre Wirksamkeit handlungsfähige Gewerkschaften voraus. Die stärkeren dominikanischen Gewerkschaften konnten deshalb besser von den Sozialklauseln Gebrauch machen als ihr guatemaltekisches Pendant.

Die untersuchten Sozialklauselverfahren förderten die Kooperation von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen in den USA mit sozialen Bewegungen in den betroffenen Ländern. Die Informationsbeschaffung vor Ort verlieh den Petitionen in Washington mehr Glaubwürdigkeit. Umgekehrt lernten die amerikanischen Petitionäre, ihren Partnerorganisationen bei der Entkräftung des Vorwurfs helfen zu können, sie seien Instrumente protektionistischer Interessen in den USA. Auf Wunsch ihrer Partner mäßigten sie in einigen Fällen ihre Forderungen, wofür diese im Gegenzug Zugeständnisse seitens der Unternehmer erhielten.

Fazit: Sozialklauseln können einen bescheidenen, aber keinesfalls zu vernachlässigenden Beitrag zur Stärkung von Arbeiterrechten in den stark unter Konkurrenz stehenden Ländern des Südens leisten. Doch selbst multilaterale Sozialklauseln, die mit effektiven Erzwingungsmechanismen ausgestattet sind und durch transparente Überprüfungsverfahren eine konsistente Normenanwendung sichern, sind kein Allheilmittel für die Durchsetzung angemessener Lebensverhältnisse. Kurz- und mittelfristig werden die Ärmsten der Armen nur wenig Vorteile von verbesserten Arbeiterrechten haben. Häufig konterkarieren neoliberale Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF den beabsichtigten Zweck der Sozialklauseln. So sind gerade die in Folge der IWF-Auflagen entstandenen Exportzonen durch ausgesprochen gewerkschaftsfeindliche Politik von Staat und Unternehmen gekennzeichnet. Die Forderung nach einer »gerechteren Weltwirtschaft« werden also auch Sozialklauseln nur unzureichend einlösen.

Anmerkungen:

1 Die IAO wurde durch die Weigerung der WTO, sich mit Sozialklauseln zu beschäftigen, gestärkt. So diskutiert die Internationale Arbeitskonferenz in Genf derzeit eine neue umfassende Regelung der elementaren Arbeiterrechte sowie eine neue Konvention zur Kinderarbeit. Das entscheidende Problem der fehlenden Sanktionsgewalt der IAO wird aber bestehen bleiben. Nichtregierungsorganisationen räumen deshalb Verhaltenskodices für Unternehmen, Gütesiegeln, Boykotten und anderen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen größere Chancen ein, die Einhaltung elementarer Arbeiterrechte zu verwirklichen.

2 Diese Argumentation hinkt schon insofern, als auch innerhalb der Neoklassik Kernarbeiterrechte begründet werden können. So ist z.B. die Vereinigungsfreiheit eine Antwort auf die Machtasymmetrie auf den Arbeitsmärkten. Das Verbot der Zwangs- und der Kinderarbeit gehört zu den Grundprinzipien einer neoklassischen Marktordnung, denn der Markt wird als Warentausch zwischen freien Subjekten definiert. Darüber hinaus kann die Einhaltung der Rechte sowohl zur volks- als auch betriebswirtschaftlichen Effizienz beitragen.

► **Thomas Greven** ist Doktorand im Graduiertenkolleg *»Demokratie in den USA«* am John F. Kennedy-Institut der FU Berlin. **Christoph Scherrer** beendet gerade seine Habilitationsschrift *»Öffnung zum Weltmarkt: Der Fall USA«*. Der Soziologe **Volker Frank** ist Doktorand an der Universität Bremen. Die Ergebnisse ihres von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes, sind unter dem Titel *»Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel«* im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen.



Auf der Roten Liste

Erfolge und Defizite internationaler Gewerkschaftskooperation

von **Peter Scherrer**

Von deutschen wie internationalen Gewerkschaftsbünden wird die wirkungsvolle Realisierung gewerkschaftlicher Interessen über nationale Grenzen hinweg gefordert. Den »Global Players« des Kapitals sollen handlungsfähige »Global Players« auf Seiten der organisierten Arbeitnehmerinteressen gegenüberstehen. Die bestehende internationale Gewerkschaftskooperation kann diesen Bedarf aber angesichts des Schwundes an aktiven Mitgliedern und Finanzmangel nur teilweise befriedigen.

► Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften große Fortschritte gemacht. Die internationalen Gewerkschaftszusammenschlüsse haben an Einfluß und Durchsetzungsvermögen gewonnen. Organisatorisch teilen sich die Weltorganisationen in zwei Verbände auf.[1] Der Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) organisiert hauptsächlich christlich orientierte Gewerkschaftsbünde, im Falle Deutschlands nur den einflußlosen, weil nicht tarifvertragsfähigen Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), in dem alle relevanten deutschen Gewerkschaften und der DGB organisiert sind, richtet sich nicht nach weltanschaulichen oder religiösen Kriterien aus. Die beiden Weltorganisationen verstehen sich als konkurrierende, nicht aber als gegnerische Zusammenschlüsse.

Am 7. Dezember 1999 wird der IBFG sein 50jähriges Bestehen feiern. Der nur zwei Monate ältere DGB zählt zu den Gründungsmitgliedern dieser weltweiten Arbeitnehmerorganisation, in der heute 125 Millionen Gewerkschafter von 206 Mitgliedsverbänden aus 141 Ländern der Erde vereint sind. Wichtigstes Kriterium für eine Aufnahme in den IBFG ist, daß der jeweilige Mitgliedsverband eine demokratische Struktur hat. Er muß repräsentativ und von Regierungen und Unternehmern unabhängig sein. Da der IBFG nur gewerkschaftliche Dachverbände organisiert, gibt es neben einer regional gegliederten Struktur[2] auch eine branchenspezifische Organisationsebene: Die Internationalen Berufssekretariate (IBS) der Fach- bzw. Berufsverbände. So ist z.B. die IG Metall Mitglied der Internationalen Föderation der Metallarbeiter (IMF), und die IG Bergbau Chemie Energie ist bei der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie- und Bergarbeiter (ICEM) organisiert.

Für die direkte Kooperation von Beschäftigten einer Branche ist die Arbeit der jeweiligen IBS von hoher Bedeutung. So ist es beispielsweise dem Druck des Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Verbandes (ITBLAV) und seines deutschen Mitgliedsverbandes Gewerkschaft Textil und Bekleidung zu verdanken, daß in der Bundesrepublik über die Hälfte aller Teppiche aus Nepal das sog. Rugmark-Label tragen. Das Label erhalten nur Teppichhersteller, die unabhängige Inspektionen ihrer Werkstätten zulassen und keine Kinder unter 14 Jahren beschäftigen. Die Importeure zahlen, wenn sie Produkte mit dem RUGMARK-Label einkaufen, einen kleinen Sonderbeitrag, der zur Einrichtung von Schulen in Ländern wie Nepal eingesetzt wird.

Gegen das Dagobert-Imperium

► Ein weiteres Beispiel für erfolgreiche internationale Gewerkschaftskooperation ist die kürzlich gestartete »Clean-Clothes«-Kampagne[3], mit der die z.T. miserablen und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie angeprangert werden. So machten z.B. US-amerikanische Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen von haitiianischen Beschäftigten der Firma Walt Disney, die in dem Karibikstaat T-Shirts und Baseball-Kappen herstellen läßt, öffentlich. Belgische Textilgewerkschafter berichteten in Kinos, in denen Walt Disney-Filme gezeigt werden, über die Situation der für diesen Konzern Arbeitenden in Indonesien, Haiti und Vietnam. In Frankreich nutzten Textilgewerkschafter die Einweihung des für die Fußballweltmeisterschaft gebauten neuen Stadions zu Protestaktionen gegen Sportbekleidungshersteller, deren Produktionsstätten in Asien teilweise Arbeitsbedingungen aufweisen, die an Sklaverei erinnern.

Solche manchmal weltweiten Aktionen zur Verteidigung und Erkämpfung von Gewerkschafts- und Menschenrechten werden zumeist von den Berufssekretariaten organisiert, angeregt werden sie aber häufig von nationalen Verbänden, insbesondere den Mitgliedsorganisationen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Viele Arbeitnehmerorganisationen in der sog. Dritten Welt müssen sich gegen Menschenrechtsverletzungen wehren. Hier ist die Solidarität der Gewerkschaften der Industrienationen gefordert. Sie tragen z.B. den größten Teil der Kosten für den Unterhalt der Sekretariate.

Ein weiterer Akteur der internationalen Gewerkschaftskooperation ist der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), der 54 Millionen Gewerkschafter aus 63 Mitgliedsbünden vereint. Der EGB ist in 14 Branchensekretariate bzw. Fachverbände unterteilt, die sich mit der europäischen Zusammenarbeit auf der Ebene der Branchen beschäftigen. In der Europäischen Föderation der Metallarbeiter kooperieren z.B. die Stahlkocher oder Automobilarbeiter verschiedener EU-Länder. Ebenso wie bei den Internationalen Berufssekretariaten ist die Arbeit von Pragmatismus geprägt. Sie ist immer eng an die nationalen Verbände gekoppelt. Nicht selten betätigen sich die Berufssekretariate in Konflikten als Vermittler zwischen Gewerkschaftsföderationen und Arbeitgeberorganisationen oder multinationalen Konzernen.

Die Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Installierung von Euro-Betriebsräten hat den europäischen Fachverbänden zusätzlich eine wichtige Rolle verliehen. Die Betreuung von betrieblichen Arbeitnehmervertretern war bislang ausschließlich eine Angelegenheit der nationalen Verbände. Jetzt arbeiten betriebliche Gewerkschaftsvertreter direkt mit den europäischen Gremien der Gewerkschaften zusammen. Diese direkte europaweite Koordination ist insbesondere durch die geplante Osterweiterung der Europäischen Union dringender denn je. Die Installierung von interregionalen Gewerkschaftsräten (IGR), z.B. in den Dreiländerecken Tschechische Republik/Polen/Bundesrepublik oder Schweiz/Frankreich/Deutschland, hat sich als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewährt und wird vom DGB nachdrücklich gefördert.

Dem EGB wird häufig vorgeworfen, er sei nicht stark genug. Ein Grund dafür ist die mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung. Bei der Brüsseler Zentrale sind lediglich 43 Mitarbeiter beschäftigt, obwohl die Herausforderungen, mit denen der EGB im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion konfrontiert wird, gewaltig sind. Dies müßte die Mitgliedsverbände zu einer Stärkung der europäischen Organisation veranlassen. Statt der bestehenden nationalen Lobby-Büros sollte eine Verstärkung des Europäischen Bundes erfolgen. Europaweite Tarifverhandlungen, ein besonders wichtiger Komplex, sind jedoch für viele nationale Verbände ein heißes Eisen. Kompetenzverlagerungen im Bereich der Tarifpolitik hin zu Brüsseler Institutionen sind nur bedingt erwünscht, weil sie Positionen der nationalen Verbände z.T. erheblich schwächen würden. Ein internationaler Zusammenschluß kann immer nur so stark sein, wie seine Mitglieder es zulassen.

Die bestehende Solidaritätsarbeit und der dazu gehörende – wenn auch bescheidende – organisatorische Rahmen dürfen nicht über die Notwendigkeit von Verbesserungen hinwegtäuschen. Aber die Gewerkschaften haben es nicht einfach: Rapider Mitgliederschwund und sinkende Mitgliedsbeiträge nicht nur beim DGB, sondern auch beim britischen TUC oder dem US-amerikanischen AFL – CIO zwingen zu drastischen Sparmaßnahmen, die auch bei den internationalen Vereinigungen zu knappen Kassen führen. Deswegen ist die personelle Ausstattung internationaler Gewerkschaftsgremien geringer als oftmals angenommen wird. Häufig hat ein Berufssekretariat nicht einmal ein Dutzend Beschäftigte und damit weniger als eine durchschnittliche Verwaltungsstelle der IG Metall. Der IBFG hat nach gewaltigen Sparmaßnahmen deutlich weniger als hundert Beschäftigte.

Die grenzübergreifende Arbeit muß deshalb zum einen stärker durch die ehrenamtliche Ebene und zum anderen in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen getragen werden. Dies ist in der Theorie leicht gesagt. Noch immer gibt es in der Praxis große Vorbehalte zwischen den Hauptamtlichen in den internationalen Abteilungen und den Vertretern der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen. Diese beruhen z.T. auf jahrzehntelangen ideologischen Grabenkämpfen. Man kann schon von tradierter Skepsis bis Abneigung sprechen. Gerade die großen DGB-Gewerkschaften jedoch haben in den letzten Jahren für eine Entkrampfung ihres Verhältnisses zu den oftmals jenseits der Beschlußlage stehenden Soligruppen gesorgt, weil internationale Gewerkschaftskooperation nicht nur die Sache der »Abteilung Vorsitzender« sein kann.

Internationale Solidarität – ein Auslaufmodell?

Im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren ist die Spezies der solidarischen Mitglieder allerdings derart vom Aussterben bedroht, daß sie ganz oben auf die rote Liste der bedrohten Arten gehört. Brigaden, die in Nicaragua Brunnen bauten, Komitees, die sich gegen das Apartheidsregime in Südafrika stellten, die gegen Diktatoren in Lateinamerika kämpften, können ihre Arbeit nur als Restbestand fortsetzen. Obwohl es auch in den neunziger Jahren einen dringenden Bedarf an Solidaritätsarbeit gibt – schließlich steht in einigen Ländern Osteuropas die Dritte Welt vor der Tür – konnten die Gewerkschaften bislang nur unzureichend mobilisieren. In einem der grausamsten Kriege, den Europa je gesehen hat, im ehemaligen Jugoslawien, waren die meisten Gewerkschaften und deren Mitglieder ratlose und untätige Zuschauer. Warum gab und gibt es keine gewerkschaftliche Soligruppe, die sich die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im ehemaligen Jugoslawien auf ihre Fahne geschrieben hat? Wo sind die Camps der Gewerkschaftsjugend in Mostar, in Sarajewo?[4] Die einzige Ausnahme sind einige in der IG Metall organisierte »jugoslawische Metaller«, die sich in der Gruppe »Most« (Die Brücke) zusammengeschlossen haben. Sie bemühen sich seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Ex-Jugoslawien um praktische Hilfe und um einen Dialog zwischen allen beteiligten Gruppen.

Der Grund für das mangelnde Engagement liegt z.T. darin, daß dieses nicht nachdrücklich von den Gewerkschaftszentralen forciert wird. Zudem sind deren internationale Abteilungen unterbesetzt. In den kleinen Arbeitnehmerorganisationen haben die dort tätigen KollegInnen meistens auch noch andere Zuständigkeiten. Aus diesen Gründen ist die Zusammenarbeit mit Organisationen wie Pro Asyl oder Amnesty International, die sich ebenfalls für die weltweite Verteidigung der Grund- und Menschenrechte einsetzen, für die Gewerkschaften wichtiger denn je.

Anmerkungen:

1 Auf den kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbund (WGB) soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Er ist seit 1990 in die Bedeutungslosigkeit versunken.

2 z.B. Afrikanische Regional Organisation AFRO, Asiatische und Pazifische Regional Organisation APRO und Inter-Amerikanische Regional Organisation ORIT

3 Aktuelle Informationen im Internet unter www.cleanclothes.org.

4 Als der DGB-Abteilung »Jugend« vor drei Jahren die Einrichtung eines Jugendzentrums für Bosnier und Kroaten in Mostar vorgeschlagen wurde, antwortete der zuständige Referent mit einem umfassenden Fragenkatalog. In diesem wurden so viele mögliche Hindernisse und Probleme aufgeworfen, daß die Realisierung wie ein Titanenwerk klingen mußte. Die massiven Bedenken verhinderten ein Engagement schon im Stadium der Idee.

▶ **Peter Scherrer** ist Leiter des Referates »Internationales« bei der Hans-Böckler-Stiftung, dem Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB.

Störaktionen gegen Sozialdumping

▶ Aktionen, mit denen deutsche GewerkschafterInnen ausdrücklich auch für die Rechte ausländischer KollegInnen kämpfen, kommen nicht gerade häufig vor. Umso bemerkenswerter sind die 50 ÖTV-GewerkschafterInnen, die im März 1997 das Anlegemanöver eines Frachters der Oldenburger Portugiesischen Dampfschiffreederei (OPDR) im Hamburger Hafen behinderten. Die Besatzung des Schiffes, das unter der Billigflagge Antiguas fährt, bestand überwiegend aus Seeleuten von den Phillippinen, die für einen Dumping-Lohn von 700 Dollar angeheuert wurden. Die für ihre Methoden berüchtigte OPDR hat die Forderungen der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) nach Tariflöhnen in Höhe von 1600 Dollar bislang ignoriert. Die in der ITF organisierte ÖTV ließ sich dies nicht bieten. Auf Transparenten wurde gefordert: »Für sichere Arbeitsplätze, gegen Umweltzerstörung und Sozialdumping«.

Mit ähnlichen Störaktionen im Hamburger Hafen haben die Gewerkschaftskämpfer allein 1996 insgesamt 22 Tarifverträge für ausländische Besatzungen erstreiten können. Doch weil die Seeleute oft nach kurzer Zeit abmustern und sie auch einen unsicheren arbeitsrechtlichen Status haben, fangen die nachfolgenden Besatzungen immer wieder erneut mit Billiglöhnen an. Deswegen können die Gewerkschaftsaktionen nach eigener Einschätzung das Sozialdumping nicht verhindern, nur etwas aufhalten.

(Infos: taz Hamburg, 12.3.97)

Rassismus in US-Gewerkschaften und die Folgen der Standortkonkurrenz in Lateinamerika

▶ Sind Gewerkschaften geeignete Organisationen für den Kampf gegen Rassismus? Sind sie als soziale Bewegung wiederzubeleben, die jenseits des Korporatismus und der Standortlogik agiert? Von solchen Hoffnungen geprägt sind trotz aller Kritik an Politik und Geschichte der US-Gewerkschaften viele der Beiträge des facettenreichen Bandes **Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA**.

In ihrer Einleitung betonen die Herausgeber, daß das Lohnarbeitsverhältnis nicht nur ein Tauschverhältnis am Arbeitsmarkt, sondern auch ein Herrschaftsverhältnis ist: »Zur Verhinderung einer einheitlichen Frontstellung der Beschäftigten gegen die Unternehmensleitung versuchen die Unternehmen, einzelne Gruppen von Beschäftigten gegeneinander auszuspielen.« In vielen Unternehmen sei jedoch die rassistische Aufspaltung des innerbetrieblichen Arbeitsmarktes weniger Folge einer bewußten Strategie, als vielmehr die Anpassung an »jeweils vorherrschende gesellschaftliche Gepflogenheiten«, sprich den alltäglichen Rassismus. Zu dem könne »die Schwierigkeit, das Arbeitskräfteangebot knapp zu halten, (...) als strukturelle Ursache erklären, warum Gewerkschaften, trotz anderslautender Bekenntnisse, Ausgrenzung praktizieren.« Dies ging bereits zur Entstehungszeit der Gewerkschaften zu Lasten stigmatisierter Gruppen und Minderheiten.

Die ersten beiden Beiträge greifen bei der Darstellung des rassistischen Charakters der (weißen) Gewerkschaften bis ins 19. Jahrhundert zurück. Deren Ideologie der 'Whiteness' beinhaltete nicht nur, daß Farbige keine Mitglieder dieser führenden Gewerkschaften werden durften. Sie wurden darüber hinaus aktiv durch Streiks, Vereinbarungen mit Unternehmensführungen usw. vom Arbeitsmarkt gedrängt. Dabei waren offenbar die um die Jahrhundertwende zu den mächtigsten zählenden Eisenbahnergewerkschaften auch die rassistischsten.

Während einige Beiträge gegenüber dem institutionalisierten Rassismus der organisierten Arbeiterschaft durchgehend kritisch bleiben, suchen andere AutorInnen nach positiven Ausnahmen und Ansätzen übergreifender Solidarität. Dazu zählt die Widerlegung von Vorurteilen, die ImmigrantInnen aus Asien und Lateinamerika jeweils als homogene Gruppen begreifen und behaupten, diese seien gewerkschaftlich nicht organisierbar. Beispiele sollen das Gegenteil belegen: ImmigrantInnengruppen werden sogar als »Schlüssel für die Wiederbelebung der bereits tot geglaubten Arbeiterkultur betrachtet«. Für die Organisierung der einzelnen Gruppen sei es jedoch notwendig, nicht nur die implizit und explizit ausschließenden Praktiken innerhalb der Gewerkschaften aufzugeben, sondern auch an deren spezifische Lebenssituation und deren eigene Organisationen (z.B. das Latino Workers Center in NY) anzuknüpfen.

Einem »Bündnis von Unten«, das nicht entlang der 'color line' gespalten ist, stehen indes auch Haltungen auf Seiten der vom Rassismus Betroffenen im Wege. So werden die beiden Hauptvarianten ethnischer Identitätspolitik auf Seiten der 'afroamerikanischen Gemeinschaft', nämlich der Integrationismus und der schwarze Nationalismus kritisiert. Beiden sei gemeinsam, daß ihnen »eine wie auch immer definierte Rasse« als wichtigste Strukturgröße der Gesellschaft gilt. Dies führe zu einer Politik der symbolischen Repräsentation durch Mitglieder der »privilegierten, elitären Sektoren der schwarzen Mittelklasse« und zur Abgrenzung gegenüber anderen unterdrückten Gruppen.

Einem »Bündnis von unten« stehen auch die vom Rassismus Betroffenen im Weg

Sollte es in Zukunft dennoch gelingen, Schritte zu einer gewerkschaftlichen Organisierung jenseits von ethnisch definierten Gruppen zu unternehmen, wäre damit aber ein grundsätzliches Dilemma von Gewerkschaften nicht gelöst, das die meisten Beiträge des insgesamt vielschichtigen und interessanten Aufsatzbandes berühren. Es ist dies die Rolle, die Gewerkschaften bei gesellschaftlichen Veränderungen spielen sollen. In der Einleitung der Herausgeber heißt es dazu: »Multikulturelle Solidarität (kann sich) vor allem dann entfalten, wenn sie auch auf eine Veränderung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse abzielt. Insofern sind Betrieb und Gewerkschaft zentrale Orte, an denen Rassismus, ethnische Unterdrükkung und Nationalismus nicht nur in Worten, sondern auch praktisch bekämpft werden können – und müssen«. Was aber, wenn die Anerkennung der Gewerkschaften durch Staat und Kapital seit dem New Deal der 30er Jahre gerade darauf zurückgeht, daß sie den Kapitalismus nicht mehr in Frage stellen?

▶ Diese grundsätzliche Frage stellt sich auch für die Zukunft von Gewerkschaften in Lateinamerika. In dem Sammelband **Bruch der Arbeitsbeziehungen in Amerika**, befassen sich zehn länderspezifische Artikel mit den Ausprägungen dessen, was vom Herausgeber Manfred Wannöffel als »gemeinsames supranationales Phänomen« bezeichnet wird – nämlich die »nationale Anpassung an die externen Bedingungen des Weltmarkts«. Die Beiträge, fast alle von Mitarbeitern der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung aus den einzelnen Ländern verfaßt, gehen davon aus, daß die international unter dem Konkurrenzdruck geführte Standortpolitik in den 90er Jahren zu Lasten der Arbeitnehmerschaft geht und tendenziell gleiche Arbeitsbedingungen in ganz Amerika schafft.

So gelte für ganz Lateinamerika, daß sich der Umbruch der Arbeitsbeziehungen im Prozeß der Transformation vom Modell der Importsubstitution zum Modell der exportorientierten Modernisierung vollziehe. Das Ziel der neoliberalen Umgestaltung sei die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse allein über den Markt. Und das bedeute – so eine Grundthese des Bandes – für die in Lateinamerika traditionell sehr staatsfixierten Gewerkschaften, daß sie mit den Privatisierungen und dem Verlust staatlicher Souveränität gegenüber dem Weltmarkt ihren Hauptadressaten von Forderungen, den Staat, verloren haben. Gleichzeitig seien sie weder für den betrieblichen Kampf gewappnet, noch in der Lage zu einer über den nationalen Rahmen hinausgehenden Zusammenarbeit. Gerade diese wird aber von den meisten Autoren gefordert.

Zwar sollte von den einzelnen Aufsätzen nicht unbedingt eine umfassende Analyse der Globalisierungsmerkmale – wie etwa dem an mancher Stelle allzu allgemein konstatierten Bedeutungsverlust des Nationalstaates – erwartet werden. Dennoch gibt der Band Anstöße nicht nur zur Analyse von globalen sozialen Entwicklungen, sondern auch zur Frage nach den Möglichkeiten, sich diesen zu widersetzen. Bei letzteren geht es jedoch weniger um eine grundlegende Ablehnung, als vielmehr um die Teilnahme »an der politischen Debatte über die Perspektiven gewerkschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten der ökonomischen Globalisierung« – so heißt es im Vorwort des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte. *HW*

▶ *Boy Lüthje, Christoph Scherrer (Hrsg.): Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA. Verlag Westfälisches Dampfboot 1997, 309 S., DM 42,-*

▶ *Manfred Wannöffel (Hrsg.): Bruch der Arbeitsbeziehungen in Amerika, Verlag Westfälisches Dampfboot, 1996, 243 S., DM 44,-*



Foto: R. Maro/version

Verzicht auf Kinderarbeit?

► Können Sozialklauseln die Situation von Kindern in Entwicklungsländern verbessern, oder dienen sie den Industrieländern lediglich als Mittel im Kampf gegen Billigkonkurrenz? Die Fronten in diesem Streit verlaufen quer durch die entwicklungspolitischen Lager. Die einen behaupten, Kinderarbeit sei eine Folge der Armut. Eine wettbewerbsfähige Exportindustrie würde Devisen erwirtschaften und langfristig dazu führen, daß Löhne und soziale Standards automatisch steigen. Dazu müsse jedoch die Kinderarbeit vorläufig toleriert werden. Eine Sozialklausel sei vor diesem Hintergrund ein Handelshemmnis. Die anderen argumentieren, Kinderarbeit sei auch Ursache der Armut, weil den Kindern durch den Zwang zu arbeiten die Chance auf Bildung und Ausbildung genommen werde. Der Teufelskreis von Armut und Kinderarbeit könne aber nur durch Bildung von Humankapital erreicht werden, und dazu sei ein Verbot der Kinderarbeit nötig.

In seinem Buch **Mit Sozialkauseln gegen Kinderarbeit?** stellt Daniel Haas den Stand der Debatte dar und untersucht die Argumente am Beispiel der indischen Teppichindustrie. Im theoretischen Teil werden dabei die Schwierigkeiten der Untersuchung schnell deutlich: Wo hört die Mithilfe in der Familie auf, und wo fängt Kinderarbeit an? Trotz der Fülle von Studien steht kaum verläßliches Datenmaterial darüber zur Verfügung, wo in den tausenden von verstreut liegenden Knüpfbetrieben wieviele Kinder in welchem Alter unter welchen Bedingungen arbeiten. Die meisten Studien verwenden daher Schätzwerte. Trotzdem kann Haas die These widerlegen, daß eine Stärkung der Exportwirtschaft automatisch bessere Sozialstandards mit sich bringe. Er kommt vielmehr zu dem Ergebnis, daß die Kinderarbeit der indischen Teppichindustrie auf dem Weltmarkt kaum Wettbewerbsvorteile bringt. Daß die indische Regierung und nichtstaatliche Organisationen wie Gewerkschaften eine Sozialklausel zum Schutz der Kinder trotzdem ablehnen, läßt sich zum Teil mit Nationalstolz erklären; außerdem werden den Befürwortern von Sozialklauseln protektionistische Interessen unterstellt.

Als Alternative zu einer Sozialklausel stellt Haas deshalb die Einführung eines Warenzeichens (z.B.«Rugmark« oder »Kaleen«) für Teppiche vor, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Kritiker dieser Variante bemängeln jedoch, daß eine Überwachung der Produktion nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Es sind lediglich Stichproben möglich. Trotzdem plädiert Haas dafür, praktikable Warenzeichensysteme zu entwickeln und durch sozialpolitische Maßnahmen zu flankieren, denn seine Analysen der Teppichindustrie bestätigen die Vermutung, daß die Armut ohne einen Verzicht auf die Kinderarbeit langfristig nicht zu beseitigen ist.

Haas fällt indes kein eindeutiges Urteil über Sozialklauseln. So mußte beispielsweise der Iran in der Teppichbranche erhebliche Absatzeinbußen auf dem Weltmarkt hinnehmen, nachdem ein Verbot der Kinderarbeit durchgesetzt wurde, allerdings parallel zu einer allgemeinen Lohnsteigerung. Hier hätte eine internationale Sozialklausel eventuell verhindern können, daß einem einzelnen Land Wettbewerbsnachteile durch Verzicht auf Kinderarbeit entstehen. Der Autor ist jedoch der Meinung, daß sich diese Schlußfolgerung nicht unbedingt auf die indische Teppichproduktion übertragen lasse. So kommt er zu dem Schluß, daß sich die Frage, ob soziale Mindeststandards einen Verlust für die nationale Wettbewerbsfähigkeit bedeuten, wenn sie international durchgesetzt werden, nicht allgemeingültig beantworten läßt. Eindeutig ist aber Haas' Urteil, daß Teppichkäufer mit dem Erwerb eines von Kindern hergestellten Teppichs deren Ausbeutung, nicht aber die Entwicklung eines Landes unterstützen.

Die Arbeit zeigt anschaulich die Vielschichtigkeit des Problems hinter den Fassaden der wirtschaftsideologisch geprägten Argumente für oder gegen Sozialklauseln. Haas läßt sich durch die dramatische Lage der Kinder und ihrer Arbeitsbedingungen nicht zur vorschnellen Befürwortung einer Sozialklausel hinreißen, sondern bleibt aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse skeptisch.

Kristina Tschenett

► *Daniel Haas: Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion, LIT Verlag 1998, 152 S., 39,80 DM*

Kleinkredite für Khannawallis

Frauenselbstorganisation jenseits traditioneller Gewerkschaften

von **Birgit Schößwender** und **Christian Stock**

Die Gewerkschaften vieler Dritte-Welt-Länder kümmern sich aufgrund äußerer Zwänge oder mangelnder Einsicht kaum um die spezifischen Probleme von Arbeiterinnen. Insbesondere die Frauen aus dem informellen Sektor sind daher auf Selbstorganisation angewiesen. Die vielerorts entstandenen basisdemokratischen Gruppen kämpfen nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen.

► Frauen tragen in nahezu allen Dritte-Welt-Ländern ganz erheblich zur Wirtschaftsleistung bei. Das Einkommen im informellen Sektor – der staatlich nicht registrierten und anerkannten Schattenwirtschaft – wird nach übereinstimmenden Schätzungen in Südamerika, der Karibik und Westafrika zu 70 bis 90 Prozent von Frauen erwirtschaftet. Auch im formellen, offiziellen Sektor ist der Frauenanteil oftmals überproportional. In den Exportfabriken Lateinamerikas – den sogenannten maquilas, in denen Textilien, Autoradios oder elektronische Bauteile für den Weltmarkt produziert werden – reicht er von 60% (Dominikanische Republik) bis 90% (Nicaragua).[1] Doch in den traditionellen Gewerkschaften und sonstigen Arbeitnehmerorganisationen sind Frauen nicht nur in den Führungsgremien, sondern auch bei der Mitgliedschaft weit unterrepräsentiert, wie übereinstimmend aus den einzelnen Ländern berichtet wird (vgl. auch die folgenden Beiträge).

Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen haben Gewerkschaften aufgrund staatlicher Restriktionen oder mangelnden Engagements oftmals keinen Zugang zu Wirtschaftsbereichen, in denen Frauen vorrangig tätig sind. Dies gilt nicht nur für den informellen Sektor, der aufgrund seiner hohen Fluktuation und der großen Rechtsunsicherheit ohnehin schwer organisierbar ist, sondern auch für die maquilas. Diese sind nicht selten in Freien Produktionszonen angesiedelt, in denen selbst rudimentäre gewerkschaftliche Rechte wie Vereinigungsfreiheit außer Kraft gesetzt sind.

Zum anderen sehen sich Frauen von Gewerkschaften nicht angemessen vertreten. Viele Gewerkschaften in Dritte-Welt-Ländern sind ausgesprochen staatsfixiert, haben vor allem die »große« Politik im Auge und argumentieren dementsprechend standortorientiert. Die spezifischen Probleme und Ausbeutungsverhältnisse von Frauen wie sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz oder die Doppel- und Dreifachrollen als Arbeitende, Hausfrauen und Mütter werden in den männerdominierten Gewerkschaften kaum wahrgenommen. Zudem grenzen die üblichen gewerkschaftlichen Organisationsformen Frauen oftmals aus, weil diese z.B. während der abendlichen Treffen die Familie versorgen müssen.

Vor diesem Hintergrund entstanden in jenen Ländern, die Frauen wenigstens ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Autonomie zugestehen, gewerkschaftsähnliche Selbstorganisationen der Arbeiterinnen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie sich nicht nur auf rein arbeitsweltliche Fragen oder auf Lohnkämpfe beschränken, sondern auch das gesamte Lebensumfeld der Frauen wie Familie und Haushalt einbeziehen. So werden die Mitglieder nicht nur bei arbeitsrechtlichen, sondern auch bei gesundheitlichen Problemen beraten. Auch über allgemeine Frauenrechte – etwa im Falle eines sexuellen Mißbrauchs – wird aufgeklärt.

Ein wichtiges Vorbild für Frauenorganisationen weltweit ist die Self-Employed Women's Association (SEWA) im indischen Ahmedabad. In Indien reicht die Organisierung von Frauen bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts zurück, als sie innerhalb der nationalistischen Befreiungsbewegung eine wichtige Rolle einnahmen. Die Frauenorganisationen, die sich im Umfeld der Befreiungsbewegung entwickelt hatten, waren allerdings sehr stark von oberen Kasten dominiert und hatten den Charakter von rein karitativen Wohltätigkeitsvereinen. Nach der Unabhängigkeit wurden die Frauen zudem rasch in den häuslichen Bereich zurückgedrängt.

Seit den 70ern sind aufgrund der Unzufriedenheit mit dieser Situation völlig neue basisdemokratische Frauenorganisationen entstanden, die eine Selbstorganisation der Ärmsten anstreben.[2] Die 1972 gegründete SEWA ist die älteste dieser Organisationen. Ursprünglich gehörte SEWA zur Frauensektion der von Gandhi gegründeten Textile Labour Association (TLA), die sich jedoch eher zugunsten von Ausbildungsprogrammen für entlassene Arbeiterinnen engagierte als für deren Rechte.

Die Entstehung von SEWA löste eine weitreichende Debatte über Gewerkschaften und Arbeitsrechte für Frauen im informellen Sektor aus. Als 1981 Kastenunruhen im Bundesstaat Gujarat ausbrachen und Arbeiterinnen und Händlerinnen der untersten Kasten nicht mehr wagten, ihre Arbeit fortzusetzen, verfolgte die TLA eine Linie der »Nichteinmischung«, mit der sie sich de facto auf die Seite der oberen Kasten stellte. Die SEWA wurde aus der TLA und der National Labour Organisation ausgeschlossen.

Trotz der feindlichen Einstellung der TLA und ihrer Boykott-Versuche gründete die SEWA eine eigene Bank, die auf die Bedürfnisse der Frauen aus dem informellen Sektor zugeschnitten war. Damit wirkte sie am Wandel des ganzen Bankenwesens Indiens mit, das nun zunehmend die Armen als neue Klientel wahrnahm. Einige Monate später erreichte die SEWA den Gewerkschaftsstatus für Arbeiterinnen im informellen Sektor. Ihre Mitgliedskarte wurde durch die Polizei anerkannt, was für die Straßenhändlerinnen, die häufig von Polizisten vertrieben worden waren, eine große Erleichterung darstellte. Auch für Heimarbeiterinnen setzte SEWA einen rechtlichen Schutz durch. Ein Höhepunkt der Arbeit wurde erreicht, als die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) im Jahr 1995 auf Betreiben der SEWA eine Konvention über Heimarbeit annahm und somit die vormals unsichtbare Heimarbeit auch auf internationalem Parkett thematisiert wurde.

Unbürokratische Kredite ...

► Ein zweites Beispiel der neuen Generation indischer Frauenorganisationen ist die Annapurna Mahila Mandal (AMM). Sie konzentriert sich im Gegensatz zur SEWA auf eine bestimmte Gruppe der Frauen im informellen Sektor: die Khannawallis. Dies sind Frauen, die die meist männlichen Arbeitsmigranten in den großen Städten mit billigen Mahlzeiten versorgen. So basiert z.B. die Textilindustrie Bombays mit ihren vielen zugewanderten Arbeitskräften ganz wesentlich auf der Zuarbeit durch die Khannawallis. Aufgrund dieser engen Verbindung waren die Frauen stark von Arbeitskämpfen betroffen, während derer die Arbeiter kein Geld mehr für die Mahlzeiten hatten. In diesen Krisenzeiten konnten sich die Khannawallis eigentlich nur durch die Kleinkredite über Wasser halten, die von privaten Geldverleihern zu betrugsähnlichen Bedingungen gewährt wurden. In den Genuß der niedrigeren Zinssätze, die staatliche Banken anderen Armutsgruppen zugestanden, kamen die Frauen nur selten, da die Banken sie nicht als geschäftsfähig ansahen und ihre Tätigkeit nicht als Kleinhandel anerkannt war. Um günstige Kredite zu erhalten, war die Bildung größerer Gruppen notwendig – ein



Foto: L. Cruz/version

Die Organisierung der Unorganisierten? – Straßenhändlerin in Chile

Schritt, der zunächst nur mit Hilfe der Strukturen der Kommunistischen Partei erreicht werden konnte. Diese Gruppenbildung war der Beginn der autonomen Selbstorganisation, die schließlich 1983 zur Gründung der AMM führte.

Inzwischen sind in Bombay beinahe alle Khannawallis in der AMM organisiert, die ihre Strukturen weiterhin auf der Graswurzelebene aufbaut. Die Bedürfnisse der Mitglieder in den Auseinandersetzungen um Wucherzinsen, Diskriminierung oder Gewalt stehen dabei im Vordergrund. Die Umstrukturierungsprozesse der Textilindustrie machen es zudem notwendig, daß die Khannawallis sich auf neue Betätigungsfelder umorientieren. Die AMM besitzt mittlerweile drei Gebäude, in denen berufliche Weiterbildungsprogramme für die Frauen und ihre Töchter angeboten werden. Wie die SEWA hat die AMM vor einigen Jahren eine eigene Bank gegründet, die bei der Vergabe von Krediten erheblich unbürokratischer als normale Banken vorgeht. Ihre mittlerweile gesicherte finanzielle Lage ermöglicht es, daß nun auch Nicht-Khannawallis Kredite erhalten.

... für freie Unternehmerinnen?

► Die Erfolge dieses Typus unabhängiger Frauenorganisationen wurden auch in den westlichen Entwicklungshilfeministerien und in den internationalen Organisationen bemerkt. Ende der 80er Jahre startete beispielsweise die IAO mit Unterstützung der dänischen Regierung mehrere Projekte, um Heimarbeiterinnen in verschiedenen Ländern Asiens nach dem ausdrücklichen Vorbild der SEWA zu organisieren.[3] Die Lage der Heimarbeiterinnen ist nicht nur in diesen Ländern besonders prekär: Sie arbeiten voneinander isoliert zu Hause, was eine Organisierung erschwert. Sozialleistungen oder arbeitsrechtliche Absicherung existieren so gut wie gar nicht. Hinzu kommt, daß viele Heimarbeiterinnen keine formale Bildung haben und des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind. Zu ihrer Unterstützung wurden zunächst in Thailand, später auch auf den Philippinen und in Indonesien Forschungsprojekte und Kampagnen initiiert. Sie arbeiteten den entstehenden Ablegern der SEWA wie z.B. PATAMBA (Philippinen) oder YPP (Indonesien) zu.

Die Selbstorganisation ist mit neoliberalen Dogmen vereinbar

Die IAO-Pilotprojekte verdeutlichen die Gefahren, die es mit sich bringt, wenn Frauenorganisation nicht ausschließlich selbstinitiiert, sondern von außen angestoßen wird. So werden von der IAO, die ihre Projekte immer mit den jeweiligen nationalen Regierungen, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften abstimmen muß, nicht nur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen angestrebt, sondern ausdrücklich auch Produktivitäts- und Beschäftigungsförderung. Es wird argumentiert, daß höhere Löhne den Beschäftigungseffekt der Heimarbeit, die für die Gruppe der Armen unverzichtbar sei, nicht beeinträchtigen dürfen. Diese doppelte Zielvorgabe bringt zwangsläufig den Verzicht auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Arbeitsbedingungen für Heimarbeiterinnen mit sich. Die Verbesserungen bleiben bescheidener Natur und die politische und wirtschaftliche Dimension der gesellschaftlichen Bedingungen für Heimarbeit wird zugunsten der Beschränkung auf pragmatische Forderungen an einzelne Unternehmen ausgeblendet.

Ein weiterer problematischer Aspekt – der nicht nur für die IAO-Projekte zutrifft – ist die ausdrücklich angestrebte Förderung von selbständigem Unternehmerinnentum durch viele Frauenorganisationen. Ähnlich wie bei den Existenzgründerzentren in der BRD stehen Aktivitäten wie Kreditvermittlung und Beratung in Marketing- und Managementfragen im Vordergrund, wenngleich sie auf die Situation von benachteiligten Frauen aus dem informellen Sektor zugeschnitten sind. Dies erklärt, warum die Frauenselbstorganisation von vielen Regierungen – etwa in Indien oder Südafrika – durchaus wohlwollend gesehen wird und sie mit neoliberaler Ideologie vereinbar ist: Statt die staatliche Wirtschaftspolitik oder die gesamte Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen, wird den Frauen die Verantwortung für die Schaffung besserer Lebensumstände selbst in die Hände gelegt. Ihr Verhandlungsgeschick und Geschäftssinn entscheidet von nun an über ihren Erfolg.

Doch solche eher theoretischen Bedenken interessieren die sich organisierenden Frauen wenig. Ihnen geht es um die konkrete Verbesserung ihrer Bedingungen und um die Bildung einer gemeinsamen Identität. In vielen Fällen wurden von ihnen allein aufgrund der Tatsache, daß sie ihr Schicksal nicht mehr wehrlos ertragen, gesellschaftliche Veränderungsprozesse angestoßen. So gelang es der AMM, nicht nur die allgemeine Unterdrückung einer Kasten- und Klassengesellschaft anzuprangern, sondern auch über frauenspezifische Probleme wie die diskriminierenden Mitgift-, Abtreibungs- und Mißbrauchspraktiken eine breite Debatte in der indischen Öffentlichkeit zu initiieren.

Anmerkungen:

1 vgl. Infoblatt des Ökumenischen Büros München, Nr. 32, Juli 1997, S. 21

2 vgl. Dina Abbott, Who else will support us? How poor women organise the unorganisable in India, in: Community Development Journal, Vol. 32, No.3, 1997, S. 199-209

3 vgl. Die Welt der Arbeit, Zeitschrift der IAO, Nr. 12, 1995, S. 12-14

► **Birgit Schößwender** ist Mitarbeiterin des Süd-Nord-Ladens in Freiburg. **Christian Stock** arbeitet beim **iz3w**.

Ignoranter Klassenkampf
Frauen in den Maquilas

von Gabi Fischer

Gewerkschaften organisieren gewöhnlich Lohnkämpfe oder kümmern sich um das Arbeitsrecht. Die Arbeiterinnen in den Maquila-Fabriken jedoch haben eine ganz spezielle Arbeits- und Lebenssituation, die in das Selbstverständnis der Gewerkschaften bislang keinen Eingang gefunden hat. Deren machistische Strukturen bilden im Gegenteil einen Teil der Probleme, die der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Wege stehen.

► Laut dröhnt Salsamusik aus der Stereoanlage des verbeulten roten Autos am Straßenrand. Lässig lehnen drei Männer an der offenen Wagentür und rauchen. An den Seiten der Schotterstraße hin zu den Fabriktoren des Industrieparkes ZIP Choloma im Norden von San Pedro Sulas in Honduras hat sich ein Verkaufsstand nach dem anderen aufgereiht. Von gegrillten Maiskolben über Kleidung bis hin zu Spiegeln mit goldenem Rahmen wird alles angeboten. Auch auf den Bänken vor den Kiosken sitzen die Männer mit weit aufgeknöpftem Hemd und Bierflasche in der Hand. Die männliche Präsenz ist an diesem Freitagnachmittag auffallend. Sie warten, denn Freitag ist Zahltag.

17 Uhr. Aus den Fabriktoren strömen die Arbeiterinnen heraus. Uniformierte Wächter kontrollieren die kleinen Plastikschildchen der Frauen. Nur wer dieses Schildchen trägt, darf den Park betreten und ihn wieder verlassen. Während die einen an dem Wächter vorbei nach draußen strömen, steht bereits eine Schlange von Frauen vor dem Fabriktor nach Arbeit an. Choloma schafft Arbeitsplätze für Frauen der ganzen Region.

Das Geld gehört dem Mann

► Die Frauen, die die ganze Woche in den Maquila-Fabriken gearbeitet hatten, haben heute ihr spärliches Gehalt bekommen. »Die meisten Arbeiterinnen müssen das Geld gleich an den Mann abgeben«, erklärt uns Maritza, Mitarbeiterin der Frauenorganisation Colectiva de Mujeres Hondureñas (CODEMUH), den Grund für die große Zahl wartender Männer. »Denn es herrscht hier immer noch das ungeschriebene Gesetz: Egal, wer das Geld in die Familie bringt, es gehört dem Mann.« Die Vermutung liegt nahe, daß für die Ernährung der Kinder nicht mehr viel vom Lohn übrig bleiben wird.
Das Argument, die Frauen verdienten selbst Geld und würden dadurch auch selbständiger und von ihren Männern unabhängig, widerlegen die Frauen selbst. »Ich habe weder mehr Geld zur Verfügung, noch hat sich in der Familie etwas geändert«, erzählt eine Arbeiterin. Unter der machistischen Gesellschafts- und natürlich auch Familienstruktur haben sie nach wie vor zu leiden. »Es ist nicht selten, daß Männer ihre Arbeit aufgeben, weil ja die Frauen in den Maquilas Arbeit haben«, fügt Maritza an. Die Frauen tragen dann nicht nur die doppelte Belastung, sondern auch die doppelte Verantwortung.
An diesem Freitagnachmittag hat für die Arbeiterinnen aus Choloma das Wochenende noch nicht begonnen. Am Samstag wird gearbeitet wie an allen anderen Wochentagen auch, allerdings nur bis 14 Uhr. Es kann natürlich auch vorkommen – und es kommt oft vor –, daß auch am Samstag Überstunden von den Arbeiterinnen verlangt werden. Wer sich dazu nicht bereiterklärt, wird entlassen. Nur der Sonntag ist frei. Frei heißt, die Frauen haben Zeit, stundenlang am Fluß zu stehen, um die Wäsche zu waschen und die restlichen, während der Woche angefallenen Haushaltsverpflichtungen zu erledigen. Diese permanente Belastung läßt ihnen weder Zeit noch Kraft, sich um sich selbst zu kümmern, sich über ihre Situation klar zu werden oder sich mit anderen Frauen darüber auszutauschen, wie und ob eine Veränderung ihrer Lage möglich ist.

»Es ist schwierig, die Frauen zu erreichen«, sagt Maria Luisa, Koordinatorin von CODEMUH. »In den Fabriken können wir keinen Kontakt zu ihnen aufnehmen, weil jeder Verdacht von Gewerkschaftsorganisation mit Entlassung gestraft wird. Die einzige Möglichkeit ist, die Frauen zuhause aufzusuchen oder ihnen einen Raum zu bieten, in dem sie sich treffen können.« CODEMUH hat deshalb in Choloma, wo viele Arbeiterinnen leben, ein Haus gemietet. Das hat auch den Vorteil, daß die Frauen nach der Arbeit und am Wochenende kommen können, ohne einen weiten Weg und damit zusätzliche Belastung auf sich nehmen zu müssen.

Die Räume dort sind spärlich eingerichtet. Außer ein paar Stühlen und Tischen und einer Wandtafel ist wegen fehlender Mittel keinerlei Ausstattung vorhanden. An diesem Freitag abend kommen rund 20 Frauen. Nur langsam fangen sie an zu erzählen. Wie schmerzhaft es für viele ist, ihr Dorf fernab von San Pedro Sula zu verlassen und die Familie zurückzulassen, um in der Maquila arbeiten zu können. Wie schwierig es ist, die Kinder während der Arbeitszeit zu versorgen, wenn sie für eine Betreuung ein Viertel ihres Monatslohnes bezahlen müßten.

Mit viel Feingefühl schafft es Maria Luisa, das Eis bei den Frauen zu brechen. Sie erzählen von Beschimpfungen der VorarbeiterInnen in den Fabriken, von der schlechten medizinischen Versorgung, von dem teuren Essen. Toilettenpapier müssen sie selbst mitbringen, Kaugummis zu kauen ist verboten und für jedes Lachen werden sie gerügt. Und durch den Konkurrenzdruck der Akkordarbeit werden die Frauen gegeneinander ausgespielt.

Für die Frauen ist es nicht alltäglich, von ihren Problemen erzählen zu können. »Wir wollen den Frauen nicht sagen, was sie tun müssen, um ihre Situation zu verbessern. Wir wollen den Frauen erst einmal eine Möglichkeit bieten, sich auszusprechen, um sie dann in ihren Forderungen zu unterstützen«, erklärt Maria Luisa die Philosophie von CODEMUH. Sie arbeiten mit Promotorinnen auch in anderen Stadtteilen. Die Promotorinnen sind überwiegend Frauen, die selbst in Maquilas gearbeitet haben. Ziel ist es, eine Vertrauensbasis herzustellen, um dann Bewußtseinsarbeit leisten zu können. Dabei geht es um Selbstbestimmung, die Kenntnis der Rechte der Frauen und die Entwicklung von Strategien, wie sie durchgesetzt werden können.

Der physische und psychische Druck wächst, ...

► Die Arbeitsweise von CODEMUH ist bezeichnend für viele Frauenorganisationen Mittelamerikas, die mit Maquila-Arbeiterinnen arbeiten. Auch die nicaraguanische Frauenorganisation Maria Elena Cuadra (MEC), die sich für die Verbesserung der Situation von Arbeiterinnen und arbeitslosen Frauen einsetzt, sucht den Kontakt vor allem außerhalb der Betriebe. Ligia, die die Arbeit mit den Maquila-Frauen koordiniert, ist in der Stadt Tipitapa nahe Managua zu einem festen Bezugspunkt für die dort lebenden Arbeiterinnen geworden. Sie ist nicht nur die Ansprechpartnerin in Sachen Arbeitsrechtsverletzungen, zu ihr kommen die Frauen auch, wenn sie Probleme mit ihren Männern haben, die Kinder krank sind oder sie keine Wohnung mehr haben. Für die Frauen ist es wichtig, eine solche Anlaufstelle zu haben.

Die langen Arbeitstage (bis zu 16 Stunden am Tag), die monotone Akkordarbeit an den Maschinen, die gesundheitliche Belastung durch schlechte Belüftung und mit Chemikalien behandelte Stoffe sowie das Wissen, die

Kinder zu vernachlässigen, den Ansprüchen des Mannes nicht mehr gerecht zu werden – all das führt bei den Frauen oft zu einem physischen und psychischen Druck, dem sie nur schwer standhalten können. Vor allem alleinerziehende Mütter, die den Großteil der in den Maquilas arbeitenden Frauen ausmachen, leiden sehr darunter, sich nicht um die Kinder kümmern zu können. Wenn weder Familie noch Nachbarn aushelfen, sind die Kinder den ganzen Tag auf sich allein gestellt. Eine Arbeiterin aus El Salvador muß wie viele ihrer Kolleginnen ihre sechsjährige Tochter und ihren einjährigen Sohn alleine zuhause lassen. »Meine Tochter hat sich um ihren Bruder gekümmert. Doch als sie die Milch heiß machen wollte, hat sie beim Feuermachen die Hütte in Brand gesteckt«, erzählt die Arbeiterin.

Die Frauenorganisationen versuchen, die gesamte Lebenssituation der Frauen zu berücksichtigen. Sie sollen lernen, sich zu wehren und die Verteidigung ihrer Rechte nicht den Männern zu überlassen. Und das bezieht sich nicht nur auf die Arbeit in der Fabrik.

... während klandestine Männer-Komitees verhandeln

► Die Gewerkschaften hingegen haben eine eingeschränkte Sichtweise. Ihnen geht es vor allem darum, die Frauen in den Betrieben zu organisieren und mit Streiks o.ä. arbeitsrechtliche Forderungen durchzusetzen. Doch sie können die Frauen in den Betrieben nur schwer erreichen; einerseits, weil die Arbeiterinnen Angst vor Entlassungen haben, andererseits aber auch, weil die Frauen keine Zeit haben, nach der Arbeit oder am Wochenende zu Versammlungen in die Gewerkschaftsbüros in die Stadt zu fahren.

Das Vertrauen der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften ist nicht besonders groß. Die Verhandlungen werden von Männern geführt, die sich nur sehr schwer in die Lage einer Arbeiterin hineinversetzen können und denen beispielsweise in Honduras von Arbeiterinnen ähnliches Verhalten wie den Vorarbeitern vorgeworfen wird – nämlich sexueller Mißbrauch.

Die Central Sandinista de Trabajadores (CST), die sandinistische Gewerkschaft in Managua, versucht, durch geheime Komitees (comites clandestinos) die Frauen zu organisieren und zu gemeinsamen Aktionen aufzurufen. Doch als es darum ging, eine Verhandlungskommission zusammenzustellen, wurden 25 Männer aufgestellt und nur eine Frau. Pedro Ortega, der Koordinator der Comites Clandestinos, führt das darauf zurück, daß »Frauen weniger risikobereit sind«. Und er stellt grundsätzlich fest: »Wir machen keine Frauenarbeit, wir machen Klassenkampf.«

Nur langsam erkennen die Gewerkschaften, daß Frauen eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen. Je mehr Maquilas geschaffen werden – und das ist Teil der Wirtschaftspolitik in allen Ländern – desto mehr werden Frauen in den Arbeitsmarkt eintreten. Deswegen muß es Aufgabe der Gewerkschaft sein, ihre Interessen und Forderungen zu vertreten, dabei aber gleichzeitig auf die spezielle Lebenssituation der Frauen Rücksicht zu nehmen.



»Wir machen keine Frauenarbeit, sondern Klassenkampf«

Foto: J. Holst

Sicherlich sind die Gewerkschaften sehr wichtig, um die Situation der Arbeiterinnen in den Maquilas zu verbessern. Während die Frauenorganisationen Bewußtseinsarbeit machen, haben die Gewerkschaften den Vertretungsanspruch bei Verhandlungen in den Betrieben. Sie werden international unterstützt und finanziert. Durch die Unterstützung der Arbeit durch Gewerkschaften aus dem »Norden« gewinnen die Forderungen ein ganz anderes Gewicht. Über den Kontakt zur International Labour Organisation (ILO) in Genf beispielsweise können die Gewerkschaften eine Öffentlichkeit herstellen und Mitspracherecht ausüben.

Doch müssen die Frauen selbst als Verhandlungspartnerinnen auftreten können, denn ihre Forderungen unterscheiden sich bisweilen von denen, die traditionell von Gewerkschaften erhoben werden. Sicherlich geht es den Frauen vor allem darum, daß das nationale Arbeitsrecht eingehalten wird. Doch sind Betriebskindergärten, freie Tage, um mit den Kindern zum Arzt gehen zu können etc. für die Frauen ebenso existentiell, was von den Gewerkschaften jedoch als nachrangig eingestuft wird.

Um diese Forderungen zu realisieren, muß in den Frauen das Selbstbewußtsein wachsen, sich selbst ein- und durchzusetzen. Einige Gewerkschaften, wie die Federación Independiente de Trabajadores Hondureños (FITH) in Honduras, haben die Notwendigkeit erkannt, mit den Frauen zuhause zu sprechen, um sie vor der Gefahr der Entlassung zu schützen und ihnen keine zusätzliche Belastung aufzubürden. Es erscheint aber unerläßlich, daß Frauen noch mehr und vor allem in den oberen Rängen der Gewerkschaftshierarchie präsent sind.

Die Frauenrechtsorganisation Centro de Derechos de la Mujer in San Pedro Sula hat dazu einen ersten Schritt getan. Sie wollen Funktionärinnen der FITH Schulungen in Arbeitsrecht geben und ihnen das beibringen, was man bei uns Führungsstil nennen würde. Diese Frauen sollen sich gegen ihre männlichen Kollegen der Gewerkschaft durchsetzen können und die Kraft und Fähigkeit haben, sich höhere Posten zu erkämpfen.

Die Drohung von Firmen, bei zu weit gehenden Forderungen die Produktion ins Nachbarland zu verlagern, zeigte den Frauenorgansiationen die Notwendigkeit, sich auf zentralamerikanischer Ebene zusammenzuschließen. Im Herbst 1996 gründeten vier Frauenorgansiationen aus Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras das »Netz von Frauen in Solidarität mit den Arbeiterinnen in den Maquilas«. Im April letzten Jahres begannen sie mit einer gemeinsamen politischen Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Ziel ist es, die Maquila-Betreiber dazu zu bringen, einen Ethikkodex zu unterschreiben. Dieser soll unter anderem den Schutz von schwangeren Frauen am Arbeitsplatz, die Bezahlung der Überstunden nach den gesetzlichen Maßstäben, Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz und das Recht auf Sozialversicherung enthalten. Dazu wollen die am Netz beteiligten Gruppen andere Organisationen, Institutionen, aber auch Abgeordnete in ihren Länden dazu bewegen, sich hinter diese Forderungen zu stellen, damit im Falle der Nichteinhaltung gesellschaftlicher Druck auf die Betreiber ausgeübt werden kann. Die Frauengruppen suchen den Kontakt in Gesprächen, lancieren Zeitungsanzeigen und Radiospots, um den Ethikkodex publik zu machen.

In Nicaragua beispielsweise hat die dortige Frauenorganisation auf der Straße 20.000 Unterschriften gesammelt, die die Maquila-Betreiber dazu auffordern, den Ethik-Code zu unterschreiben. Anfang März dieses Jahres hat sich der nicaraguanische Arbeitsminister mit seiner Unterschrift dazu verpflichtet, die Einhaltung des Kodex – erweitert um die Forderung nach Freiheit gewerkschaftlicher Organisation – zu garantieren. Zwar fehlt das Geld hinten und vorne, doch sowohl in Nicaragua als auch in Guatemala sind die Frauen zuversichtlich, daß bis Ende des Jahres je zwei Betreiber unterschreiben werden. Von den Gewerkschaften wird die Arbeit der Frauenorganisationen mit Widerwillen betrachtet, politische Unterstützung leisten sie keine. Denn nach wie vor stehen die Gewerkschaften auf dem Standpunkt, es brauche keinen Ethikkodex, sondern man müsse nur für die Einhaltung der Arbeitsgesetze kämpfen.

► **Gabi Fischer** ist Mitarbeiterin im Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit in München, das die Broschüre *Profit ohne Grenzen. Freie Produktionszonen in Mittelamerika* herausgegeben hat. Bezug: Pariser Str. 13, 81667 München.



Eine neue Organisationskultur: SEWU-Frauen beim regelmäßigen Meeting Foto: J. Bloch

Das Ende der Unsichtbarkeit

Eine Frauengewerkschaft in Südafrika

von **Birgit Morgenrath**

In der südafrikanischen Hafenstadt Durban ist etwas Seltenes entstanden: eine Gewerkschaft ohne Männer, die Straßenhändlerinnen vertreten will. Und trotz zahlreicher Schwierigkeiten wird ihr allmählich immer größere gesellschaftliche Anerkennung zuteil.

► Hunderte Sammeltaxis, Züge und Busse transportieren täglich einen Strom von Schwarzen in die Stadt hinein und in die Townships hinaus. Im »Warwick Triangle«, dem Supermarkt der Armen am Rande des Stadtzentrums sitzt Zodwa Khumalo, um ihre kleingehackten Rinden, Knollen und Wurzeln anzubieten. Die 55-jährige spielt an diesem Platz eine besondere Rolle. Sie kümmert sich um ihre Kolleginnen, und die suchen ihren Rat. Viele Frauen arbeiten nicht nur auf den Bürgersteigen, sondern sie leben auch dort. Tag und Nacht.

Zodwas Zuhause ist ein Wohncontainer im Township Kha Makhutha, ohne Strom- und Wasseranschluß. Das Klagen ist jedoch Zodwas Sache nicht. Fünf Frauen warten auf sie. Auf einem Tisch haben sie Selbstgenähtes ausgebreitet. »Die Frauen haben keinen Platz, um ihre Ware zu verkaufen. Sie müssen von Haus zu Haus gehen. Wir kämpfen jetzt dafür, daß ein Marktplatz angelegt wird.« »Wir«, das sind die Frauen der »Self Employed Women's Union«, SEWU. Wenn diese fünf Näherinnen noch weitere fünf Frauen finden, können Sie eine Ortsgruppe bilden.

Zodwa Khumalo ist seit 1983 Mitglied der SEWU, einer Gewerkschaft, die »survivalists« organisiert – Frauen also, die als Straßenhändlerinnen, Näherinnen, Friseusen, Telefonistinnen und Imbißverkäuferinnen ums tägliche Überleben kämpfen. Viele sind mit ihrem Schicksal unzufrieden aber mißtrauisch gegenüber Hilfsangeboten. Nur die Hartnäckigkeit der SEWU-Werberin nötigte Zodwa schließlich Respekt ab. »Ich bin mit meiner Nachbarin ins SEWU-Büro gegangen. Die haben uns die Satzung gezeigt und alles erklärt, und dann bin ich beigetreten. Ich war die erste Verkäuferin hier aus der Russellstreet und habe die anderen Mitglieder geworben.«

Mittlerweile sind es 300 Frauen, die Zodwa Khumalo davon überzeugt hat, sich nicht mehr alles gefallen zu lassen, und daß eine Gewerkschaft ohne Männer viele Vorteile hat. »Die reden so viel«, meint sie, »sie schneiden den Frauen das Wort ab. Wenn nur Frauen zusammen sind, dann tauschen wir uns aus.«

Empowerment für survivalists

► Die SEWU-Frauen setzten sich nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen wie überdachte Marktstände ein: »Empowerment« ist das Hauptziel. Die Gewerkschaft bietet den Frauen Aus- und Fortbildung an – etwa wie man mit Stadträten verhandelt. Die Mitglieder können sich auch handwerklich ausbilden lassen, überwiegend in Fertigkeiten, die nicht frauentypisch sind. Damit Frauen aus dem informellen Sektor solche Angebote überhaupt wahrnehmen können, müssen die Kurse in den einheimischen Sprachen abgehalten werden; sie müssen als Teilzeitbeschäftigung angeboten werden, weil keine ihren Arbeitsplatz mehr als zwei Tage verwaist lassen kann; sie müssen eine Kinderbetreuung bieten; schließlich müssen die Frauen mit Geduld und Respekt behandelt werden. SEWU beachtet diese eigentlich selbstverständlichen, aber häufig vernachlässigten Voraussetzungen für eine fruchtbare Interessenvertretung der Survivalists.

Dennoch ist es keine leichte Sache, die Survivalists zu organisieren. Viele Frauen unterliegen dem 'normalen' patriarchalen Druck, finden sich mit ihrer Unsichtbarkeit ab und verharren im Privaten. Obwohl sie wirtschaftlich tätig werden und den Lebensunterhalt ganzer Familien verdienen. Darüberhinaus sind die bestehenden Zusammenschlüsse der Straßenhändler von Männern dominiert. Mit der Folge, daß die wesentlichen Probleme der Frauen gar nicht behandelt werden und einen sehr niedrigen Status haben.

Kommen und gehen

► SEWU ist zwar auf Expansionskurs: Seit der Gründung Ende 1994 sind rund 1500 Frauen beigetreten, und inzwischen arbeiten zwölf Festangestellte in drei regionalen und einem nationalen Büro der Gewerkschaft. Dennoch wurden wichtige Ziele nicht erreicht. Vor allem, daß SEWU noch nicht finanziell unabhängig und auf Gelder internationaler Geber angewiesen ist – meist Gewerkschaften aus Holland und Skandinavien. Ein wichtiger Grund für die zu geringen Einnahmen ist die hohe Fluktuation der Mitglieder. Überlebenskämpferinnen fällt es nun mal schwer, ihre Beiträge regelmäßig zu bezahlen. Auch die Gründung einer SEWU-eigenen Kreditgenossenschaft ist bislang an den fehlenden Einzahlungen gescheitert. Viele Frauen führen überhaupt kein Konto, womit sie etwa Daueraufträge einrichten könnten. Häufig werden die kleinen Sparerinnen von den Banken nicht akzeptiert. Hier muß die Gewerkschaft verhandeln. So wie es die indische Schwestergewerkschaft SEWA vorexerziert hat, die nun schon beim Eintritt des neuen Mitgliedes die Angabe der Kontonummer verlangen kann.

»Wenn wir daran scheitern, Frauen zu einem Schlüsselfaktor der Wirtschaft zu machen, wird unsere gesamte Wirtschaftspolitik scheitern«, sagte Südafrikas Wirtschaftsminister Alec Erwin im November letzten Jahres. Nur dadurch sei Gleichheit in einer ehemals höchst gespaltenen Gesellschaft zu erlangen. SEWU kann bestätigen, daß die südafrikanische Regierung es ernst meint. Zumindest auf dem Papier. »Der informelle Sektor hat inzwischen ein höheres öffentliches Profil erreicht«, sagt Pat Horn, Gründerin der SEWU (siehe *iz3w 212*). Nach nun vier Jahren werde die Frauengewerkschaft jetzt als Modell und als Vertreterin der Survivalists sowohl von der Regierung, als auch in den Medien anerkannt.

► **Birgit Morgenrath** arbeitet im Rheinischen JournalistInnenbüro in Köln.

Gespaltene Solidarität

Ein Gespräch über Gewerkschaften, Rassismus und transnationale Organisierung

Den deutschen Gewerkschaften wird von neuen sozialen Bewegungen vielfach vorgeworfen, nur die Interessen ihrer Mitglieder im Auge zu haben. MigrantInnen, Erwerbslose oder jene, die im informellen Sektor ihr Auskommen suchen, blieben außen vor. Im folgenden Gespräch loten VertreterInnen von Gewerkschaften und antirassistischen Bewegungen die Grenzen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit aus.

iz3w: *Als Gegenbegriff zur neoliberalen kapitalistischen Globalisierung »von oben« wird in letzter Zeit eine weltweite Organisierung der Lohnabhängigen unter dem Schlagwort der »Globalisierung von unten« bemüht. Was haltet Ihr davon?*

► **Nadine Gevret (NG)**: Ich kann mit dem Begriff wenig anfangen. Auf der Ebene klassischer Gewerkschaften wäre eine verstärkte transnationale Zusammenarbeit absolut notwendig. Grundsätzlich wird die internationale Dimension von den üblichen Gewerkschaften nicht genügend erkannt. Das liegt vielleicht auch an der Schwierigkeit, daß Kampf gegen Deregulierung und Sozialabbau von ganz verschiedenen Bevölkerungsschichten, die außerdem in ganz unterschiedlichen Gesellschaften leben, zu führen wäre. Heute wird auf Seiten der Unternehmen bei der Ausnutzung sozialer Gefälle sehr stark ethnisiert. Aber auch auf der anderen Seite bleiben Kämpfe gegen Sozialabbau partikularisiert und stark voneinander isoliert, obwohl sie stärker miteinander verbunden werden müßten.

iz3w: *Aber meint »Globalisierung von unten« nicht genau die Stärkung internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit?*

► **Helko Möhle (HM)**: Ja, aber auch eine internationale Vernetzung von Gewerkschaften würde nicht den Anspruch einlösen, verschiedene soziale Bewegungen oder einzelne Menschen, die in unterschiedlichster Weise von Deregulierung betroffen sind, zu organisieren. »Globalisierung von unten« meint oft nur etwas sehr Allgemeines. Meist werden bei dieser Debatte vor allem die Vorzüge des Internet gepriesen, als ob sich mit diesem Medium, das ja nur sehr beschränkte NutzerInnenschichten hat, Protest gegen Sozialabbau organisieren ließe. Aber auch bei einer tatsächlich verstärkten Vernetzung der Gewerkschaften wäre angesichts ihrer Verfaßtheit – daß sie nämlich vor allem Funktionärsgewerkschaften sind – ein großer Teil der von Sozialabbau Betroffenen ausgeschlossen.

iz3w: *Worin könnten denn – zunächst auf nationaler Ebene – konkrete Anknüpfungspunkte zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bestehen?*

► **HM**: Das naheliegendste wären die Arbeitslosenbewegungen, die in vielen europäischen Ländern eine gewisse Stärke erreicht haben. Weiterhin Bewegungen, die sich um »klassische« soziale Rechte kümmern, wie z.B. die Obdachlosenbewegung. Und dann wäre da vor allem die Antirassismus- oder FlüchtlingsunterstützerInnen-Bewegung. In Frankreich kam es in letzter Zeit zumindest ansatzweise zu Solidarität seitens der Gewerkschaften. Sie werden sich bewußt, daß die Prozesse, denen ihre Mitglieder ausgeliefert sind, zwar sehr unterschiedliche Auswirkungen im Vergleich zu den Folgen für MigrantInnen haben, aber sehr ähnlichen Ursachen und Strukturen wie z.B. einer Politik des allgemeinen Sozialabbaus unterliegen. Aber die Vermittlung dieses Bewußtseins ist eben genau das Problem. Die Situation eines Arbeiters, der in einem klassischen festen Lohnarbeitsverhältnis steht, hat auf den ersten Blick erst einmal wenig mit der eines Afrikaners zu tun, der von Abschiebung bedroht ist. Den Zusammenhang zwischen beiden zu vermitteln, wäre eine zentrale Aufgabe von politischer Organisierung.

iz3w: *Hat die Arbeitslosenbewegung in Frankreich auch Bezug auf die Bewegung der Sans-Papiers, der Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung, genommen?*

► **NG**: Ja. Es gibt z.B. seit Dezember 1995 den »Appel des Sans« von Leuten, die ohne Arbeit, Wohnung oder eben Papiere sind. Dieser Aufruf wurde von Organisationen wie der Arbeitslosenbewegung AC, von *Droits devant*, aber auch von Gewerkschaften wie *Solidaire Unitaire Démocratique* (SUD) unterschrieben. In einem Aufruf von Arbeitslosen zu der großen Demo der Sans Papiers vom Januar 1998 heißt es: »Alle zusammen für die Gleichheit der Rechte«.

iz3w: *Ist dies nicht eine spezifisch französische Situation? Außerdem sind die genannten Organisationen und Gewerkschaften nur kleine Minderheiten, schon aufgrund der Tatsache, daß es in Frankreich keine Einheitsgewerkschaften gibt.*

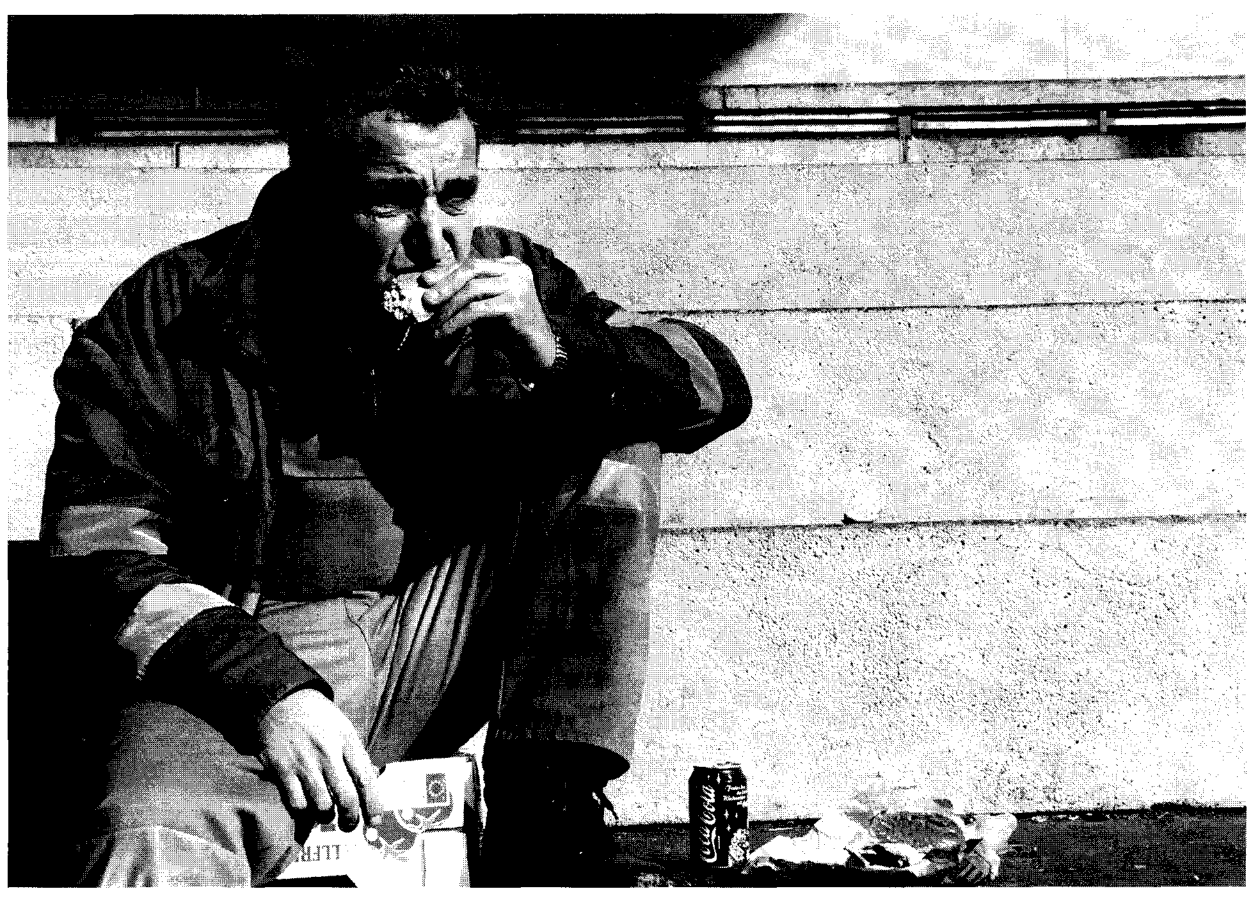
► **NG**: Die Situation in Frankreich läßt sich mit der in der Bundesrepublik nur schwer vergleichen. Zum einen ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad traditionell viel geringer, und es gibt ein ganz anderes Verständnis von Gewerkschaftsarbeit. Die Gewerkschaftsmitglieder sind keine Karteileichen wie bei den DGB-Gewerkschaften, sondern sie verstehen sich vielmehr als »militant«, als aktiv. Zum anderen geht die Initiative zu Arbeitskämpfen spätestens seit dem großen Eisenbahnerstreik von 1986 nicht unbedingt von den Gewerkschaftszentralen aus, sondern von Basiskomitees. Deswegen ist die Gewerkschaftsarbeit aus Sicht der Zentralen aus dem Ruder gelaufen, und sie ist nicht so stringent und einheitlich wie in Deutschland.

iz3w: *Sind vor diesem Hintergrund Antirassismus und Internationalismus in Frankreich stärker ausgeprägt als hier?*

► **NG**: Nicht im allgemeinen. Bei der minoritären SUD etwa stehen sie ausdrücklich im Programm. Den Basiskomitees der großen Gewerkschaften wie z.B. der eher sozialdemokratischen CFDT oder der kommunistennahen CGT kann man eine solche Orientierung nicht unbedingt nachsagen. In den achtziger Jahren initiierte die CGT die Kampagne »französisch produzieren«, die zwar nicht grundsätzlich rassistisch geprägt war, aber schon sehr nationalistische Töne anschlug.

iz3w: *In Deutschland gab es in jüngerer Zeit ebenfalls einzelne stark nationalistisch geprägte Gewerkschaftsaktionen. Ich denke da insbesondere an die Agitation der IG Bau in Berlin, die zwar vordergründig die sogenannte »Schwarzarbeit« und die ungeschützten Arbeitsverhältnisse der Migranten etwa auf der Reichstagsbaustelle im Visier hatte, aber zugleich auch die Migranten zum Sündenbock für Lohndumping etc. machte. Gibt es in Deutschland auch Ansätze für antirassistische Gewerkschaftsarbeit?*

► **Matthias Maurer (MM)**: In der Form, wie das bei der SUD möglich ist, ganz sicher nicht. Man muß aber unterscheiden zwischen verschiedenen Gruppen in den Gewerkschaften. Wenn man etwa bei der IG Bau von der Gewerkschaftsbasis ausgeht: Es gibt auf dem Bau einen immer stärker werdenden alltäglichen Rassismus. Dieser Rassismus hat einen sozialen Hintergrund wie z.B. eine massive soziale Deklassierung, die direkt im Zusammenhang steht mit dem »Import« von ausländischen Arbeitskräften aus Portugal, England oder Osteuropa. Die alltäglich erfahrbare Angst um den eigenen Arbeitsplatz ist nicht der eigentliche Grund für den Rassismus, aber sie trifft auf eine



Sündenbock für Lohndumping? Armenischer Bauarbeiter morgens um halb zehn in Deutschland Foto: H. Sachs/version

langjährige gesellschaftliche Tradition der Ausgrenzung.

Auch in der Politik der IG Bau ist durchaus ein rassistischer Gedanke angelegt. Es gibt zwar die Grundforderung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, die an sich absolut nicht rassistisch und völlig korrekt ist, aber sie muß verglichen werden mit ihren praktischen Konsequenzen. Denn im Klartext bedeutet diese Forderung »Macht Arbeit teurer«, damit hiesige Arbeitskräfte zum Zuge kommen und nicht auswärtige. Das würde natürlich niemand so formulieren und im Moment bekommen die Gewerkschaftsfunktionäre auch ziemlich kalte Füße. Sie werden in ihren Formulierungen vorsichtiger als noch vor ein, zwei Jahren, weil ihnen die rassistischen Tendenzen ihrer Forderungen und der Nährboden auf den Baustellen dafür langsam bewußt werden. Ein wirkliches Umdenken findet aber nur bei einer kleinen Minderheit statt.

Ich bin aber nicht der Meinung, daß alle Bauarbeiter rassistisch sind. Die Diskussion bekommt leicht einen solchen Zungenschlag. Auf dem Bau gibt es eine lange Tradition der Zuwanderung, die immer gut funktioniert hat, solange sie in das Tarifsystem integriert war. Damals gab es natürlich auch Reibereien und betriebliche Hierarchien, die sich aber nicht von der gesamtgesellschaftlichen Situation unterschieden. Durch die verschärfte soziale Lage und durch die Deregulierung bekommt der latente Rassismus jedoch eine neue Dynamik.

»Gewerkschaften orientieren sich noch immer am Modell des weißen männlichen Facharbeiters.«

iz3w: *Deutet diese Problematik nicht auf ein Grundproblem der Gewerkschaften hin, daß sie nämlich Organisationen zur Besitzstandswahrung und -mehrung von Lohnabhängigen mit einem festen Arbeitsverhältnis sind, die gegenüber prekär Beschäftigten und Migranten vergleichsweise im Vorteil sind? Sind Gewerkschaften nicht grundsätzlich spalterisch und partikularistisch, weil sie nur die Interessen ihrer eigenen Klientel bedienen?*

► **NG**: Die Gewerkschaften werden partikular. Die meisten Gewerkschaften orientieren sich noch immer an Modell des weißen männlichen Facharbeiters, der sein ganzes Leben lang berufstätig ist. Trotz ihrer eigenen Analysen auf theoretischer oder verbaler Ebene nimmt die praktische Gewerkschaftsarbeit aber immer noch nicht hinreichend zur Kenntnis, daß sich die Arbeitsverhältnisse drastisch geändert haben. Zum Beispiel das Hinzukommen vieler Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder die Entstehung prekärer Arbeitsverhältnisse. Bei Gewerkschaften wie der HBV, in deren Bereich – wie z.B. im Einzelhandel – prekäre Verhältnisse unübersehbar sind, ist eine Auseinandersetzung damit im Vergleich zu den großen Industriegewerkschaften noch am ehesten sichtbar.

► **HM**: Der Partikularismus war aber schon immer vorhanden. Er hat sich in früheren Jahrzehnten nur nicht so deutlich gezeigt, weil die Segmentierung des Arbeitsmarktes damals nicht so stark wie heute war. Unter den großindustriellen Produktionsbedingungen der siebziger Jahre konnten Gewerkschaften die tarifliche Absicherung von ArbeitsmigrantInnen noch durchsetzen. Das geschah weniger aus Solidarität als aus der Angst, die ausländischen KollegInnen könnten zur »Billigkonkurrenz« werden. Faktisch wurde das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« aber oftmals unterwandert, indem die Betroffenen in niedrigere Lohngruppen eingestuft wurden, ohne daß die Gewerkschaften dem viel Widerstand entgegensetzten.

► **NG**: Gewerkschaften haben sowohl in Frankreich als auch in Deutschland sogar von Arbeitsmigranten profitiert, weil sie die Arbeitskämpfe der siebziger Jahre massiv vorangetrieben haben. Deswegen waren türkische oder algerische Kollegen voll in die Gewerkschaften integriert. Diese Integration wird jetzt in Frage gestellt, wenn der offizielle Status oder das Arbeitsverhältnis prekär werden. Bei Gewerkschaften geht es also nicht primär um die Herkunft ihrer Mitglieder, sondern um die Frage, welchen rechtlichen oder gesellschaftlichen Status sie haben.

► **MM:** Die deutschen Gewerkschaften sind mit nur graduellen Unterschieden sozialpartnerschaftlich organisiert. Sie verstehen diesen Staat als ihren Staat, als Sozialstaat. Nun verhält sich dieser Staat plötzlich anders, das Kapital setzt seine Interessen offener durch. Trotzdem kämpfen die Gewerkschaften noch immer für das Sozialstaatsmodell, und dieser Staat ist durchaus ein Obrigkeitsstaat. Er hat die sozialen Rahmenbedingungen zu regeln, und die Gewerkschaften reduzieren sich auf das Tarifgeschäft. Wenn er das nicht tut, soll er dazu gezwungen werden. Durch die Razzienkampagne gegen »Schwarzarbeit« wollen die Gewerkschaften z.B. erreichen, daß auf den Baustellen wieder Ordnung herrscht, wenn auch soziale Ordnung. Die Schwelle zum Obrigkeitsstaat ist aber schon durch die Aufforderung, daß die Betriebsräte mit den Landeskriminalämtern kooperieren sollen, teilweise überschritten.

iz3w: *Wenn die derzeitigen gewerkschaftlichen Kämpfe schon auf nationaler Ebene solche Formen annehmen, wie soll dann eine internationale Perspektive aussehen?*

► **NG:** Der gewerkschaftlichen Arbeit fehlt es grundsätzlich an der internationalen Dimension – nicht in der Rhetorik, aber in der Realität. Wenn man sich den Zustand des EGB, des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel, anschaut, stellt man fest, daß der noch nicht mal ausreichend »normale« Lobbyarbeit macht. Dort arbeiten gerade mal 40 Personen, was angesichts der Dimension der EU ein Witz ist. Die europäischen Gewerkschaften haben darüberhinaus mit ihren nationalen Traditionen zu kämpfen, weswegen etwa bei Auseinandersetzungen mit öffentlichen Arbeitgebern auf EU-Ebene immer die nationale Tarifautonomie im Vordergrund steht.

iz3w: *Einen Anknüpfungspunkt für transnationale Kooperation und Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen wie z.B. der Dritte-Welt-Solidarität gibt es aber meines Erachtens doch, und zwar die Forderung nach Einführung von Sozialklauseln und Mindeststandards zur Verhinderung von Sozialdumping im Welthandel.*

► **MM:** Diese Forderungen sind mindestens so ambivalent wie die nach »gleichem Lohn für gleiche Arbeit«. An sich sind Sozialklauseln in Ordnung, aber sie sind nicht gedeckt durch reale gemeinsame Kampfmöglichkeiten. Von KollegInnen aus dem Textilbereich weiß ich, daß die Forderung nach Siegeln wie z.B. Rugmark, die Kinderarbeit in der Teppichproduktion ausschließen soll, massiv verbunden ist mit der Hoffnung auf Erhalt von hiesigen Arbeitsplätzen. Arbeit soll in den Dritte-Welt-Ländern teurer werden. Aber an die Frage, wie Sozial- und Lohnstandards internationalisiert werden können, wagt sich aus verschiedensten Gründen keiner richtig ran. Es nützt wenig, Sozialstandards über hiesiges Verbraucherverhalten durchzusetzen, wenn dies bewirkt, daß Kinder in Nepal entlassen werden, auf der Straße landen und eventuell in die Prostitution gezwungen werden. Das kann keine Alternative sein.

► **HM:** Auf einem Seminar des BUKO über den globalen Arbeitsmarkt haben wir den Standpunkt vertreten, daß Sozialklauseln einen neuen Protektionismus schaffen, daß sie als Vorwand dazu dienen können, Importe von Waren aus dem Süden zu unterbinden. Dem wurde von zwei VertreterInnen aus mexikanischen Maquilas aber ganz energisch widersprochen. Sie meinten, es wäre ein typisch eurozentristischer Blick, wenn wir als europäische Solidaritätsbewegung auch noch meinen entscheiden zu müssen, was den Betroffenen in den Maquilas nützt und was nicht. Sie sagten: Wir kämpfen in unseren Betrieben ganz konkret um die Einführung der Gewerkschaftsfreiheit, die Erhöhung der Tarife und um ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, und wir erwarten von einer europäischen Solidaritätsbewegung, daß sie uns in diesem Kampf unterstützt. Diese Unterstützung ist natürlich wichtig, allerdings darf man bei Sozialklauseln das Dilemma nicht außer acht lassen, daß Unternehmen bei ihrer Einführung die Produktion in informelle, noch weiter entrechtete Sektoren verlegen, die sich jeder Kontrollmöglichkeit entziehen.

► **NG:** Diese Situation gleicht sich doch international immer mehr an. Wir tun so, als gäbe es in Deutschland keinen informellen Sektor. Dabei muß man nur mal durch Hamburg laufen, dann sieht man genügend Leute, die ihr Auskommen darin suchen. Das ist aber kein Grund, auf den Kampf für die Durchsetzung sozialer Standards zu verzichten.

► **HM:** Die Forderung nach Sozialklauseln ist ambivalent, weil sie in der Praxis immer wieder auch neue Ausgrenzung schafft. Das zeigt sich auch auf nationaler Ebene – etwa bei der Beschäftigung von MigrantInnen. Es ist leider so, daß viele von ihnen nur deshalb hier arbeiten können, weil sie bereit sind, die Tarifstandards zu unterbieten. Bei der derzeitigen Ausländergesetzgebung würde das Prinzip »Gleicher Lohn für alle« bedeuten, daß sie keine Arbeit mehr fänden und von Ausweisung bedroht wären. Die Diskriminierung von MigrantInnen im Arbeitsbereich spielt sich ja nicht in erster Linie im Tarifbereich ab, sondern im Bereich des Ausländerrechtes. Das heißt, die isolierte Forderung »Gleicher Lohn für alle« müßte um die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung ergänzt werden. Ansonsten droht nur die Ausweitung von Kontrollen und damit die Zunahme von Abschiebungen. Aber hier haben die Gewerkschaften ihre isolierte Betrachtungsweise noch nicht aufgegeben. Eine Forderung wie »offene Grenzen für alle« ist in Gewerkschaftskreisen tabu.

► **NG:** Ich habe einige Interviews mit MigrantInnen geführt, die in mehr oder minder illegalen Arbeitsverhältnissen stehen. Wenn du die nach Gewerkschaften fragst, denken sie zuerst, das sei eine weitere Behörde. Sie fühlen sich von Gewerkschaften überhaupt nicht vertreten, selbst wenn sie das Recht hätten, sich vertreten zu lassen. Diese Berührungsangst beruht allerdings auf Gegenseitigkeit.

iz3w: *Wie könnte eine Organisierungsperspektive für MigrantInnen in Europa aussehen?*

► **HM:** Das ist sehr schwierig. Wenn MigrantInnen in mehr oder minder illegalen Verhältnissen leben, kann man nicht erwarten, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren. Das Problem ist, daß Gewerkschaften sich nicht zuständig fühlen, wenn MigrantInnen bei ihnen nicht Mitglied sind.

► **NG:** Erschwert wird das durch den unterschiedlichen Aufenthaltsstatus der MigrantInnen. Polnische Bauarbeiter, die im Rahmen von Werkverträgen beschäftigt sind, unterliegen in vielem polnischem Recht. Es gibt mindestens zehn verschiedene Rechtslagen. Die Gewerkschaften müßten das Nationalitätsprinzip aufgeben und eine Bündelung der segmentierten Interessen versuchen.

► **MM:** Innerhalb der IG Bau muß man diesbezüglich differenzieren. Es gibt in Teilen des Bundesvorstandes und des Funktionärskörpers ein gewisses Umdenken. Man hat z.B. mit italienischen und portugiesischen Gewerkschaften Kooperationsverträge geschlossen. Das heißt, deren Mitglieder haben hier volles Vertretungsrecht. Mit polnischen und tschechischen Gewerkschaften ist dies etwas schwieriger, weil Arbeitsverträge sich in diesen Fällen im Gegensatz zu EU-Mitgliedsstaaten am nationalen Arbeitsrecht orientieren. Dieses Vertretungsrecht müßte allerdings mit mehr Leben gefüllt werden. Es gibt meines Wissens nur auf der Großbaustelle am Potsdamer Platz in Berlin Büros mit portugiesischen oder polnischen Gewerkschaftsvertretern, die konkrete Rechtsberatung leisten können.

iz3w: *Haben diese Gewerkschaftsvertreter irgendeine Handlungsmacht?*

► **MM:** Nein. An diesen Schritt kann man erst übermorgen denken. Es geht erstmal darum, einen solchen Gedanken innergewerkschaftlich durchzusetzen. Es herrscht in den Gewerkschaften auf allen Ebenen Hilflosigkeit, wie man überhaupt mit dem Problem umgehen soll. Ich bin in meinem Alltag auch hilflos, wenn ich sehe, daß innerhalb von zwei Jahren 60 Prozent meiner Kollegen gekündigt wurden und sie durch ausländische Kollegen, die zu Scheiß-Bedingungen arbeiten, ersetzt wurden.

iz3w: *Diese Entwicklung ist in unterschiedlicher Ausprägung ja weltweit zu beobachten. Der Sozialhistoriker Karl Heinz Roth spricht von einer zunehmenden weltweiten Homogenisierung des Proletariats, weil der klassische Lohnarbeiter zu einer kleinen Minderheit wird und stattdessen prekäre, »flexible« Beschäftigungsverhältnisse in Nord wie Süd zum Normalfall werden. Wie können Gewerkschaften,*

die ja bislang immer das gleichermaßen marxistisch-leninistische wie sozialdemokratische Verständnis von Lohnarbeit und Arbeiterklasse zugrundegelegt haben, darauf reagieren?

▶ **NG:** Im Süden gibt es durchaus gewerkschaftsähnliche Organisationen, die im informellen Sektor aktiv sind. Hiesige Gewerkschaften machen sich aber bislang außer in minoritären Zirkeln und in Sonntagsreden keinerlei Gedanken, wie man von der Fixierung auf den männlichen Facharbeiter wegkommt.

▶ **HM:** Wenn Gewerkschaften sich verstärkt der Situation prekär Beschäftigter anehmen, wäre immer noch entscheidend, was sie zum Kern ihrer politischen Forderungen machen. Die Vorstellung, informelle Beschäftigung ließe sich in formelle umwandeln, ist illusorisch. Der Trend zu informeller Beschäftigung und Deregulierung ist zu stark, als man ihn langfristig zurückdrängen könnte, etwa durch die Einführung von Sozialstandards. Stattdessen sollte eher die Forderung nach materieller Existenzsicherung, die nicht mehr an ein Lohnarbeitsverhältnis geknüpft ist, ins Augenmerk rücken.

iz3w: *Die Forderung nach einem »Bürgergeld« oder garantierten Existenzminimum wird in der BRD ja von vielen – von der FDP bis hin zur PDS – erhoben. Sie ist zugleich sehr umstritten. Von manchen Linken wird angeführt, sie bedeute die Aufgabe eines antagonistischen Gesellschaftsprojektes und laufe auf die Ruhigstellung der Unzufriedenen hinaus.*

▶ **NG:** Das heutige System der Sozialhilfe ist auch nicht gerade menschenwürdig. Wenn du revolutionär denkst und einen Zeithorizont von mehreren Jahrzehnten hast, bewertest du Existenzsicherung anders als aus einem pragmatischen Bilckwinkel. Wenn nun auch die FDP ein »Bürgergeld« fordert, muß man genau hinschauen, ob das nur eine reformierte Sozialhilfe sein soll. Ansonsten würde ich keinen ideologischen Streit daraus machen.

▶ **HM:** Die Gefahr besteht natürlich, daß die Idee der sozialen Mindestabsicherung zum Vorwand genommen wird, formale Arbeitsverhältnisse gerade im sozialen Bereich weiter abzubauen. Das heißt, ein produktiver Sektor mit festen Arbeitsverhältnissen besteht weiter, während Sozialarbeit, Gesundheitsversorgung usw. weiter dereguliert und über ein Existenzgeld privatisiert werden.

iz3w: *Aus internationalistischer Perspektive steht zu befürchten, daß ein Existenzgeld nur an deutsche Staatsangehörige ausbezahlt würde und Ausgrenzung damit vorprogrammiert ist.*

▶ **NG:** Die Bevorzugung von eigenen Staatsangehörigen, auch auf dem Arbeitsmarkt, ist ein typisch deutsches Phänomen, das es in Frankreich in der Form nicht gibt. Dort ist es für AusländerInnen erheblich einfacher, Sozialhilfe zu bekommen.

▶ **MM:** Ich sehe das Existenzgeld eher pragmatisch. Es gibt bereits derartig viele sozial deklassierte Menschen, daß die Schaffung von anderen Einkommen als Sozialhilfe absolut notwendig ist. Allerdings habe ich schon gewisse inhaltliche Probleme, weil Arbeit – und damit meine ich nicht abhängige Lohnarbeit – für mich einen wichtigen gesellschaftsbildenden Charakter hat. Ausschluß von Arbeit bzw. von gesellschaftlicher Beteiligung wäre ja die Folge eines Existenzgeldes. Wie schnell im Falle ökonomischer Krisen dann an die Kürzung von Sozialstandards gegangen wird, sieht man jetzt ja an der Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge. Wer wird die nächste Gruppe sein?

iz3w: *Damit kommen wir zu einer Diskussion des Arbeitsbegriffes. In der BRD wird »Arbeit« – und damit ist fast immer abhängige Lohnarbeit gemeint – zum Fetisch gemacht. In anderen Gesellschaften ist es nicht so wie hier ein Wert, von morgens bis abends zu buckeln, relativen Wohlstand anzuhäufen und das ganze auch noch philosophisch zu überhöhen. Die »Glücklichen Arbeitslosen« aus Berlin nehmen in ihrem Manifest Bezug auf somalische Handwerker, die die »endlose Arbeit« der Weißen verachten und ihre Gewinne lieber alljährlich bei einem großen Fest verjuxen. Da ist sicherlich eine gehörige Portion Sozialromantik dabei, aber tendenziell ist schon richtig, daß in anderen Gesellschaften Selbstverwirklichung nicht nur durch Arbeit definiert wird.*

▶ **MM:** Deshalb habe ich ja bewußt nicht von Lohnarbeit gesprochen. Ich sehe aber die Gefahr, daß durch ein Existenzgeld die für den kapitalistischen Sektor nicht »produktiven« Teile der Gesellschaft auf ein Abstellgleis geschoben werden.

▶ **HM:** Ich sehe das nicht so. Es kann ja sogar genau der gegenteilige Fall eintreten, weil eine gesicherte materielle Basis die Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen erst ermöglicht.

▶ **NG:** Die Leute, die über einen neuen Arbeitsbegriff nachdenken oder über gesellschaftliches Engagement und Partizipation, sind leider sehr in der Minderheit. Ich könnte prima ohne Erwerbsarbeit auskommen, aber meine Nachbarn glaube ich nicht.

Die GesprächsteilnehmerInnen:

▶ **Nadine Gevret (NG)** arbeitet in der Erwachsenenbildung und ist ehrenamtliche Redakteurin der antirassistischen Zeitschrift »off limits«.

▶ **Matthias Maurer (MM)** arbeitet als Zimmerer bei einem deutschen Baukonzern und ist als Betriebsrat bei der IG Bauen-Agrar-Umwelt organisiert.

▶ **Heiko Möhle (HM)** arbeitet in der Geschäftsstelle des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktiongruppen (BUKO).

▶ **Christian Stock** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Deutscher Anti-Imperialismus
Die DDR im Nahostkonflikt

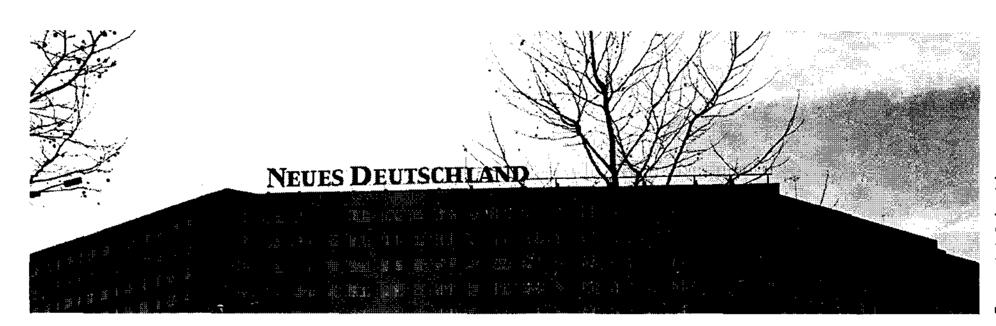


Foto: A. J. Schmidt

von **Thomas Haury**

Die DDR nahm nie diplomatische Beziehungen zu Israel auf und betrieb insbesondere von 1965 bis 1985 eine vehemente antizionistische Propaganda. Israel wurde als ein »gegen die arabischen Völker gerichteter Brückenkopf des Imperialismus« denunziert und gar des »Völkermordes am palästinensischen Volk« bezichtigt – nichts anderes war auch von der westdeutschen Linken zu hören. Diese seltene deutsch-deutsche Einmütigkeit verweist auf eine spezifisch deutsche Prägung des Antizionismus, die – siehe den antizionistischen Gegenkongreß in Basel 1997 – mit der DDR keineswegs verschwunden ist.

► Vor einer Analyse der antizionistischen Propaganda der SED, die weit über eine Kritik der israelischen Politik hinausging, muß auch kurz der historische und politische Hintergrund der Nahost-Politik der DDR dargestellt werden.[1] Nachdem am 29.11.1947 die Mehrheit der UNO einschließlich der Sowjetunion (SU) die Teilung Palästinas beschlossen hatte, stellte sich auch die SED eindeutig auf die Seite des am 14.5.1948 proklamierten Staates Israel und verurteilte die arabischen Angriffe als »reaktionären Krieg« der »feudalen Reaktion der arabischen Könige, Fürsten und Muftis«. Hierbei folgte sie nicht nur der SU, sondern betonte auch eine eigene historisch-politische Verantwortung: »Besonders die demokratischen Kräfte Deutschlands haben die Verpflichtung, ihre Sympathie und Hilfsbereitschaft offen zum Ausdruck zu bringen« (Neues Deutschland (ND) 24.2.1948).

Doch schon ab 1950 begann sich die Haltung der SED gegenüber Israel zu ändern. Eine Ursache hierfür waren die internationalen Entwicklungen.[2] Wie überall in der »Dritten Welt« erstarkten auch im arabischen Raum nationale Befreiungsbewegungen bzw. Regimes, die das Ende der ökonomischen und politischen Herrschaft bzw. der Abhängigkeit von den (ehemaligen) Kolonialmächten auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Angesichts der gleichzeitig wachsenden Westorientierung Israels im weltweiten Blockkonflikt war es kein Wunder, daß sich die SU zunehmend der arabischen Seite zuwandte. Als Israel 1956, nachdem Nasser die Verstaatlichung des Suez-Kanals proklamiert hatte, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich Ägypten militärisch angriff, hatte sich die israelische Regierung in den Augen der SED endgültig zu einem »Werkzeug des internationalen Monopolkapitals« (ND 1.11.1956) gemacht.

Anti-israelische Positionierung

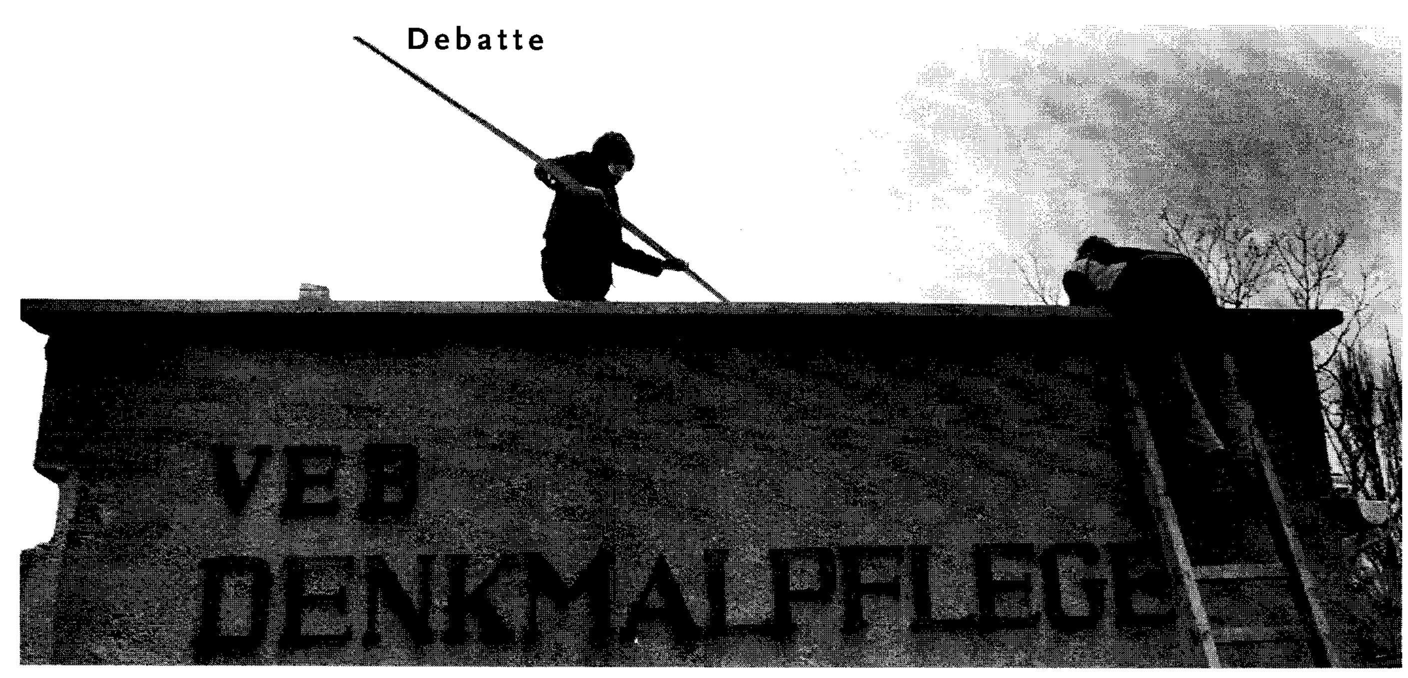
► Doch verfolgte die DDR mit ihrer ab 1956 definitiv anti-israelischen bzw. proarabischen Positionierung auch klare Eigeninteressen. 1955 hatte die BRD in der »Hallstein-Doktrin« jedem Staat, der die DDR diplomatisch anerkennen sollte, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen sowie die Einstellung aller wirtschaftlichen Hilfen angedroht. Fast 15 Jahre konnte die BRD so ihren Alleinvertretungsanspruch durchsetzen. Die DDR wiederum richtete ihre Anstrengungen um diplomatische Anerkennung insbesondere auf die arabischen Staaten, war doch die BRD seit dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952 zunehmend auf seiten Israels engagiert.

Als Ende 1964 bekannt wurde, daß Westdeutschland seit Jahren insgeheim Waffen an Israel lieferte, lud der ägyptische Staatspräsident Nasser im Frühjahr 1965 demonstrativ den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht nach Kairo ein und empfing ihn mit allen protokollarischen Ehren eines Staatsgastes. Dieser langerhoffte außenpolitische Durchbruch führte zu einer deutlichen Steigerung der gegen Israel gerichteten Berichterstattung in den DDR-Medien.

Endgültig unter Beweis stellen konnte die SED ihre proarabische Haltung während des Sechstagekrieges 1967. Ulbricht versicherte in Solidaritätsadressen, die DDR stehe »mit ganzer Kraft an der Seite der arabischen Staaten« (ND 2.6.1967), Sonderflugzeuge der Interflug brachten Hilfsgüter nach Ägypten, Syrien und dem Irak, die anti-israelische Propaganda erreichte einen neuen Höhepunkt. Ab jetzt fehlte in keiner gemeinsamen Erklärung der DDR und einem arabischen Staat die explizite Hervorhebung des gemeinsamen Kampfes gegen »die Verschwörungen von Imperialismus und Zionismus« (ND 2.3.1968). 1969 erkannten (dank Intervention der SU) der Irak, Sudan, Syrien, Südjemen und Ägypten die DDR endlich diplomatisch an. Weitere Staaten folgten, bis dieser Prozeß nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der BRD 1973 durch die Aufnahme der DDR in die UNO gekrönt wurde.

Oft wird die antizionistische Propaganda der DDR damit erklärt, diese habe die proarabische Position wie auch den Antizionismus von der SU übernehmen müssen. Doch erklärt dies nicht alles: Denn seit der Tauwetterperiode 1955/56 wurde den osteuropäischen Staaten innerhalb der grundsätzlichen Vorgaben ein Spielraum für eigene Schwerpunkte in der Außenpolitik von der SU ausdrücklich zugewiesen. Als z. B. nach dem Sechstagekrieg 1967 alle Ostblockstaaten die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrachen, widersetzte sich Rumänien einer alleinigen Verurteilung Israels und schloß seine Botschaft in Tel Aviv nicht. Die DDR dagegen war maßgeblich daran beteiligt, die Warschauer-Pakt-Staaten zu harten Sanktionen gegen Israel zu bewegen. Der DDR-Botschafter in Bukarest rügte nach dem Junikrieg 1967 gar Rumänien dafür, daß in der dortigen Presse keine Verurteilung des »Aggressors Israel« als »Speerspitze des Imperialismus« erschien.

Und auch das bedenkenlose Streben nach diplomatischer Anerkennung erklärt nicht alles. Denn obwohl die DDR seit 1969 von den arabischen Staaten und seit 1973 auch vor der UNO anerkannt worden war, erreichte ihre antizionistische Propaganda gerade erst in den 70er Jahren ihren Höhepunkt und



Mit gepflegtem und gehegtem Antifaschismus aus dem Schneider

Foto: A. J. Schmidt

wurde bis Mitte der 80er Jahre fortgeführt. Der Antizionismus der SED kann nur verstanden werden, wenn man die zentrale Rolle berücksichtigt, die die Ideologie im ostdeutschen Parteistaat innehatte.

Das anti-imperialistische Weltbild erklärt sich den Nahostkonflikt

► Der Marxismus-Leninismus, die Basisideologie der DDR, interpretierte das gesamte Weltgeschehen innerhalb eines starren Schemas, dem anti-imperialistischen Weltbild. Dessen Grundmerkmal war eine radikale manichäische Zweiteilung der Welt: Auf der einen Seite stand das Gute: die Massen, die Werktätigen, das Volk, friedliebend und schaffend. Auf der anderen Seite stand das Böse: der Kapitalismus bzw. Imperialismus als Verschwörungszusammenhang von Finanzkapitalisten. Weltweit kämpften diese beiden Lager, in den europäischen Ländern als Klassenkampf, in der Dritten Welt als Kampf der »unterdrückten Völker« gegen den »Weltimperialismus«. Zwar besaß das anti-imperialistische Weltbild in Zeiten des Kalten Krieges und antikolonialer nationaler Befreiungskämpfe beträchtliche Anknüpfungsmomente in der Realität, doch zeigen sich seine Grundfehler – seine Starrheit, sein Manichäismus, sein Begriff von »Volk«, sein Verständnis von »Imperialismus« als weltweite Verschwörung – spätestens in der DDR-Deutung des Nahostkonflikts.

Die Fronten im Nahostkonflikt waren im anti-imperialistischen Weltbild von vornherein klar: Das Gute wurde verkörpert von den arabischen Staaten sowie dem palästinensischen Volk, das um seine Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpft. Folgerichtig wurden die »fortschrittlichen arabischen Staaten« in der DDR-Propaganda als Oasen der Freiheit und als reine Friedensengel dargestellt; von den Äußerungen der arabischen Staatsführer oder PLO-Vertreter, daß sie den Staat Israel zerstören und die Juden ins Meer treiben wollten, erfuhr der DDR-Leser keine Silbe.

Nach der anti-imperialistischen Schablone mußte auf der Gegenseite des guten kämpfenden Volkes der fremde Imperialismus bzw. eine ausländische Militärmacht stehen. Doch anders als in Vietnam oder Algerien standen in Palästina nicht nur Kolonialherren und militärische Besatzer auf der Gegenseite, sondern eine dort ebenfalls ansässige Bevölkerung, Juden, die sich ebenfalls als »Volk« definierten und Selbstbestimmung und einen eigenen Staat für sich reklamierten. Israel war kein »imperialistischer Brückenkopf«, im Nahen Osten kämpften zwei nationale Befreiungsbewegungen um Territorium. Das anti-imperialistische Schema knirschte, und die DDR-Propaganda behalf sich mit Auslassungen bis hin zur Lüge. Konsequent sprach man nur vom »Aggressorstaat Israel« – der Begriff »israelisches« oder gar »jüdisches Volk« taucht in der Propaganda der DDR so gut wie nie auf; allenfalls sprach man von einer »israelischen Bevölkerung«.

Gegen die »Legende, Israel sei ein demokratischer Volksstaat der Juden« (Junge Welt 15.4.1965), postulierte Parteiagitator Albert Norden 1967: »Der Staat Israel ist nicht der Staat der Juden, die in ihrer übergroßen Mehrheit außerhalb Israels leben und gar nicht in Israel leben wollen. Der Staat Israel wird dominiert von einer Gruppe wildgewordener Eroberungspolitiker«.[3] Israel wurde ein »rassistisches, kolonialistisches und aggressives Wesen«[4] attestiert, jegliche Greuelmeldung der arabischen Nachrichtenagenturen wurde kolportiert. So z. B. daß die Israelis über Syrien und Ägypten als Füllfederhalter, Uhren, Spielzeug und Schokolade getarnte Explosionskörper abgeworfen hätten (ND 13. u. 17.10.1973). Die »Stimme der DDR« beschuldigte Israel gar, »in der ganzen Welt einen geheimen Krieg zu führen«.[5]

Weiterhin durfte Israel auch kein »normaler« Staat sein: Israel sei 1948 entstanden als ein »Projekt des Imperialismus« und habe nie etwas anderes dargestellt als ein »Hauptwerkzeug des Weltimperialismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker«. Daß aber gerade die Sowjetunion 1947 vor der UN maßgeblich die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina verfochten hatte, wurde tunlichst verschwiegen.

Ständig prangerte die DDR die internationale »Verschwörung der Imperialisten, [und] Zionisten« (Bator/Bator 1984: 291) gegen die arabischen Völker an. Und es passierte, was passieren mußte, als das anti-imperialistische Weltbild Imperialismus und Zionismus in einen verschwörungstheoretischen Topf warf: Zu den Finanzkapitalisten gesellte sich die »israelische Finanzoligarchie«, zum »Weltimperialismus« der »internationale Zionismus«. Der »Zionismus«, so das »Kleine politische Wörterbuch« der DDR von 1978, sei »das weitverzweigte Organisationssystem ... der jüdischen Bourgeoisie«. In anderen Schriften war die Rede von »jüdischen Großkapitalisten im Ausland« und dem »zionistischen Finanzkapital«, das über eine weltweite »zionistische Propagandamaschine« und auch gehörigen Einfluß bei der amerikanischen Regierung verfüge.[5] Wurde das für sich schon problematische anti-imperialistische Weltbild auf den Nahostkonflikt angewandt, so resultierten hieraus zwangsläufig Vokabeln und Argumentationsmuster, wie sie vom Antisemitismus her bekannt sind.

Antifaschistische deutsche Nation und NS-Vergangenheit

► Doch mochte die DDR Israel noch so oft als »zionistisch-imperialistische Agentur« bezichtigen: Immer wieder sah sie sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt, und auch die peinliche Tatsache, daß man als deutscher Staat gegen den jüdischen die Trommel rührte, konnte damit nicht verdrängt werden. Hier kamen der SED die

Faschismus-Definition und das Antisemitismus-Verständnis des Marxismus-Leninismus zu Hilfe. Der Faschismus sei, so die bis 1989 sakrosankte Definition, »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Der Antisemitismus sei nichts als ein Instrument der »herrschenden Klassen, den Klassenkampf zu vertuschen, die Empörung über die Ausbeutung abzulenken«.[7]

Damit war das »deutsche Volk« und die DDR als dessen Verkörperung per definitionem aus dem Schneider. Die stehende Formel lautete, Faschismus und Antisemitismus seien infolge der Entmachtung der Finanzkapitalisten und der Entnazifizierung »mit der Wurzel ausgerottet«. Die permanent unter Legitimationsdefizit leidende DDR war konstitutiv angewiesen auf ihre Selbstdarstellung als unbefleckte »antifaschistische deutsche Nation«. Man behauptete, daß auch »das deutsche Volk ... von faschistischen Machthabern versklavt« gewesen sei, und präsentierte sich als das »unschuldige Deutschland«, das – im Gegensatz zur BRD – mit dem Faschismus rein gar nichts zu tun habe.

Entsprechend vehement verwahrte sich die SED daher gegen jedwede historische Verantwortung der DDR gegenüber dem Staat der Juden. Es sei »unzulässig, sachlich falsch und moralisch verwerflich, das heutige Problem des Staates Israel, das von seinem gegenwärtigen Charakter als imperialistischer Stützpunkt bestimmt wird, mit irgendwelchen Gedanken und Gefühlen der Sühne ... zu vermengen« (Berliner Zeitung 31.3.1965). Im DDR-Rundfunk war 1973 zu hören: »Wir (lassen) uns auch nicht von jenen erpressen, die uns mit dem heuchlerischen Gerede irgendwelcher besonderer Beziehungen zwischen Deutschen und Juden kommen.« Ein »schuldbeladenes Gewissen ... ist für die DDR längst gegenstandslos geworden«.

Schon die Emotionalität dieser Aussagen dementiert ihren Inhalt, zeugt von den aggressiven Entlastungswünschen. Diese manifestierten sich in einer geradezu obsessiven Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus: Ulbricht erklärte 1967, durch seinen »Blitzkrieg« wolle Israel »ein Vierteljahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg ... ein 'Protektorat Sinai' oder ein 'Generalgouvernement Jordanien'« errichten (Bator/Bator 1984: 119). Israel beginge »täglich Verbrechen ... gegen die Menschlichkeit« (Bator/Bator 1984: 187), die »Stimme der DDR« sprach am 12.10.1973 von der »Nazi-Luftwaffe Israels«. Das ND titelte am 15.6.1967 zum 6-Tage-Krieg: »Das ist Völkermord«, und Albert Norden beschuldigte die »israelische Wehrmacht« des »Massenpogroms gegen die arabische Welt« (Norden 1968: 398f) und bezeichnete »den Mord an den Arabern durch Israel für ebenso verdammenswert wie den Mord an den Juden durch Hitler« (Tass 6.3.1970).

Als die israelische Armee 1982 in den Libanon einmarschierte, um die PLO zu zerschlagen, erreichten die NS-Vergleiche ihren Höhepunkt. Die Palästinenser würden »´ausgesondert´ und gekennzeichnet«, Israel betreibe einen »Vernichtungsfeldzug«, eine »Ausrottungspolitik gegen das arabische Volk«, eine »Genozidpolitik« (ND 19.6.1982; 9.6.1982; 10.6.1982; Bator/Bator 1984: 412). Völlig unmißverständlich wurde behauptet, von Israel werde ein »von langer Hand vorbereiteter Holocaust« ins Werk gesetzt (horizont Nr. 34/1982: 15).

Die Zeitschrift 'Deutsche Außenpolitik' bekannte 1967, worum es hierbei im Kern geht: Durch den 6-Tage Krieg, so schrieb sie, »lud Israel nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich« (SBZ-Archiv 1967: 254). Die beim Thema Israel geradezu zwanghaft sich einstellende Faschismusassoziation, die die gesamte antizionistische Propaganda der DDR durchzieht, dokumentiert überdeutlich das Bedürfnis, endlich einmal die Juden als Täter vorführen zu können und gleichzeitig die Deutschen zu entlasten – ein Bedürfnis, das durchaus als »sekundärer Antisemitismus« zu kennzeichnen ist: Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.

Antizionismus, made in Germany

▶ Der Antizionismus der DDR lag also keineswegs nur in der weltpolitischen Lage und der Abhängigkeit von der SU, sondern auch in ihrem anti-imperialistischen Weltbild sowie in ihrer Legitimation als antifaschistische deutsche Nation begründet. Er entstand primär durch die »Anwendung« des anti-imperialistischen Schemas auf den Nahost-Konflikt. Israel durfte nur ein »imperialistischer Stützpunkt« sein, aus der Verschmelzung von »Weltimperialismus« und »Israel« entstanden zwangsläufig antisemitische Stereotype. Dieses Israel aber, das man verdammte, verstand sich als Staat der Juden, als Staat der Überlebenden der Shoah. Um diesem moralischen Dilemma zu entgehen, wurde es kurzerhand dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Immer aber manifestierte sich im Antizionismus der DDR auch der Wunsch nach »deutscher Normalität«, nach Entlastung von der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das antifaschistische Selbstbild der DDR zog einen dicken roten Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit und behauptete ein von historischer Schuld freies deutsches Volk. Doch diese Stillegung der deutschen Verbrechen, diese Selbstentlastung von Schuld und Verantwortung wurde durch das gegen den Staat der Juden gerichtete Engagement zwangsläufig empfindlich gestört. Die Verdammung Israels als faschistischer Staat, der selbst eine Endlösung betreibe, bildete den ideologischen Ausweg, um als »antifaschistisches Deutschland« weiterhin gegen Israel die Trommel rühren zu können.

Im Grundsatz dieselbe Argumentationsstruktur kennzeichnete den Antizionismus der bundesdeutschen Neuen Linken. Denn auch sie interpretierte das gesamte Weltgeschehen nach der anti-imperialistischen Schablone, benötigte sie doch angesichts ihrer objektiven Schwäche in der Heimat die gegen den Imperialismus kämpfenden Völker des Trikonts subjektiv noch viel dringender. Und auch die Neue Linke verdrängte mit ihren ökonomistischen Faschismusanalysen die Judenvernichtung und war insgeheim geprägt von dem Wunsch nach einem unbefleckten deutschen Volk. Und während die DDR zwar nie öffentlich, aber zumindest in internen Papieren das Existenzrecht Israels betonte, den die Vernichtung Israels fordernden arabischen Nationalismus kritisierte und eine politische Lösung befürwortete, meinte die bundesdeutsche Linke es revolutionär ernst mit ihrer Rede von der »Beseitigung des künstlichen zionistischen Gebildes« und kreierte Parolen wie »Kauft nicht bei Juden« (Grüner Kalender 1983). So kann insgesamt zur antizionistischen Propaganda der DDR nichts Positives vermerkt werden, außer daß die Neue Linke der BRD noch deutlich aggressiver und ideologisierter argumentierte.[8] Ein deutscher anti-imperialistischer Antizionismus mit bestem antifaschistischen Gewissen wurde auf beiden Seiten der Mauer betrieben.

Anmerkungen:

1 Vgl. hierzu insbesondere Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

2 Aber auch die zunehmend antizionistisch-antisemitischen Schauprozesse in den osteuropäischen Staaten Anfang der 50er Jahre führten zu einer Verschlechterung des Klimas. Da diese spätstalinistischen Parteisäuberungen aber primär eine innerstaatliche Erscheinung darstellten und das Verhältnis zu Israel eher am Rande betrafen, werden sie hier nicht weiter behandelt. Vgl. hierzu: Thomas Haury, Finanzkapital oder Nation«. Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5, hrsg. v. Wolfgang Benz, Frankfurt 1996, S. 148-171.

3 Albert Norden: In Aktion für das sozialistische Vaterland. Berlin 1968: 401.

4 Zit. n. Wolfgang Bator/Angelika Bator: Die DDR und die arabischen Staaten. Berlin 1984: 157.

5 Zit. n. Peter Dittmar: DDR und Israel. In: Deutschland-Archiv 1977: 739.

6 horizont Nr.8/1969: 24; horizont Nr.4/1971: 20; Dittmar 1977: 739.

7 Wolfgang Heise: Antisemitismus und Antikommunismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1961: 1424.

8 Vgl. hierzu: Martin W. Kloke: Israel und die bundesdeutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt 1990; Thomas Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. In: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg 1992: 125-159.

▶ **Thomas Haury** ist Soziologe und lebt in Freiburg. Er arbeitet zu den Themengebieten Antisemitismus und Antizionismus.

Wer links sagt, muß auch Identität sagen

»Hybride Identitäten« und antirassistische Politik

von **Sabine Hess** und **Andreas Linder**

► In unserem Artikel in der *iz3w 226* fragten wir danach, inwieweit AntirassistInnen durch ihren direkten Kontakt mit MigrantInnen neue, offene und möglicherweise 'hybridisierte' Formen von Identität entwickeln und damit ihre politische Praxis verändern können. Felix Kurz hat uns daraufhin vorgeworfen, daß wir materielle Verhältnisse mit kulturellen Kategorien überlagern und so das eigentliche Zentrum von Herrschaft und Ausbeutung, nämlich den globalen Kapitalismus aus dem Blick verlieren *(iz3w 227)*. Bereits hier zielt die Kurzsche Kritik an unserem Anliegen vorbei. Uns ging es weder um die kulturelle Hybridität des globalen Kapitalismus noch um die unbestrittene »Warenförmigkeit auch der hybriden Kulturproduktion«. Uns interessierten vielmehr die Individuen, die Aktiven aus der deutschen antirassistischen Bewegung und deren politische Praxis.

Natürlich haben Felix Kurz und Udo Wolter *(iz3w 228)* recht, wenn sie eine antinationale oder explizit antirassistische Positionierung einfordern. Aber gerade im Rahmen unserer Forschung stellten wir fest, daß die einzelnen Aktiven mehr als erwartet in die kulturellen Muster 'ihrer' dominanten 'deutschen' 'Kultur' verstrickt sind. So zeigte sich beispielsweise bei einigen linksradikalen AntirassistInnen, daß sie trotz aller Distanz ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu Staat und 'Nation' haben. Auf der anderen Seite war es gerade der individuelle politische und zwischenmenschliche Kontakt zu Flüchtlingen und MigrantInnen in der antirassistischen Praxis, der die dominanzkulturellen Muster ins Kippen brachte.

Nicht zuletzt in diesen aus direkten Erfahrungen resultierenden Praxisformen liegt unserer Auffassung nach das besondere am Antirassismus im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen. Dies nahmen wir nicht als Selbstverständlichkeit hin, sondern fragten, welche neuen, möglicherweise 'hybridisierten' Identitäten und Praxen durch die Kontakte entstehen können. Das ist eigentlich alles und wir haben unsere Ergebnisse eher skeptisch als euphorisch formuliert. Die Behauptung von Felix Kurz und Udo Wolter, wir sähen in der Hybridisierung eine neue politische antirassistische Strategie, ist deshalb absurd. Wir unterstützen aktuelle antirassistische Aktionen und Kampagnen wie »Kein Mensch ist illegal« oder das Wanderkirchenasyl in NRW. Darüber hinaus geht es uns jedoch um den individuellen und widersprüchlichen Umgang mit (eigenen) Rassismen und Sexismen, mit Weißsein und Differenz, mit 'Nation' und 'Kultur' und somit auch mit der von linken Dogmatikern ungeliebten Kategorie Identität.

Dominanzkulturalisierung und Identitätszwang?

► In diesem Zusammenhang bleibt für uns trotz des Kurzschen Vorwurfs der »Mystifizierung des Nationalen« relevant, daß die 'deutsche' Nation, obwohl sie unzweifelhaft nur eine 'Konstruktion' ist, genügend Spuren in der Lebensrealität und der Sozialisation auch der radikal linken Individuen hinterläßt. Denn es ist immer noch der Nationalstaat, wie Udo Wolter zutreffend schreibt, in dem »die Identifizierungsprozesse der Subjekte der warenkapitalistischen Vergesellschaftung ihre Realitätsmächtigkeit entfalten und Staatssubjekte hervorbringen.« Und wir fügen hinzu: Genauso bedeutend sind die patriarchal-sexistischen und rassistischen Wurzeln dieser 'Nation'. Angesichts der völkischen Blutsbezogenheit des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, angesichts des nationalen Wiedervereinigungstaumels, angesichts von Pogromen und Abschiebungen (doch, die gehören für uns dazu!), angesichts eines zunehmenden rassistischen Konsens zwischen Staat und Gesellschaft usw. in Anlehnung an Birgit Rommelspacher von einer Dominanzkultur zu sprechen, verwässert die Sache nicht, wie Felix Kurz schreibt, sondern bringt sie auf den Punkt. Vor dem Hintergrund dieser 'nationalen' Konstruktionen reicht es für eine radikale Linke nicht aus, sich antinational oder antirassistisch zu definieren und damit die eigene Verwobenheit in diese, ja: Kultur! zu negieren. Sich aus der Dominanzkultur allein durch die Proklamation der richtigen politischen Zugehörigkeit herausreden zu wollen, ist eine allzu leichte und überkommene Masche vor allem von linken weißen Männern, die sich dadurch einer Auseinandersetzung mit den Widersprüchen ihrer eigenen Geschichte leichter entziehen können. Das meinen wir, wenn wir unter Bezug auf Birgit Rommelspacher darauf hinweisen, daß das Leugnen eigener 'ethnischer' Bezüge einer Selbstverleugnung gleichkommt. Deswegen die These, daß unsereins erstmal durch die eigene dominanzkulturelle Identität hindurch muß, um über sie hinauszukommen. Und aus diesen Gründen halten wir die Auseinandersetzung mit unseren eigenen politischen Subjektivitäten für relevant.

Sich jeder Identität entsagen zu wollen, führt ins Nichts

Das Hauptargument von Felix Kurz und Udo Wolter gegen unsere Beschäftigung mit Hybridität und Identitäten scheint uns zu sein, daß sie eine Auseinandersetzung mit Identitäten überhaupt ablehnen und eine Politik einfordern, die sich gegen jeglichen »Identitätszwang« richtet. Für Wolter ist das die nachvollziehbare Erfahrung aus der Soliarbeit mit staatsfixierten befreiungsnationalistischen Projekten wie in Kurdistan. Zurecht weist er darauf hin, daß Identitätspolitiken dieser Art kritikwürdig sind und es entsprechend wenig ratsam wäre, etwa kurdischen MigrantInnen in der BRD hybridisierte Identitäten nahelegen zu wollen. Problematisch ist allerdings, wie Kurz, Nationalität und Hautfarbe als etwas Belangloses für MigrantInnen anzusehen. Zweifellos sind diese Kategorien das Korsett, in das MigrantInnen von den rassistischen Aufnahmegesellschaften gezwungen werden. Aber die Bestimmung darüber, was sie für ihre Identitätsbildung als relevant erachten und wie sie die für sie vorgesehenen Zuschreibungen unterlaufen können, sollte ihnen nicht aus der Hand genommen werden. Vor allem nicht von denen, die bereits einen gesicherten identitären Platz haben – ob als mit Paß ausgestattetes Mitglied der Dominanzkultur oder als zu diesen zugehöriges aber sich distanzierendes Anti-Subjekt. Wir können die Kritik an Stuart Halls Stehenbleiben auf halbem Wege nachvollziehen, allerdings nicht soweit, daß Identitäten für Subjekte generell ihre Relevanz verlieren sollten. Denn wir erachten Identität zwar nicht als anthropologische Konstante, wie uns das vorgehalten wird, aber doch als bedeutende Kategorie. Die Forderung, sich jedem Identitätszwang zu entsagen, führt ins Nichts. Denn in der Konsequenz folgen aus Kurzscher und Wolterscher Identitätsfeindlichkeit ebenfalls Identitäten: nämlich linke, antinationale, antikapitalistische, elitäre, männliche ... Identitäten, die Kategorien wie Ethnizität, Kultur und Geschlecht zur Nebensache erklären. Und diese haben sogar den Charakter von essentialistischen Identitäten, die hinter einem progressiven Verständnis von Identität zurückbleiben.

Ein Blick in diverse feministische Ansätze, die sich kritisch mit eindimensionalen, essentialistischen und fixierenden Identitäten auseinandersetzen, wäre hier sicher hilfreich. Vor allem in Folge der Kritik von Schwarzen

Frauen konnten Postulate wie 'Wir Frauen' oder 'Frauen haben kein Vaterland' und damit zusammenhängende essentialisierende Kategorien wie die 'weibliche Identität' nicht länger gehalten werden. Es wurden Ansätze entwickelt, die einzelne Machtdimensionen nicht länger separieren, hierarchisieren und sich eindimensional auf eine Kategorie wie Geschlecht, Klasse oder 'Rasse' beziehen.

Die Kategorie Identität ist zweifellos nicht die entscheidende für politische Befreiungskämpfe und sie ist eine akademische, aber sie ist in Form von Positionierungen und Zugehörigkeitsgefühlen für die Individuen existent und fließt als solche in die politische Praxis mit ein. Unseren Versuch, identitäre Positionierungen zu denken, die über bloße antinationale oder antirassistische Zugehörigkeitskonstrukte hinausgehen, als neuerlichen Identitätszwang zu deuten, erscheint uns daher schließlich als Vollbremsung im eigenen Sumpf. Das Denken über Antipositionierungen hinaus ist unserer Auffassung nach ein Denken gegen Identitätszwänge mit einem Verständnis von Identität, das nicht nach zuschreibenden und fixierenden Identitäten sucht, sondern nach offenen, nach neuen, ja auch nach subversiven. Und wir schreiben das nicht ohne Grund im Plural, denn es geht uns nicht um die Konstruktion eines neuen kollektiven 'Wir-Gefühls' einer sozialen Bewegung, sondern um ein Nachdenken über die Entwicklung hybridisierter Identitäten bei weißen AntirassistInnen. Für den Kampf gegen den globalen Kapitalismus mag diese Auseinandersetzung und Suche kulturalisierend oder »zahm« sein, für einige der Beteiligten selbst sicherlich nicht.

▸ **Sabine Hess** und **Andreas Linder** arbeiten in lokalen und überregionalen Antirassismusgruppen. Im Verlag *diskord* erschien 1997 ihr Buch *Antirassistische Identitäten in Bewegung*.

Kunst statt Kritik

»Gen-Welten«-Ausstellungen als Akzeptanzförderung



von **Oliver Ressler**

Zur Zeit finden in verschiedenen Museen in Deutschland und in der Schweiz die großen Publikumsausstellungen *Gen-Welten* statt. Als Besonderheit hat die Ausstellung »Prometheus im Labor?« in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn künstlerische Arbeiten integriert, die die Diskussion über Gen- und Biotechnologie anregen sollen.

▸ Die *Gen-Welten* beabsichtigen, die »faszinierenden Ergebnisse der Genetik und ihre Bedeutung für Wirklichkeit und Phantasie der Menschen«[1] dem »mündigen Bürger und der mündigen Bürgerin« vorzuführen. Es wird vorgeschlagen, eine »offene Diskussion« darüber zu führen, »welche Ergebnisse der Forschung in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden sollten«. Entscheiden sollen »wir alle«. Damit wird suggeriert, daß die Entscheidung, welche Technologien zur Anwendung kommen und welche nicht, auf demokratischer Grundlage gefällt wird. Auch der im Ausstellungsführer der Bonner Bundeskunsthalle offenbarte Wunsch, mit der Ausstellung einen Anstoß zu einem Dialog oder gar Bündnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft geben zu wollen, ist Ausdruck einer völligen Negierung der bestehenden Kräfteverhältnisse und Kapitalinteressen (in erster Linie der Pharma- und Saatgutkonzerne).

Die *Gen-Welten*-Ausstellungen räumen der Vermittlung der Grundlagen der Genetik und wissenschaftlichen Entdeckungen wie jenen von Mendel, Darwin, Watson und Crick viel Platz ein. Alle Ausstellungsorte zeigen den extra für *Gen-Welten* aufwendig produzierten 3D-Film »Die DNA-Story«. Die computersimulierten, an Traumlandschaften erinnernden Bilder erklären jedoch weniger die Abläufe aus dem Inneren einer Zelle, als daß sie offenbaren, was heutzutage unter Vermittlung biologischer Grundlagen verstanden wird.

Im Gegensatz zu den anderen Ausstellungsorten sind in die Ausstellung in der Bundeskunsthalle Kunstwerke integriert, die angeblich von einer »künstlerischen Umsetzung der von Wissenschaftlern erarbeiteten Ergebnisse« geprägt sind. Die Auswahl der einzelnen Kunstwerke ist jedoch zu einem großen Maß beliebig, die einzelnen Positio-

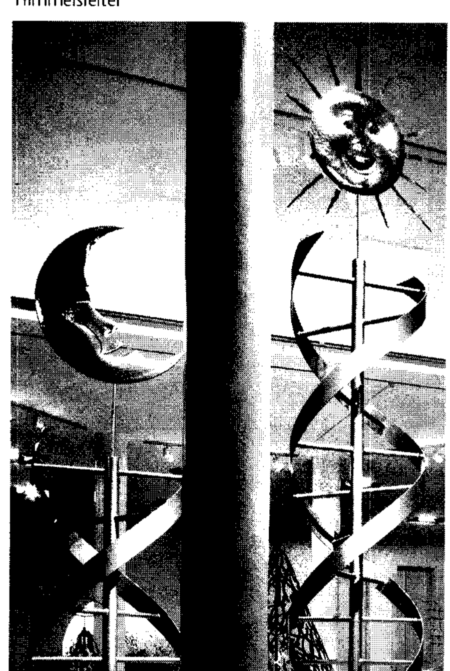




nen erscheinen austauschbar. Der Übergang zwischen künstlerischen und wissenschaftlichen Ausstellungsobjekten ist fließend und oft nur schwer zu erkennen. So ist zum Beispiel das auch in Bonn unvermeidliche riesige DNA-Modell als Himmelsleiter stilisiert, die zur Krönung mit einer goldenen Sonne bestückt ist. Durch zielgerichtete Effektbeleuchtung ist der umliegende Raum in gleißend-goldenes Licht gehüllt. Auch die ausgestellten künstlerischen Arbeiten sind in der Mehrheit von ähnlicher Oberflächlichkeit. Die für die *Gen-Welten* geschaffene romantisierende Laborinstallation des Künstlers Harald Fuchs beispielsweise, der mittels zahlreicher Lichtprojektionen Laborutensilien durch Reflexionen in ein optimales Licht zu setzen trachtet, unterscheidet sich in ihrer Wirkung kaum von der DNA-Modell-Inszenierung. Das liegt auch daran, daß alle Ausstellungsexponate gleichermaßen als Bausteine bzw. Visualisierungsmaterialien für das Gesamtkunstwerk *Gen-Welten* dienen.

Während die in den anderen *Gen-Welten*-Ausstellungen abgestellten nüchternen Laborausstattungen lediglich klarstellen sollen, daß die Arbeitsstätten der Genforscher und Gentechniker alles andere als »unheimliche Hexenküchen« sind (Exponatbeschreibung im Museum Mensch und Natur in München), darf der Künstler Harald Fuchs in Bonn den populären Vergleich des (Gentechnik-) Wissenschaftlers mit einem göttlichen Schöpfer aufwendig in Szene setzen. Der Vorteil der Einbindung von Kunst zeigt sich bereits daran, daß derart naive, aber anschauliche Metaphern wahrlich nur unter dem Deckmantel von »Kunst« möglich sind, ohne allzugroßer Lächerlichkeit preisgegeben zu werden. Kunst wird eingesetzt, um Vorstellungen zu illustrieren, die in einer rein wissenschaftlichen Ausstellung unmöglich wären.

Himmelsleiter



Außerdem ist der Künstler Thomas Grünfeld mit seinen als »Misfits« bezeichneten Kombinationen aus jeweils zwei nicht zusammenpassenden Tierpräparaten in der Ausstellung vertreten. Die Montage eines Vogelstrauß mit einem Schaf unterscheidet sich in ihrer Ironie in keiner Weise von bestimmten Werbeanzeigen von Pharmakonzernen. Beispielsweise bewirbt die US-amerikanische Firma Operon eine synthetische DNA mit einer Photoshop-Montage aus Banane und Zucchini, der dazugehörige Werbetext lautet: »Operon's DNA makes *anything* possible.«[2]

Kunstwerke haben in den *Gen-Welten* jedoch nicht nur die Funktion, Gentechnologie »in aufregender Weise« zu illustrieren und damit die visuelle Erlebnisqualität der Ausstellung zu erhöhen, sie werden aufgrund ihrer Vieldeutigkeit auch dafür eingesetzt, in der Ausstellung (wissenschafts-)kritische Positionen einzunehmen. Dieser Kritik kommt für die Akzeptanz in der Öffentlichkeit eminente Bedeutung zu, da ein brisantes Thema wie Gentechnologie nicht ohne eine zumindest ansatzweise Erwähnung von Risiken und ethischen Fragestellungen vermittelbar ist.

Der Vorteil einer künstlerisch artikulierten Kritik liegt auf der Hand: Durch die Vermeidung von Sprache in allen Kunstwerken wird Kritik nie explizit ausgedrückt und hat daher auch keinen unmittelbaren Adressaten, wie z.B. einen konkreten Konzern oder eine Regierung. Mit der US-Künstlerin Martha Rosler kann man in diesem Zusammenhang von einer »allgemeinen Kritik« im Unterschied zu einer »konkreten Kritik«[3] sprechen, mit der die Kunstwelt und die Kritisierten gut leben können. Diese »allgemeine Kritik« schadet nicht dem primären Ziel der *Gen-Welten*, Akzeptanz für Gentechnologien zu schaffen. Das Einbeziehen von KünstlerInnen ersetzt zudem die sonst bei solchen Ausstellungen übliche Zusammenarbeit mit gentechnologie-kritischen Organisationen. Angebote zur konzeptionellen Mitgestaltung seitens der Umweltschutz- und Verbraucherverbände wurden von den *Gen-Welten*-Ausstellungsleitungen »großzügig ignoriert«[4].

Zu den in der Bundeskunsthalle gezeigten Kunstwerken, in die man mit etwas gutem Willen eine kritischere Position hineininterpretieren könnte, zählt Katharina Sieverdings Biennale-erprobtes »Steigbild IX« von 1997. Dargestellt sind (schwer erkennbare) brennende BSE-Kühe, die mit DNA-Sequentierungsmustern überlagert sind. Durch seine abstrakte Kodierung dürfte es jedoch für die meisten BesucherInnen wohl in erster Linie ästhetisch wahrnehmbar sein. Zumal bei den Kunstwerken auch vom Ausstellungsprinzip abgewichen wird, die Objekte durch Beschreibungen an der Wand zu erläutern. Dadurch wird die Kritik an Xenotransplantationen, deren potentielle Gefahren von GentechnologiekritikerInnen oft mit dem »Rinderwahnsinn« BSE verglichen werden, jene marginale Rolle spielen, die ihr von den Ausstellungsmacherinnen auch zugewiesen wird.

Dasselbe gilt auch für Gloria Friedmanns Arbeit von 1998, die durchaus als Kritik an vorherrschenden wissenschaftlichen Paradigmen gelesen werden kann: Präparierte Schweinsköpfe sind jeweils paarweise an den Hinterköpfen mit Drähten aneinander montiert und hängen über einer riesigen Farbabbildung von Marathonläufern. Auch hier ist die Kritik nicht direkt ausgesprochen, die Lesart der Arbeit hängt in erster Linie vom Informationsstand der BetrachterInnen ab.

Die Problematik jener Kunstwerke liegt jedoch nicht in erster Linie an deren Konzeption. Erst der Präsentationszusammenhang der *Gen-Welten* bewirkt eine Nivellierung von Standpunkten.

Anmerkungen:

1 Wenn nicht näher spezifiziert, stammen die Zitate direkt aus den Informationsmaterialien der Ausstellungen, die an folgenden Orten stattfinden: in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, dem Deutschen Hygiene-Museum in Dresden, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, dem Museum Mensch und Natur in München und der Foundation des Nahrungsmittelmulti Nestlé – dem Alimentarium in Vevey.

2 vgl. geld.beat.synthetik, Copyshop2 – Abwerten biotechnologischer Annahmen, hrsg. von Büro-Bert, minimal club, Susanne Schultz, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1996.

3 vgl. Martha Rosler in Springer – Hefte für Gegenwartskunst, 1/1997.

4 vgl. Petra Menke in GID – Gen-ethischer Informationsdienst 125/126, April 1998.

► **Oliver Ressler** lebt in Wien. In seinen künstlerischen Projekten setzt er sich mit konkreten gesellschaftspolitischen Themen auseinander.

Kontinuierlicher Blick auf ein schäbiges Milieu

Der brasilianische Literat Fernando Bonassi

von **Eva Rose**

Im April wurde zum ersten Mal ein Stück des brasilianischen Schriftstellers und Filmemachers Fernando Bonassi an einer deutschen Bühne aufgeführt. Hans Kresniks Inszenierung von »Subúrbio/Niemandsland« am Hamburger Schauspielhaus provozierte böse Kritik.

▶ Im Prolog von Tata Amarals Spielfilm »Um Céu de Estrelas« (Ein Himmel voller Sterne), einer Adaption von Fernando Bonassis gleichnamigem Roman, sitzt dieser rauchend und gedankenverloren in einem Café, überblendet von düsteren Vorstadtgebäuden, die den Blick auf den Himmel fast versperren, Fabrikszenen, Leuten auf der Straße, Straßenverkehr, einem dreckigen Bach, einer weinenden Frau. Dies ist eine kleine Hommage an den Kollegen, der aus diesem Milieu stammt, das ihn und sein Werk tief geprägt hat: Die Trostlosigkeit der Menschen in einem heruntergekommenen Industrievorort einer brasilianischen Großstadt.

Bonassi ist in der Zona Leste von São Paulo aufgewachsen, dem damals ärmsten Stadtteil. Die italienischen Großeltern waren in den 20er Jahren nach Brasilien eingewandert und haben die Industrialisierung Brasiliens miterlebt. Der Enkel erfuhr das Ende dieses Traums in den siebziger Jahren, als sich Arbeitslosigkeit und Elend in seiner Umgebung ausbreiteten. Bonassi fing mit 14 Jahren an zu arbeiten. Mit Unterstützung des Vaters gelang es ihm, die Schule abzuschließen, und er erreichte – für jemand aus der Arbeiterklasse eine unerhörte Ausnahme – die Aufnahme an der Filmhochschule der Universität von São Paulo. Ohne seinen Schreibdrang – »Ich glaube, wenn ich nicht schreiben könnte, würde ich den ganzen Tag onanieren oder jemanden umbringen.« – hätte er das sicher nicht geschafft.

Inzwischen liegen auf portugiesisch fünf Romane, ein Kinderbuch, zwei Erzählbände und vier Kurzfilme vor. Zudem arbeitete er an diversen Drehbüchern und Bühnenstücken mit. Bislang wurde keines dieser Werke auf deutsch veröffentlicht. Die Herausgabe des Kinderbuches und des Romans »Um Céu de Estrelas« in einem deutschen Verlag sind jedoch für dieses Jahr geplant. Außerdem schreibt Bonassi regelmäßig für »Folha de São Paulo«, die größte brasilianische Tageszeitung, Kolumnen mit dem Titel »Da Rua« (»Geschichten von der Straße«). Viele dieser Miniaturen haben Gewalt und Kriminalität



▶ Der Schriftsteller und Filmemacher Fernando Bonassi, Jahrgang 1932, stammt aus der Arbeiterklasse São Paulos. Als Regisseur von Kurzfilmen, Drehbuchautor von Kurz-, Spiel- und Fernsehfilmen und Autor von Romanen, Erzählungen und Theaterstücken erhielt er in Brasilien verschiedene literarische und cineastische Auszeichnungen. Zur Zeit lebt und arbeitet Bonassi als Stipendiat des Berliner Künstlerprogramms des DAAD in Berlin. Wer Kontakt mit ihm aufnehmen will, kann sich direkt an seine derzeitige Berliner Adresse wenden: Storckwinkel 12, 10711 Berlin.
Der Film »Um Céu de Estrelas« (OmeU) sowie der Kurzfilm »O Amor Maternal« (OmeU) von Fernando Bonassi sind über die Deutsch-Brasilianische Kulturgesellschaft Tübingen, T/F. 07071-760425 zu beziehen.

zum Thema und reflektieren die Fernsehreportagen und -serien über diese Gewalt, die den Zuschauern täglich serviert werden. Teilweise erscheinen die Figuren der Erzählungen wie karikierte Krimi-Helden in einem Comic. Allerdings ist Bonassi weit davon entfernt, ironisch oder sarkastisch zu werden. Seine Figuren sind abgrundtief traurige, tragische Gestalten, die in einer Hölle leben, aus der es keinen Ausweg gibt.

Dies gilt auch für den Roman und das Bühnenstück »Subúrbio«. Ein altes Ehepaar lebt in einem miserablen Arbeitervorort einer Industriestadt. Zwischen den beiden gibt es keine Liebe, nur Verachtung. Der namenlose Alte ist Alkoholiker, sein Dasein erschöpft sich in Beobachtungen der trostlosen Umgebung und des menschlichen Elends. Bis ein kleines Mädchen auftaucht und sein Leben verändert. Aber seine Erwartungen und Hoffnungen schlagen um in rasende sexuelle Begierde. Die Geschichte endet in einer Katastrophe: Der Alte tötet und vergewaltigt das Mädchen, die Umgebung fällt über den Alten her.

»Tragische Figuren«, so Bonassi in einer Erläuterung zu dem Stück, »gehen unausweichlich in ihr Verderben, unabhängig davon, ob sie sich der Gefährlichkeit ihres Weges bewußt sind oder nicht. In der Vergangenheit lautete das Schlüsselwort, das für den Seelenfrieden von Theaterautoren und Literaturwissenschaftlern sorgte, 'schicksalhafte Bestimmung', als eine Art von Synonym für Gottes Willen. Heute gilt das nicht mehr. Die moderne Tragödie kann nicht mehr auf Gott zurückgreifen, um das Unerklärliche 'erträglicher' zu machen. Die Personen, die ich in 'Subúrbio' gestaltet habe, sind 'tragische Figuren'. Doch im Gegensatz zu früher sind sie vor allem dadurch charakterisiert, daß ihnen vom Schicksal nichts bestimmt ist.« (Zitiert aus dem Begleitheft zur Inszenierung am Hamburger Schauspielhaus.)

Auf die Inszenierung von »Subúrbio« am Hamburger Schauspielhaus reagierte die Kritik zum Teil äußerst polemisch. Kresnik inszeniere ein »routiniertes Rondo der Widerwärtigkeiten« (Die Zeit, 17.4.98): Ratten, die am Schwanz im Kochkessel versenkt werden, ein künstlicher Darmausgang, mit dem der Alte sich und die Zuschauer bespritzt, ein Hahn, dem einer den Kopf abreißt und sich in den Mund steckt und dergleichen mehr. Auch Bonassi selbst kommt nicht gut weg: »Man merkt, daß der Autor eigentlich Filme macht und keine Person mit Worten zu gestalten vermag.« (FAZ, 7.4.98).

Bonassi selbst ist mit der Inszenierung nicht sonderlich zufrieden. Es ist für ihn jedoch eine Erfahrung, die er gut hinter sich lassen kann. Denn er besteht auf seinem düsteren Realismus und darauf, daß seine Geschichten in Katastrophen enden. Eines seiner literarischen Vorbilder ist Thomas Bernhard. Dessen Werke hätten ihn zutiefst deprimiert und deshalb habe er gewußt, daß das gute Literatur sei. »Ich schreibe nicht, um zu unterhalten. Ich schreibe, um die Leser in Brasilien zu stören.« Er sieht die gesellschaftliche Situation in Brasilien als so brutal und die politische als so festgefahren, daß er nicht anders schreiben kann.

Böse endet auch der Film »Um Céu de Estrelas«, in dem es wahrhaftig keinen Sternenhimmel gibt. Eines ist dabei allerdings interessant: Der Schluß des Films ist gegenüber der Romanvorlage so abgeändert, daß die weibliche Hauptfigur am Ende eine Täterin ist, die sich befreit hat – ein tragisches, aber nicht auswegloses Ende. Bonassi findet den Schluß des Films so gut, daß er überlegt, seinen Roman dementsprechend zu ändern.

▶ **Eva Rose** ist Mitarbeiterin im »Informations- und Kulturbüro Solidarische Welt« VAMOS e.V. Münster.

BUKO geht auf Kurs

▸ Mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und einer handlungsorientierten Organisationsstruktur geht der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) nach Jahren der Flaute wieder auf Kurs. Der BUKO drohte seine Handlungsfähigkeit zu verlieren, da es seit 1995 nicht mehr gelungen war, genügend Mitgliedsgruppen für die Besetzung des Koordinierungsausschusses (KA) zu finden, der den Verband zwischen den jährlich stattfindenden Bundeskongressen politisch repräsentierte. Auf dem 1. bundesweiten »Ratschlag« der BUKO-Mitgliedsgruppen, der im Mai in Düsseldorf tagte, wurde beschlossen, das politische Mandat zu dezentralisieren. Künftig wird es von thematischen Schwerpunkten wahrgenommen, zu denen sich Mitgliedsgruppen zusammenschließen. Sechs dieser Themenschwerpunkte bestehen bereits: Agrarpolitik, Antirassismus, Kurdistan, Nachhaltigkeit, Pharma/Gesundheitspolitik und Rüstungsexporte. Die neuen Arbeitsschwerpunkte »Alternativer Handel« und »Weltwirtschaft« wollen offene Diskussionsforen sein, aber auch die Aktivitäten des BUKO zu Themen wie dem MAI (Multilateral Agreement on Investment) oder hinsichtlich der 1999 in Köln geplanten Gipfeltreffen der EU und der G7 vorbereiten.

Als »Sprachrohr« der rund 200 Mitgliedsgruppen wählte der »Ratschlag« einen fünfköpfigen SprecherInnenrat. Das neue Gremium soll dem BUKO ermöglichen, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgruppen schnell auf aktuelle Anforderungen wie z.B. politische Stellungnahmen zu reagieren. Das zentrale öffentliche Ereignis bleibt aber der Bundeskongreß, der sich in den letzten Jahren über das Spektrum der Mitgliedsgruppen hinaus zum politischen Diskussionsforum der außerparlamentarischen Linken und der sozialen Bewegungen entwickelt hat. Der nächste Kongreß – BUKO 22 – wird sich 1999 in Hannover kritisch mit der geplanten EXPO 2000 auseinandersetzen.

In einem Punkt bleibt der BUKO unmodern: Den Schwenk zu einer alternativen Politikberatung, die »Befreiung« und »Basisbewegung« durch »Nachhaltige Entwicklung« und »Zivilgesellschaft« ersetzt, ohne Herrrschafts- und Ausbeutungsstrukturen anzugreifen, will der BUKO auch weiterhin nicht mitmachen. Zentraler politischer Bezugspunkt bleiben die sozialen Bewegungen gegen Rassismus, Patriarchat und Neoliberalismus und für ein gleichberechtigtes Existenzrecht. *HM*

EU- und G7-Gipfel in Köln

▸ Aufbruchstimmung ist nicht nur beim BUKO spürbar, sondern auch in der gesamten Dritte-Welt-Szene. Nachdem im April und Mai von verschiedenen Gruppen massiv gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) agitiert wurde, wurde bereits ein neues Projekt anvisiert, das Erinnerungen an die IWF- und Weltbankkampagne von 1988 weckt: Im Juni 1999 werden in Köln kurz hintereinander der Euro-Gipfel und das G7-Treffen stattfinden. Die Ereignisse bieten Anlaß, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen emanzipatorische Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln. Zu einem ersten Ratschlag, wie solche Aktionen und Inhalte aussehen und koordiniert werden könnten, hatten die »Informationsstelle Lateinamerika«(ila) und »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung«(WEED) Ende Mai eingeladen.

Als zentralen Ansatzpunkt für die Kampagne einigten sich die TeilnehmerInnen auf das Problemfeld der Globalisierung, das auf die Aspekte Migration, Arbeitslosigkeit und Verschuldung zugespitzt werden soll. Eine Kritik der Weltwirtschaftsordnung als kapitalistischer Ordnung und die Formulierung klarer Gegenpositionen zur ihrer Modernisierung wurden als unverzichtbar erachtet. Dennoch soll eine generelle inhaltliche Festlegung, die Diskussionsstränge abschneiden könnte, zum aktuellen Zeitpunkt vermieden werden.

Die bisherigen Pläne verdeutlichen, daß ein außerordentlich breites Spektrum an Gruppen – von der Antoniterkirche bis zur Radikalen Linken – anläßlich der beiden Kölner Gipfel aktiv wird und unterschiedlichste Inhalte und Aktionsformen für große Heterogenität sorgen werden. Neben aller – von den TeilnehmerInnen des Ratschlags durchaus erwünschten – Vielfalt sind jedoch auch einige gemeinsame Aktionen vorgesehen, etwa eine europäische Großdemonstration am 5. Juni 1999 in Köln und eine Großdemo zum Schuldenerlaßjahr 2000. Tagungen zur Verschuldungsproblematik, ein Kongreß zur Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie ein Gegengipfel sind hingegen bislang nur von einzelnen Gruppen geplant.

Die *iz3w* wird über die Aktivitäten zu G7- und EU-Gipfel fortlaufend berichten. Interessierte Gruppen können sich – bis das geplante Koordinierungsbüro in Köln seine Arbeit aufnimmt – direkt an folgende Ansprechpartner wenden: Werner Rätz (ila), Tel. 0228-21 22 22 und Peter Wahl (WEED), c/o Bertha-v.-Suttner Platz 13, 53111 Bonn, Tel. 0228-76 61 30; Fax 0228-69 64 70; e-mail: weed@bonn.comlink.apc.org. *cst*

MAI: Frühling der Linken?

▸ Wenn alte Kämpen der Dritte-Welt-Solidarität zusammen sitzen, dauert es meist nicht lange, bis sie sich an glorreiche Zeiten erinnern. »Damals, beim Weltwirtschaftsgipfel '85, haben wir 25.000 Leute auf die Straße gebracht. Und bei der Kampagne gegen den IWF- und Weltbank-Gipfel '88 in Berlin waren es noch mehr.« Die Sehnsucht nach der verlorenen Massenbasis weicht in den letzten Wochen jedoch nicht selten der Überraschung darüber, daß die gegenwärtigen Aktionen und Kongresse gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) weit mehr Protestler mobilisieren, als man das Ende der 90er Jahre erwartet hätte.

Doch das Aufflackern eines breiten Protestes gegen das MAI steht vor dem Hintergrund einer tiefen Krise, in der die interationalistische Linke seit Anfang der 90er Jahre steckt. Die Umbrüche nach 1989, die die Wahl einer konservativen Regierung im revolutionären Nicaragua 1990 und die Debatten

um den Golfkrieg 1991 haben das internationalistische Selbstverständnis gründlich durcheinandergebracht und bei vielen Orientierungslosigkeit hinterlassen. Die verbliebene internationalistische Linke hat sich zum einen auf Abwehrkämpfe (insbesondere Antirassismus) und Flüchtlingsunterstützung zurückgezogen.

Zum anderen dominiert spätestens seit dem UN-Umweltgipfel 1992 in Rio das reform-orientierte Lager den gesamten Bereich der Dritte-Welt-Arbeit von der Verschuldungskrise bis zur Regenwaldzerstörung. Die sogenannten Lobby-Organisationen sind nach dem Vorbild des US-amerikanischen Lobbyismus und insbesondere der hochprofessionalisierten, mediengerechten Kampagnen von Greenpeace entstanden. Bei allen politischen Unterschieden betreiben Gruppen wie Germanwatch, WEED (Weltwirtschaft, Umwelt und Entwicklung) oder Urgewald hauptsächlich pragmatisch orientierte Politikberatung. Durch face-to-face-Kontakte zu 'Entscheidungsträgern' will die »neue zivilgesellschaftliche Internationale« Einfluß nehmen. Ihre große Kompetenz in Sachfragen geht jedoch einher mit einem Verlust an politischer Schärfe. Der Abschied von weitreichenden, radikalen Forderungen ist allen Lobbyisten gemein. Auch im MAI-Protest sind Lobby-Gruppen bisher tonangebend. Und auch hier beschränken sie ihre Forderungen weitgehend auf eine »politische Regulierung«, mittels derer »die internationalen Investitionsströme in entwicklungspolitische, soziale und ökologische Bahnen« gelenkt werden sollen (WEED).

Kaum besser als solche wachsweichen Wunschkataloge sind aber auf der anderen Seite viele Ansätze der nichtinstitutionalisierten Protestbewegung gegen das MAI. Die Entstehung einer weltweiten Protestbewegung gegen die aktuellen Strategien von Konzernen und Freihandelsorganisationen wie der WTO ist zwar begrüßenswert. Doch nur weil es gegen das »Kapital« geht, ist noch lange nicht alles richtig, was da von den AktivistInnen ins Feld geführt wird. Häufig werden hier die Akteure der Konzerne, der OECD oder der WTO dämonisiert. Auf Buhmänner wie Bill Gates oder Renato Ruggiero wird in linkspopulistischer Manier eingeschlagen, als seien sie das personifizierte Böse. Und eine der Initiatorinnen der Anti-MAI-Aktivitäten, die Ökofeministin und Subsistenztheoretikerin Maria Mies, sorgt sich um die »Selbstentmachtung« der Staaten, weil ihre Souveränität durch das MAI und die Multinationalen Konzerne untergraben werde.

Daß jedoch der moderne Kapitalismus eine komplexe Vergesellschaftungsform ist, in der alle Subjekte mehr oder minder stark verfangen sind, daß die Profiteure der herrschenden Weltordnung keineswegs nur auf Seiten des »global agierenden Kapitals« zu finden sind, sondern auch in den von US-Multis ach so bedrohten »bayerischen Kleinbetrieben« und in nationalen Parlamenten, wird gerne unterschlagen. Eine schöne Linke ist das außerdem, die ausgerechnet von den Nationalstaaten Unterstützung im Kampf gegen die kapitalistische Expansion erwartet.

Der Mangel an materialistischer Staats- und Kapitalismuskritik kommt auch in den antisemitischen Stereotypen zum Ausdruck, die Teile der Anti-MAI-Aktivisten verbreiten. Da wird beispielweise ein mehrsprachiges Plakat, das zu einem »heißen Frühling gegen 'Frei'handel und Globalisierung« aufruft, mit einer Karikatur garniert, die ohne weiteres auch in einer Nazi-Postille abgedruckt werden könnte: Ein Finanzmanager mit Hakennase, Zigarre und finsterem Blick reitet die Welt in Cowboy-Manier; als Peitsche, Gurt und Sattel dienen ihm MAI, IWF, NAFTA oder der G7-Gipfel. Solche Formen der Kritik gegen das MAI werden zunehmend auch als nationalrevolutionäre Kapitalismuskritik von rechts laut, etwa bei der französischen Front National oder den Republikanern. Sich durch Struktur und Qualität der Argumente davon nicht genügend abgegrenzt zu haben, so daß beim Anti-MAI-Kongreß im April in Köln allen Ernstes auch einige Faschos Einlaß begehrten, ist ein schwerwiegendes Versäumnis der Anti-MAI-Kampagne.

Das chronische Festhalten vieler MAI-GegnerInnen an Kategorien wie Parlamentarismus, Volk und Nation zeigt, daß die Revolution vorrangig in den Köpfen stattfinden muß und nicht auf den Straßen vor den Genfer UN-Palästen. Mit dem Umschlag der Kritik in einen Aktionismus, der mittels klarer Feindfigur aus der Orientierungslosigkeit zu führen scheint, werden zudem die Fehler der 80er Jahre wiederholt. Neuerliche Zerreißproben sind damit vorprogrammiert solange sich die internationalistische Linke nicht ihrer politischen Grundlagen vergewissert. (Und das muß nicht – auch ein Fehler der Vergangenheit – das Einschwören auf eine Linie bedeuten.) Ein Grund, dieses bisher versäumt zu haben, liegt in der mangelnden Verständigung derer, die heute zu Themen wie Weltmarkt und Globalisierung arbeiten. Bei den noch aktiven internationalistischen Linken, sei es beim Wuppertaler Infobüro Nicaragua oder in den verbliebenen internationalistischen Zeitschriften wie alaska, ila oder *iz3w* hat sich zwar ein meist hohes theoretisches Reflexionsniveau durchgesetzt. Es gelingt den dort meist über 30jährigen Aktiven aber kaum, ihre politischen Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben. Das hat weniger mit deren mangelndem Interesse zu tun, sondern vielleicht auch mit einer Art Selbstabschottung der Älteren und ihrer gelegentlich abgeklärt-arroganten Haltung des »alles schon mal dagewesen«. Genau das aber führt erst zur Wiederholung der Geschichte. Und in zwanzig Jahren sitzen dann die Kämpen wieder zusammen und beschwören »bessere« Zeiten: »Weißt Du noch, Ende der 90er?«

cst

Keine »sichere Westtürkei«

▶ Täglich lehnen deutsche Gerichte Asylanträge von Kurden mit der Behauptung ab, es gäbe mit der Westtürkei eine sichere Fluchtalternative innerhalb des Landes, die sogenannte Binnenfluchtmöglichkeit. Damit wird behauptet, daß im Westen der Türkei die staatliche Sicherheit für alle Bürger, gleich welcher Herkunft, garantiert sei. Auf dieser Basis wird die Abschiebung der abgelehnten kurdischen Flüchtlinge in die »sichere Westtürkei« durchgeführt.

Tatsächlich flieht der größte Teil der Kurden in westtürkische Großstädte, wo sie mit Hilfe von Verwandten versuchen, Unterkunft zu finden. In den Zufluchtsorten setzt sich jedoch der Konflikt und die Verfolgung fort. Schon seit 1993 berichten Organisationen wie amnesty international, GfbV und medico international sowie türkische Menschenrechtsvereine, daß kurdische Zuwanderer im Westen der Türkei sowohl von staatlicher Seite als auch von türkischen rechtsradikalen Gruppen angegriffen werden und Objekt rassistischer Propaganda sind. Die türkische Polizei führt Razzien, Kontrollen und Verhaftungen ohne konkreten Tatverdacht durch. Laut amnesty international reicht es vielfach für eine Verhaftung aus, wenn in den Dokumenten kontrollierter Menschen ihr Geburtsort innerhalb der kurdischen Gebiete angegeben ist. Von den Polizeirazzien und den Kontrollen sind insbesondere politisch aktive Kurden und Mitglieder legaler kurdischer Organisationen sowie Verleger prokurdischer Literatur betroffen. Sie werden gesucht, verhaftet und gefoltert.

Neben Razzien, Übergriffen und Kontrollen in kurdischen Wohnvierteln durch die türkische Polizei bedroht auch der türkische Nationalismus und die anti-kurdische Haltung unter der Bevölkerung die Kurden im Westen der Türkei. In mehreren Orten mobilisierten die Mitglieder und Sympathisanten der Nationalen Bewegungspartei (MHP) türkische Bewohner gegen die dort lebenden Kurden. Dabei wurden kurdische Läden zerstört und geplündert. Außerdem werden Kurden bei der Wohnungs- und Arbeitssuche diskriminiert. Daß deutsche Gerichte trotzdem bis heute die »Binnenfluchtmöglichkeit« als Begründung für Asylverweigerung und Abschiebung bemühen, ist nicht durch fehlende Informationen zu erklären.

Ekrem Yildiz

Populisten an die Macht

▶ Was von Wahlen im allgemeinen und in Paraguay sowie auf den Philippinen im besonderen zu halten ist, demonstrierten nachdrücklich die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in den beiden Staaten. Hüben wie drüben siegten Mitte Mai diejenigen, die dem Volk am meisten boten: Brot hier und Spiele dort. In Paraguay gewann zwar mit dem Kandidaten der regierenden Colorado-Partei ein von allen Seiten als ungemein blass und ausstrahlungslos beschriebener Ingenieur mit dem schönen Namen Grau. Hinter ihm steht jedoch der seit seinem Putschversuch vor zwei Jahren im Zwangsruhestand befindliche Ex-General Oviedo. Der versuchte es dann auf die andere Tour und war fortan nur noch in Sachen Wahlkampf unterwegs. Als Kandidat der Colorados versprach er seinen Landsleuten, was diese jeweils hören wollten: Land, Arbeit, Schulen, eine harte Hand sowie einmal den Austritt aus dem Mercosur und ein anderesmal eine intensivere Integration. Das hatte Erfolg, weil sich neun demokratische neoliberale Jahre nach dem Sturz von Diktator Stroessner die Situation in Paraguay noch verschlechtert hat. Auf dem Land – Industrie gibt es in Paraguay neben einigen Maquilas, deren Errichtung auch von den dort rechtlosen Gewerkschaften unterstützt wurde, kaum – regieren die wenigen Großbesitzer, die vor allem Soja und Mais für den Export produzieren. Die Kleinbauern führen dagegen wie die Bevölkerung in den Slums der Städte ein Leben in Armut. Die Kriminalität, insbesondere die Korruption, hat noch zugenommen. Daß ein Gericht kurz vor der Wahl Oviedos Kandidatur wegen seines Putschversuchs untersagte und ihn ins Gefängnis schickte, störte die WählerInnen nicht – sie wählten mit Herrn Grau Oviedos Marionette.

In Paraguay läßt sich das Resultat der Wahlen noch durch den Mangel an glaubwürdigen Alternativen erklären. Auf den Philippinen hingegen nimmt man offenbar die Politik von vornherein nicht ernst . Dort gewann gleich ein Schauspieler: Der sich und offenbar dem Volk in seiner Macho-Rolle gefallende Joseph Estrada (»Clinton hatte die Skandale und ich den Sex«) spielte in über hundert Filmen mit, in denen er oft den Beschützer der Armen mimte und die ihn selbst zum Multimillionär machten. 100 Jahre nach der in diesen Wochen gefeierten Unabhängigkeit der Philippinen von Spanien und nur wenige Jahre nach Einführung der Demokratie – Estrada begann seine politische Laufbahn 1992 noch unter der Marcos-Diktatur als Bürgermeister eines Stadtteils von Manila – siegte die Show in der Politik. Beides ist auf den Philippinen aber ohnehin eng miteinander verknüpft – die schrille Schrulligkeit der noch immer populären Imelda Marcos ist dafür bezeichnend. Vielleicht zählt das zum Vermächtnis der USA, die bis 1946 das Land mehr oder weniger direkt beherrschten und denen sich – sollte dies einmal zur freien Wahl stehen – die Philippinos wohl mehrheitlich gern als 52. Bundesstaat anschließen würden. Soviel für heut´ zum Thema Wahlen.

jm

Globalisierung en detail

► Seit drei Jahren setzt nahezu jede entwicklungspolitische Publikation ihr jeweiliges Thema mit den aktuellen Verflechtungstendenzen der Weltökonomie in Verbindung. Der Rückgriff auf »die« Globalisierung fällt in vielen Fällen allerdings einigermaßen oberflächlich aus. Oftmals scheint es, als werde der bis in die 80er Jahre opportun erscheinende Schlüsselbegriff der Dependenz (»Abhängigkeit«) umstandslos ausgetauscht gegen das neue Schwammwort, ohne daß damit wesentlich an analytischer Schärfe gewonnen wird. Meistens bleibt es nämlich bei der nicht allzu überraschenden Erkenntnis, daß die lokal- und gruppenspezifische Situation in den untersuchten Ländern irgendwie auch mit der Weltökonomie und der Politik globaler Institutionen und Konzerne zu tun hat. Wie diese Mechanismen jedoch im einzelnen funktionieren, bleibt offen.

Diesen Vorwurf kann man Eberhard Webers Dissertation **Globalisierung und Politische Ökonomie der Armut in Indien** nicht machen. Er verknüpft globale Entwicklungen systematisch mit ihren lokalen Ausprägungen. Am Beispiel einer Fischersiedlung am Rande von Madras verdeutlicht er, wie die Strukturanpassungspolitik in Indien seit 1991 und die zunehmende Außenorientierung der indischen Wirtschaft auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen zurückschlagen. Er zeichnet nach, wie die Weltmarktintegration des indischen Fischereisektors und die im Rahmen der Deregulierungspolitik erfolgende Umstrukturierung der staatlichen Nahrungsmittelverteilungspolitik Hunger und Armut verstärken. Beispielsweise, indem einerseits die staatliche Förderung der exportorientierten Trawlerfischerei wegen der daraus resultierenden Überfischung der Küstengewässer die Einkommenssituation der Kleinfischer verschlechtert, andererseits aber die Preise für staatlich subventionierte Nahrungsmittel kräftig steigen.

Einer der Schlüsselbegriffe zur Analyse solcher Entwicklungen heißt »soziale oder gesellschaftliche Verwundbarkeit« (engl. vulnerability). Weber geht mit dem Begründer des vulnerability-Ansatzes, R. Chambers, davon aus, daß marginalisierte Gruppen zum einen äußerlichen Risiken wie Preiserhöhungen oder Naturkatastrophen ausgeliefert sind, auf die sie wenig Einfluß haben, und zum anderen keine adäquaten »coping strategies« zu ihrer Bewältigung entwickeln können. Aus dem dynamischen Zusammenspiel beider Ursachen resultiert latente Anfälligkeit oder »Verwundbarkeit« gegenüber Risiken. Wie diese sich im Zuge der indischen Weltmarktintegration transformieren, ohne daß die Fischer(familien) jederzeit mit den nötigen Bewältigungsstrategien reagieren können, wird von Weber äußerst materialreich belegt.

Der Reichtum an Material hat jedoch seinen Preis: Allzu oft geht die Analyse zu sehr ins Detail, was das Buch zusammen mit dem engen Schriftbild nahezu unlesbar macht. Offensichtlich wollte der Autor sein in langen Feldforschungsjahren erworbenes Wissen lücken- und erbarmungslos an die Leser bringen. Schade, denn die durchaus erhellenden Thesen über den engen Zusammenhang globaler und lokaler Faktoren ragen aus der Flut an Fakten kaum noch hervor. Dennoch: Wer detaillierte Informationen über die Auswirkungen der »Globalisierung« in Indien braucht, kann bei Weber mit großem Gewinn nachschlagen. *Christian Stock*

► *Eberhard Weber, Globalisierung und Politische Ökonomie der Armut in Indien. Die Auswirkungen wirtschaftlichen und politischen Wandels auf die Ernährungssicherheit von Armutsgruppen am Beispiel einer Kleinfischersiedlung in der südindischen Metropole Madras, Limbach 1997, Selbstverlag (E. Weber, Waldstr. 14, 74838 Limbach), 410 S., 30,-DM*

Zwei Uhren, ein Graben...

► Zwei Sammelbände mit völlig verschiedener Intention. Der eine, **Israel – Ein Lesebuch**, will »den Blick ins Innere eines Landes öffnen, der durch Tagesnachrichten und Katastrophenmeldungen verstellt ist«, der andere, **Wüstenwind auf der Allee**, sammelt Essays, in denen »zeitgenössische israelische Autoren auf Deutschland blicken«. Mehr als der Anlaß ihres Erscheinens, das 50jährige Bestehen des Staates Israel, eint die beiden Bände die Auswahl der AutorInnen. Lea Aini, Ruth Almog, Orly Castel-Bloom, Yoram Kaniuk, Etgar Keret, Savyon Liebrecht, Aharon Megged und Asher Reich sind in beiden Sammelbänden vertreten, blicken sowohl auf Israel als auch auf Deutschland.

Ruth Almog erzählt im *Israel-Lesebuch* von jüdischen Frauen, die im neuen Staat Israel zwar Zuflucht, aber keine neue Heimat gefunden haben. 'Die blaue Frau', Henia Sobol, ist Metzgerin. »Den ganzen Tag über war das Blut unter ihre Fingernägel gedrungen, war dort schwarz geworden und festgetrocknet.« Abends ist sie damit beschäftigt, ihre Finger zu säubern und Lack auf ihre Nägel aufzutragen. »Henia Sobol war eine schweigsame Frau. (...) Doch obwohl sie früher ein lachendes und fröhliches Baby gewesen war und später ein lebhaftes Mädchen voller Freude, war sie nun doch so, eine blaue Frau. So war sie, seit die blaue Farbe in ihre Haut geflossen war, sich mit ihrem Blut vermischt hatte, mit ihrer Seele.« Die Tätowierung in der Haut ihres Arms ist Ausdruck von Angst und Kälte, tagtägliche Erinnerung an das Erlebte im KZ, »ein verschlossenes Blau, ein undurchdringliches, eingesperrt in sich selbst, ohne jede Öffnung, ohne einen Spalt für Wärme«.

In den 'Aufzeichnungen von hier und da' erzählt Ruth Almog von einer Jüdin, die das »Echo der Judenhetze« in ihrem hessischen Dorf früher erreicht. Sie flieht mit ihrem Mann, einem Arzt, und ihren drei Töchtern nach Palästina. Dort führt sie die Chroniken der Kranken fort, gespeist mit Informationen aus den Briefen, die ihnen ihre ehemaligen Patienten schicken. Sie stellt die Kuckucksuhr nicht um, »und so gingen in ihrem neuen Heim zwei Uhren. Die eine zeigte die Zeit in Palästina, die andere die in Deutschland«. Nach Jahren in Israel, ihr Mann ist inzwischen gestorben, viele Kontakte nach Deutschland abgebrochen, kehrt sie zurück, um eine Krankenstation in ihrem alten Haus mitaufzubauen. Wieder nimmt sie die falsche Uhrzeit mit, wieder läßt sie sich die Neuigkeiten aus ihrem Dorf nachschicken. Die Schilderungen der Schicksale deutscher Jüdinnen, die Israelinnen werden, ohne heimisch werden zu können, sind Teile der Familiengeschichte der Autorin. Ruth Almogs Eltern sind aus Deutschland nach Israel emigriert.

Auch bei Yoram Kaniuk geht es um Identitäten, die keine sind. Mosche lebte im Berlin der 20er und 30 er Jahre. »Er war jüdischer als wir alle, auch deutscher, kosakischer, verbitterter und erniedrigter von dem, was er sah.« Mosches Sohn erfährt erst Jahre später vom früheren Leben seines Vaters in den Bars, Cafés und Nachtklubs Berlins. Und davon, wie sein Vater nach Palästina gekommen war. »Mosche stand eines Morgens auf, sagte seinen Freunden ade und fuhr nach Palästina, kehrte Deutschland den Rücken, ließ sein Herz in Heidelberg, wie es in dem schmalzigen Lied heißt, und nahm nur sein Gehirn mit, das ihn in das einzige Land führte, in dem er nie hatte leben wollen.«

Dagegen ist der 'Epilog über den Tod eines Freundes' ein Nachruf auf einen, der immer in diesem Land leben wollte. »Emil Habibi kannte sehr wohl die Einsamkeit des ewigen Fremden – war er nicht episkopalischer Christ, Israeli, Palästinenser?« Er versucht, dem Zwang zu entkommen, eine (nationale) Identität anzunehmen, die scheinbar vorgegebene Linie zwischen Freund und Feind nicht zu übertreten. »Emil war kein Mensch der Straßen – als die Araber Israels 1948 flohen oder vertrieben wurden, blieb er.« Für die Palästinenser war er ein Kollaborateur, für die Israelis eine Gefahr für den inneren Frieden. »In seinem tiefsten Inneren wußte er, was ich erst bei seinem Begräbnis begriffen habe: daß keine wirkliche Aussicht besteht, den Graben zuzuschütten, daß man aber so tun muß, als sei es möglich!«

Israel – Ein Lesebuch enthält Kurzgeschichten, Gedichte und Essays dreißig verschiedener israelischer AutorInnen und vereint diverse literarische Gattungen unterschiedlicher Epochen israelischer Literatur. *Im Wüstenwind auf der Allee* kommen halb so viele AutorInnen entsprechend ausführlicher zu Wort. Hier geht es weniger um Israel als um den Blick auf und den Eindruck von Deutschland. Doch häufig begegnen sich in

den Figuren beider Sammelbände die Geschichten aus Deutschland, dem Holocaust, der Flucht und der Ankunft in Israel. Sie prägen den Blick auf beide Staaten und Gesellschaften bis heute. So ermöglicht die parallele Lektüre der beiden Bücher, dem einen die Ferne und Fremde zu nehmen und dem anderen die Vergangenheit und das Geschichtliche. *Stephan Günther*

► *Patricia Reimann (Hg): Israel, Ein Lesebuch. dtv München 1998, 336 Seiten, 16 Mark.*

► *Anat Feinberg (Hg): Wüstenwind auf der Allee. Zeitgenössische israelische Autoren blicken auf Deutschland. Aufbau Verlag Berlin 1998, 272 Seiten, 38 Mark.*

... und 21 erbetene Interventionen zum fünfzigsten

► Eines der interessantesten in der Flut von Büchern zum fünfzigjährigen Bestehen des Staates Israel hat Micha Brumlik herausgegeben. Wer seine regelmäßigen Interventionen zum deutsch-jüdischen Verhältnis und seinem eigenen schwierigen zu Israel in der Vergangenheit verfolgt hat, braucht sich darüber nicht zu wundern. Nicht nur ist Brumlik einer der originellsten politischen Denker der Bundesrepublik, auch hat er immer dann ein scharfes Auge bewiesen, wenn Kritik an Israel nur verbrämter Antisemitismus war.

Brumliks Anliegen war und ist eine grundsätzliche Solidarität mit dem Staat Israel bei schärfster Ablehnung seiner (gegenwärtigen) Politik, eine Haltung, die ihm in der Ära des Kriegstreibers Netanjahu immer schwerer fällt. Darum hat er sich 21 Interventionen erbeten, von Intellektuellen, die an oder mit dem »ersehnten Unort« Israel leiden. Unter anderem aus Deutschland Detlev Claussen, Peggy Parnass und Wolf Biermann, aus der Diaspora Markus Wolf, Stefan Heym und Ralph Giordano und in Israel Moshe Zimmermann, Moshe Zuckermann und Dan Diner erzählen über »ihr« Israel. Und diese meist biographisch angehauchten Einlassungen sind das besondere an diesem Projekt. So dürfen wir mit Detlev Claussen, in den siebzigern Sympathisant des antikolonialen Befreiungskampfes, dessen Security-Check am Tel Aviver Flughafen erleben. Oder wir können mit Peggy Parnass einige Wochen in einem Kibbuz verbringen. Oder Mosche Zimmermanns Erfahrungen im und mit dem israelischen Militär nachverfolgen.

21 reflektierte, liebevolle, aber gebrochene Begegnungen mit einem außergewöhnlichen Land, das einst ein Staat wie jeder andere auch werden wollte. Ob dieser Wunsch ein Fluch oder ein Segen ist, wäre eine andere, ebenfalls schwierige Frage. *Jörg Später*

► *Micha Brumlik (Hrg.): Mein Israel. 21 erbetene Interventionen, Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1998, 176 S., 16,90 DM*

Schwarze unter Eingeborenen

► Keiner wird behaupten wollen, daß Wien eine afrikanische Stadt sei. Diejenigen Besucher der österreichischen Metropole jedoch, die es verstehen, die Spuren des jahrhundertelangen Wirkens von Afrikanern an der Donau zu lesen, werden feststellen können, daß Afrika auch hier allgegenwärtig ist. All diese mehr oder minder auffälligen Details oftmals in detektivischer Kleinarbeit zusammengefaßt zu haben, ist das Verdienst des an der Wiener Universität lehrenden Walter Sauer. Er und seine Mitarbeiter vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika haben eine kulturhistorisch äußerst wertvolle Arbeit geleistet.

Ausgehend von den ersten Spuren aus der Zeit der mittelalterlichen Kreuzzüge und den afrikanischen Kuriositäten in kaiserlichen Wunderkammern spannt sich der Bogen bis hin zur gegenwärtigen Afro-Szene Wiens. Eine vollständige Geschichte der afrikanischen Diaspora erwartet den Leser. Dazu gehören sowohl architektonische Zeugnisse und Wirkungsstätten von Afrikanern oder Wienern, die mit Afrika zu tun hatten, als auch Exponate in Museen oder berühmte »Mohren-Apotheken«.

Dieses Buch möchte beitragen zu einer Geschichte der Afrika-Rezeption in Wien, indem es den Stellenwert beleuchtet, den der für Europa lange Zeit 'dunkle' Kontinent in Bewußtsein und Weltbild der Wienerinnen und Wiener einnahm. Es soll zeigen, welche Werte oder Klischees das Verhalten der 'Einheimischen' gegenüber AfrikanerInnen bestimm(t)en. Es möchte sensibel machen für die Spuren, die Afrika und seine Menschen in Wien gezogen haben und noch ziehen. Und es versteht sich als »Reiseführer«, der eine individuelle Reise durch das afrikanische Wien ermöglichen soll.

Nicht nur für Wien-Besucher handelt es sich um eine empfehlenswerte Lektüre.

Dr. Ulrich van der Heyde

► *Walter Sauer (Hrsg.): Das afrikanische Wien. Ein Führer zu Bieber, Malangatana, Soliman, Mandelbaum-Verlag 1996, 320 S.*

Kultur, Medien und Macht

► Auch hierzulande werden die Cultural Studies langsam, aber sicher von einem immer breiteren Publikum 'entdeckt'. Dieses Interesse an den anglo-amerikanischen Debatten über Populärkultur, die Lebenswelten der Subalternen und Widerstandsformen auf diesem Gebiet ist ein relativ neues Phänomen, war in Deutschland doch lange Zeit die Kulturindustriethese der Kritischen Theorie vorherrschend, wenn es um die linke akademische Auseinandersetzung mit Medien, Musik und anderen populärkulturellen Artefakten ging. Hier wurden vor allem deren Manipulationsleistung und der daraus resultierende Verblendungszusammenhang thematisiert (»Wer sich amüsiert, ist einverstanden«), und nicht wie in England nach den Möglichkeiten und Bedingungen einer

Bücher

► Mahmoud Darwisch: **Palästina als Metapher**. Gespräche über Literatur und Politik, *Palmyra-Verlag, Heidelberg, 1998, 280 S., 39,80 DM*

► Tajjib Salich: **Zeit der Nordwanderung**. Roman aus dem Sudan, *Lenos Verlag, Basel 1998, 196 S., 34,- DM*

► Ulrike Dufner: **Islam ist nicht gleich Islam**. Die türkische Wohlfahrtspartei und die ägyptische Muslimbrüderschaft: ein Vergleich, *Leske + Budrich, Opladen 1998, 476 S.*

► Hermann Kulke und Dietmar Rothermund: **Geschichte Indiens**. Von der Induskultur bis heute, *C. H. Beck, München 1998, 509 Seiten mit 21 Abb., 68,- DM*

► Bruce Rich: **Die Verpfändung der Erde**. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise, *Schmetterling Verlag, Stuttgart 1998, 456 S., 39,80 DM*

► Ruth Klingebiel und Shalina Randeria (Hg.): **Globalisierung aus Frauensicht**. Bilanzen und Visionen, *Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn 1998, 360 S., 24,80 DM*

► Gerhard J. Hammerschmied: **»Milde Gabe«**. Bruchstücke einer Philosophie der Spender, *Passagen Verlag, Wien 1998, 202 S., 48,- DM*

► Siegfried Kosubek: **Asylbewerber und Aussiedler**. Rechte, Leistungen, Hilfen – Handbuch für Helfer, *Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1998, 184 S., 42,- DM*

► BUKO Agrar Koordination/Forum für Internationale Agrarpolitik: **Soja**, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1998, 108 S.

► Klaus-Peter Real: **Thema Alter 1998**. Verzeichnis aller lieferbarer Bücher, *Mabuse-Verlag, Frankfurt/M. 1998, 506 S., 39,80 DM*

► Samuel Lüthi und Simon Kohler: **Challenging Training Opportunities**. A guide to selected courses in agriculture for development, *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Agricultural Division, Bern 1998, 192 S.*

emanzipatorischer Praxis innerhalb dieses Feldes gesucht.

Das von Andreas Hepp und Rainer Winter 1997 herausgegebene Buch **Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse** versucht, diese Rezeptionslücke zu schließen und Aspekte der gegenwärtigen Medienkultur mit den 'Werkzeugen' der Cultural Studies zu analysieren. Dabei allerdings beschränkt es sich – leider viel zu oft in einem sehr zähen und bemüht sozialwissenschaftlichen Duktus – auf die Medientheorie und -praxis, einen wichtigen, wenn auch nicht den einzigen Schwerpunkt der Cultural Studies. In Anlehnung an die britische Forschungstradition wird die Auffassung vertreten, daß Medien mehr als nur als ein top-down Herrschaftsverhältnis darstellen, sondern in verschiedenen sozialen Kontexten unterschiedlich rezipiert bzw. aktiv angeeignet werden können.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert: Im ersten Teil finden sich 9 Beiträge zu den Theorien, Begriffen und Perspektiven der Cultural Studies. Neben den Originalstimmen Lawrence Grossberg, John Fiske und Ien Ang kommen AutorInnen zu Wort, die einerseits in Aspekte der 'Klassiker' wie Raymond Williams und Stuart Hall einführen, andererseits die Debatten um das dialektische Verhältnis zwischen (politischer) Subjektivität und medial vermittelten Texten anreißen. Der zweite Teil ist der problematischen Rezeptionsgeschichte der Cultural Studies im deutschsprachigen Raum gewidmet. Lothar Mikos kritisiert in seinem Beitrag, daß die Cultural Studies in Deutschland meist nicht als ein produktiver Ansatz, sondern als ein Schlagwort verwendet werden: »Wenn hierzulande irgendwo Cultural Studies draufsteht, ist noch lange nicht immer Cultural Studies drin.« Nach anfänglichen Problemen habe das Projekt zwar eine gewisse Anerkennung gefunden und die Nische der Neuen Linken verlassen, bleibe aber exotisiert in dem Sinne, als daß es nur rezipiert, nicht aber praktiziert wird.

Der dritte Teil schließlich versucht sich diesem Trend entgegenzustellen und hat vielfältige Analysen der heutigen Medienkultur zum Thema. Hier geht es unter anderem um Jugendszenen und Stile, Werbung, das Internet sowie um Geschlechterdifferenzen bei der Rezeption von Musikvideos – kurz, um Alltagspraxen im Spannungsfeld zwischen bewußter Aneignung und ideologischer Vermittlung popkultureller Texte.

Kultur – Medien – Macht, hinter diesem etwas plakativen Titel verbirgt sich die Möglichkeit eines Einstiegs sowohl in die relevanten medientheoretischen Debatten der Cultural Studies als auch (allerdings nur begrenzt) in die weiterreichende Geschichte dieses dynamischen Projektes.

Dominik Bloedner

► *Andreas Hepp, Rainer Winter (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1997, 49,80DM*

Zeitschriftenschau

SoZ 10

► Immer wieder finden sich in der *Sozialistischen Zeitung* Hintergrundberichte, die sich um solide Grundlagen und Verständlichkeit bemühen. In der Nr. 10 werden so der Welthandelsorganisation WTO vier Seiten gewidmet, als institutionell bedeutendster Träger des Globalisierungsprozesses. Neben Vorgeschichte der Organisation, Darstellung von Veränderungen im Welthandel und Einfluß speziell der WTO wird stark auf das Multilaterale Investitionsabkommem MAI abgehoben. Dieses soll die Rahmenbedingungen grenzübergreifender Investitionen im Interesse der Konzerne deregulieren. Nachdem das MAI in der OECD vorerst geplatzt ist, wurde vermutet, daß es auf der WTO-Konferenz gepusht wird (was vorerst jedoch unterblieb). Weiter bearbeitet werden auf den Themenseiten Freie Produktionszonen, Direktinvestitionen und Anstieg der Bedeutung der Transnationalen Konzerne. Die weltweit inzwischen 73 Millionen Beschäftigten dieser Konzerne werden schon räumlich als der schwächere Part aufgezeigt: in ihrer nur regionalen und nationalen Organisierung.

► *Bezug: SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln. 3,- DM*

ami 5

► *antimilitarismus information* goes Science Fiction. »Die beste Art, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu erfinden« titelt die Ausgabe mit dem Titel »Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert«. Vor dem Hintergrund der Debatten um Globalisierung, Fragmentierung usw. soll so richtig schön postmodern auf das veränderte Wesen des Krieges im nächsten Jahrtausend geschlossen werden. Grundlage bleibt das gesicherte antimilitaristische Wissen, der Trip wirkt informativ und anregend. Ekkehard Krippendorf bezieht sich auf das Datum »350 Jahre Westfälischer Frieden«. Diese 350 Jahre können als der Zeitraum des modernen Krieges gesehen werden, nun gilt es, seine gewandelte, »amorphe« Erscheinugsform zu untersuchen: z.B. in der Schaffung neuer, informeller Herrschaftsstrukturen neben dem Staat. Andreas Osiander versucht eine historisch-semantische Untersuchung über die Begriffe Staat, Krieg und Militär, und deren Verhältnis zu gesellschaftlichem Wandel. Christopher Steinmetz beschäftigt sich mit den geplanten »High-Tech«-Waffen und -Strategien, und weist darauf, daß es auch weiterhin mit einfachen Waffen geführte Kriege gibt. Vor allem die Verfügbarkeit über Kleinwaffen könne ein kriegstreibendes Moment in instabilen Regionen sein.

► *Bezug: ami, antimilitarismusinformation, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin. 5,- DM*

PERIPHERIE 69/70

► Im Doppelheft »Soziale Sicherheit: »Systeme und Strategien« wird dieses Thema mit Blick auf die Dritte Welt rezipiert. Es umfaßt neben institutionellen Absicherungen auch solche der Familie, der Nachbarschaft, der Firma. Vorangestellt wird, daß sich für viele in der Dritten Welt das Problem der Existenzsicherung permanent stellt, also das Armutsproblem erst grundsätzlich gelöst werden müßte. Genau betrachtet werden jedoch die real existierenden Praktiken in verschiedenen Aspekten: »Wohlfahrtsmix«, »Eigenleistung« der Haushalte, soziale und Tauschnetzwerke, traditionale »Gefälligkeiten«. Doch auch staatliches Handeln wird betrachtet in Andreas Eckerts Enstehungsgeschichte der Sozialpolitik in den Kolonien Afrikas oder bezüglich der neoliberalen Deregulierung. So bespricht Lothar Wille in diesem Zusammenhang Ansätze für informelle soziale Sicherungen in Lateinamerika.

► *Bezug: PERIPHERIE, Kleine Gasse 4, 59494 Soest. Doppelnummer 30,- DM*

Demo gegen die Zentralbank

► Am 27. Juni 1998 um 12.00 Uhr findet auf dem Opernplatz in Frankfurt eine Demonstration gegen die Errichtung der Europäischen Zentralbank statt. Der Veranstalter, das Bündnis gegen die EZB, wendet sich mit dieser Aktion »gegen ein Europa der Konzerne, der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus«, »gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen durch die Festung Europa« und gegen staatliche »Repressionen«, wie sie etwa im großen Lauschangriff zum Ausdruck kommen. Auskunft: *Bündnis gegen die EZB, c/o Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt/M., Tel./Fax 069/774670.*

Entwicklungspolitik im Wahlkampf

► VENRO, der Dachverband der Entwicklungsorganisationen und NRO-Landesnetzwerke in Deutschland, ruft alle entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und Organisationen dazu auf, Entwicklungspolitik im Wahlkampf vor den Bundestagswahlen Ende September öffentlich zu thematisieren. Mit vielfältigen Aktionen soll ein politisches und öffentlichkeitswirksames Signal für eine soziale und ökologische Entwicklungspolitik gesetzt werden. Die künftigen Abgeordneten und WählerInnen sollen für die Einsicht gewonnen werden, daß eine sinnvolle Entwicklungspolitik eine Querschnittsaufgabe aller Sachbereiche der Politik ist und von ihrem Schattendasein befreit werden muß. Die »Wahlkreis-Initiative '98« zielt demgemäß darauf ab, KandidatInnen der Wahlkreise zu Diskussionsveranstaltungen einzuladen. Kontakt: *VENRO e.V., Kennedybrücke 4, 53225 Bonn, Tel. 0228/946770, Fax 9467799, Internet: www.venro.org, E-Mail: venro@t-online.de*

»Entwicklungsland Deutschland«

► Die Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren und -Koordinationsstellen in Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG3W) führt seit 27. Mai 1998 die Kampagne »Entwicklungsland Deutschland« durch. Die negativen Auswirkungen von Überkonsum und Ressourcenverschwendung im Norden und Verelendung und Ausgrenzung im Süden sollen verdeutlicht und alternative Wege für das 21. Jahrhundert aufgezeigt werden. Mit einer landesweiten Zeitung und einer Wanderaustellung wirbt die LAG3W für eine ressourcenschonende, ökologisch verträgliche und sozial gerechte Entwicklung. Info: *LAG3W, Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster, Tel. 0251/57351, Fax 57963, E-Mail: lag3w@muenster.org*

Entschuldung und Schuldenrecht

► Die Kampagne »Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung« zielt auf gerechtere Finanzbeziehungen zwischen Nord und Süd ab. Erreicht werden soll dies über einen bi- und multilateralen Schuldenerlaß im Jahr 2000 und über eine Veränderung des internationalen Schuldenrechts durch eine völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen (»Internationales Insolvenzrecht«). Initiiert von kirchlichen Gruppen und von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen getragen, ist die Kampagne mittlerweile in über 50 Staaten aktiv. Um eine breite Öffentlichkeit positiv für einen Schuldenerlaß zu stimmen, sucht die Kampagne weitere Mitträgerorganisationen. Nach der Sommerpause ist eine großangelegte Unterschriftensammlung geplant. Infos, Kampagnenhandbuch und weitere Materialien sind beim Kampagnenbüro Erlaßjahr 2000 erhältlich: *SÜDWIND, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel. 02241/53617, Fax 51308, E-Mail: suedwind.institut@t-online.de*

Entwicklungshelfer/in in Übersee

► Die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) bietet Projektstellen in der Entwicklungszusammenarbeit u.a. für Sozialwissenschaftler, Agraringenieure, Ärzte, Sozialarbeiter und Wirtschaftswissenschaftler in Afrika, Asien, Lateinamerika und in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Mitarbeit ist in der Regel auf drei Jahre befristet. Eine Übersicht über die offenen Projektstellen und weitere Informationen zu Anforderungen und Leistungen sind erhältlich bei der *AGEH, Ripuarenstr. 8, 50679 Köln, Tel. 0221/88960, Fax 8896100, Internet: http://www.ageh.de*

»Durch andere(r) Augen sehen«

► Das Nürnberger Menschenrechtszentrum veranstaltet gemeinsam mit einer Reihe anderer Träger anläßlich des 50. Jahrestages der UNO-Menschenrechtserklärung den Film- und Video-Wettbewerb »Durch andere(r) Augen sehen«. Amateure und Profis sind dazu aufgerufen, einen konstruktiven Beitrag zur Menschenrechtsproblematik zu leisten. Bis zum 1. Oktober 1998 können selbstproduzierte Filme oder Videos eingereicht werden. Wettbewerbsunterlagen sind erhältlich bei der *Evangelischen Medienzentrale in Bayern, Hummelsteiner Weg 100, 90459 Nürnberg, Tel. 0911/4304211, Fax 4304214, E-Mail: emz@link-n.cl.sub.de*

Menschenrechts-beobachterIn in Chiapas

► Nach der 1995 gegen die EZLN erfolgten Miltäroffensive richtet das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas der Diözese San Cristobal (CDHFBLC) zivile Friedenscamps mit nationalen und internationalen BeobachterInnnen ein.

Dies geschieht auf Bitten einiger Gemeinden, die von Vertreibung, Gewalttaten gegen Frauen, Vernichtung der Ernten, willkürlichen Verhaftungen und politischen Morden bedroht sind. Wer sich für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten als MenschenrechtsbeobachterIn in Chiapas engagieren möchte, muß u.a. neben fließenden Spanischkenntnissen und politisch-sozialem Engagement physische und psychische Belastbarkeit mitbringen und mindestens 21 Jahre alt sein. Die Kosten für den Aufenthalt in der Region Chiapas und ein obligatorisches viertägiges Vorbereitungsseminar in Berlin (Anfang Juli) sind von den TeilnehmerInnen zu tragen. Koordination und Kontakt: *CAREA e.V., Grünberger Str. 73, 10245 Berlin, Tel./Fax 030/2922471.*

FrauenLesbenAktionstage

► In der Region Zittau/Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze steigen die Antirassistischen FrauenLesbenAktionstage (30. Juni bis 5. Juli 1998). Ziel der Aktionstage ist es, gegen die Abschottungs- und Abschiebungspolitik zu protestieren und den reibungslosen Ablauf des »rassistischen« Grenzverkehrs zu stören, um Solidarität mit den betroffenen Flüchtlingen und MigrantInnen zu demonstrieren. Infos: *Stichwort »Sommerfrische«, c/o Symbiose e.V., Kinzigstraße 9, 10247 Berlin, Tel. 030/2947688, Fax 2949210.*

Hungerstreik

► Seit dem 4. Juni 1998 befinden sich 100 Kurden/innen in Saarbrücken im Hungerstreik. Der Kern ihrer Forderungen lautet: Sofortiger Abschiebestop von Kurden/innen in die Türkei, Aufhebung des PKK-Verbotes, Stop der deutschen Waffenlieferungen an die Türkei. Unterstützt wird der Hungerstreik von der Aktion 3. Welt Saar und der Friedensgruppe der evangelischen Versöhnungskirchengemeinde Völklingen. Kontakt über das *Büro der Aktion 3.Welt Saar, Tel. 06872/9930-56.*

iz3w im internet

► Unter **http://www.rolf.de/iz3w** finden sich unser Verlagsprogramm, Pressetexte und eine Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgaben. Per E-Mail kann auch direkt bestellt werden: **iz3wfreiburg@t-online.de**

► Einen Workshop mit dem Titel »**Nach der Wertdiskussion?**« offeriert die Forschungsgruppe Politische Ökonomie des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Marburg am 27./28. Juni 1998 in der Universitätsbibliothek. Kontakt: *Kai Eicker-Wolf, Philipps-Universität, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke Str. 6, 35032 Marburg, Tel. 06421/284325.*

► Die Heinrich-Böll-Stiftung Baden Württemberg e.V. organisiert am 4./5. Juli 1998 in Laufenburg ein Wochenendseminar zum Thema **»Mehr oder weniger sozial?! Grundelemente sozialer Sicherung.«** Anmeldung: *Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel. 0711/282033, Fax 2624899, E-mail: hbas.ba-wue@t-online.de*

► **»Agenda 21 – nachhaltige Entwicklung auf dem Prüfstand«** So lautet der anspruchsvolle Titel eines Seminars, das von der Werkstatt solidarische Welt der Comboni-Missionare vom 10. bis 12. Juli in Weil der Stadt durchgeführt wird. Kontakt: *Tel. 07961/905530, Fax 905566.*

► Vom 16. bis zum 20. Juli 1998 findet in Graz der **Europäische Kongreß für Friedenserziehung** statt. Die Themenschwerpunkte lauten: Das neue Europa, Sicherheit, Demokratie, Konflikte und Konfliktbearbeitung. Weitere Infos sind erhältlich bei den *Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PFF), Tel. 0271/20596, Fax 2390985; Lehrerinnen für den Frieden, Graz, Tel. +43/316/3452100, Fax 345328*

► Das Asienhaus veranstaltet in der evangelischen Akademie in Iserlohn vom 23. bis 25. August 1998 eine Tagung zum Thema **Islam in Süd- und Südostasien**. Kontakt: *Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen, Tel. 0201/8303818, Fax 8303819, E-Mail: seainfo@geonet.de*

► In Porec/Kroatien führen die War Resisters International (wri) vom 19. bis 24. September 1998 ihre Konferenz **»Choosing Peace Together«** durch. Folgende Themen sind vorgesehen: Rekonstruktion und Demokratisierung, Identität und Konflikt, Gewaltfreiheit und »Social Empowerment, Basisbewegungen und Friedensprozesse, Ziviler Ungehorsam und Ökologiebewegung, Basisökonomie und Globalisierung, Frauen sprengen Grenzen. Deadline für die Anmeldung ist der 10. August; die Teilnahmegebühr beläuft sich auf 490 Mark. Infos: *8wri, 5 Caledonian Road, London N1 9 DX, Britain, Tel. +44/171278-4040, Fax -0444, E-Mail: warresisters@gn.apc.org; http://www.gn.apc.org/warresisters*

► Vom 24. bis zum 27. September veranstalten das European Migration Centre und das Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung in London eine internationale Konferenz mit dem Titel **»The Role of Religion**, especially Islam, in the Process of Social Marginalisation of Ethnic Minorities«. Info: *BIVS/EMS, Schliemannstr. 23, D-10437 Berlin, Tel. 030/44651065, Fax 4441085, Internet: http://userpage.fu-berlin.de/~migration*

► Der Gesprächskreis Politikinitiativen organisiert vom 2. bis 4. Oktober die **Hannah Arendt Tage 1998** in Zürich. 150 Jahre nach der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates und zehn Jahre nach dem Ende der realsozialistischen Systemkonkurrenz intendieren die Veranstalter, »über die Zustände der demokratischen Staatenwelt nachzudenken«. Kontakt: *Verein politikinitiativen, c/o PIN, Cramerstr. 17, CH-8004 Zürich, Tel. +41/12916202, Fax 12416032, E-Mail: velojournalpin@access.ch*

► In Münster ist vom 19. bis zum 21. November ein großer Kongreß mit internationalen ReferentInnen zum Thema **Neoliberalismus weltweit – 25 Jahre »Modell« Chile** geplant. Drei Tage lang soll über Neoliberalismus, Demokratie und Herrschaft, Widerstand und Perspektiven internationalistischer Politik debattiert werden. Info: *Kongreßbüro, c/o Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, 48153 Münster, Tel. 0251/5247-28, Fax -88*

► Der Themenschwerpunkt »Arbeit für Gewerkschaften« wurde mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung, Abteilung Internationales, realisiert.

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Vorschau: **iz3w Nr. 231**
30 Jahre »Aktion Dritte Welt e.V.«

► Ist jetzt auch beim **iz3w** und seinem Trägerverein die 68er-Erinnerungs-, Vergangenheitsbewältigungs- und Abrechnungswelle ausgebrochen? Werden wir wie jüngst die taz sogenannte Alt-68er in die Produktion einspannen? Wird sich Rainer Langhans auch bei uns ausbreiten dürfen? Viele Fragen und noch keine Antworten. In jedem Fall soll ein selbstkritischer Rückblick auf die Geschichte der Irrungen und Wirrungen von 30 Jahren Internationalismus und Nord-Süd-Bewegung nicht nur den Nachgeborenen in ihrem Kampf mit dem Vermächtnis weiterhelfen, sondern auch zu einer aktuellen Standortbestimmung beitragen. Und ein bißchen Nostalgie kann anläßlich des 30-jährigen Geburtstages unseres hochverehrten Vereins ja auch nicht schaden...

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
► Thorsten Banspach, Silke Bellanger, Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Birgit Schößwender, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 231:
► (Druckfertige Vorlagen) 15.7.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▸ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733